

# STAATSANZEIGER



## FÜR DAS LAND HESSEN

1989

MONTAG, 19. JUNI 1989

Nr. 25

Seite	Seite	Seite
<b>Hessisches Ministerium der Finanzen</b>	<b>Hessisches Ministerium für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz</b>	<b>delsbach“ der Stadt Battenberg (Eder), Landkreis Waldeck-Frankenberg, vom 26. 5. 1989</b> . . . . . 1364
Änderung der Teilnahmebedingungen für Zahlenlotto und Fußballtoto . . . . . 1354	Flurbereinigung Kelkheim-Ost und Kelkheim-West, Main-Taunus-Kreis . . . 1356	<b>Verordnung über Verkaufszeiten anlässlich von Märkten, Messen oder ähnlichen Veranstaltungen gemäß § 14 des Ladenschlußgesetzes vom 30. 5. 1989</b> . . . 1367
Änderung der Teilnahmebedingungen für die Pferdewette „RennQuintett“ . . . 1354	Flurbereinigung Borken — A 49, Schwalm-Eder-Kreis . . . . . 1358	<b>Hessischer Verwaltungsschulverband</b>
Änderung der Teilnahmebedingungen für die Lotterie „Spiel 77“ . . . . . 1354	Flurbereinigung Knüllwald-Appenfeld, Schwalm-Eder-Kreis . . . . . 1359	Fortbildungslehrgänge des Hessischen Verwaltungsschulverbandes — Verwaltungsseminar Frankfurt am Main . . . . . 1367
Automation von Verwaltungsaufgaben im Bereich Personalausgaben; hier: restliche Vergütungsabrechnungen der Angestellten der Philipps-Universität Marburg . . . . . 1354	Flurbereinigung Bebra-Blankenheim, Landkreis Hersfeld-Rotenburg . . . . . 1360	<b>Buchbesprechungen</b> . . . . . 1369
<b>Hessisches Ministerium für Wissenschaft und Kunst</b>	Flurbereinigung Hosenfeld-Brandlos, Landkreis Fulda . . . . . 1361	<b>Öffentlicher Anzeiger</b> . . . . . 1370
Verordnung über das Verfahren bei der Eintragung in das Denkmalbuch . . . . . 1354	<b>Der Landeswahlleiter für Hessen</b>	<b>Andere Behörden und Körperschaften</b>
<b>Hessisches Ministerium für Wirtschaft und Technik</b>	Verfahren bei Einsprüchen gegen die Gültigkeit der Europawahl . . . . . 1362	Umlandverband Frankfurt; hier: Sitzungen in der Zeit vom 26. 6. bis 4. 7. 1989 . . . . . 1384
Anordnung zur Änderung der Anordnung über Zuständigkeiten nach der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift über die Dienstwohnungen des Landes Hessen im Geschäftsbereich des Hessischen Ministers für Wirtschaft und Technik . . . . . 1355	<b>Personalnachrichten</b>	Umlandverband Frankfurt; hier: 5. Sitzung zur Änderung der Abfallgebührensatzung vom 17. 3./20. 10. 1987 sowie Neufassung der Abfallgebührensatzung des Umlandverbandes Frankfurt . . . . . 1386
Widmung einer Neubaustrecke, Abstufung und Einziehung von Teilstrecken der Bundesstraße 455 in den Gemarkungen Melbach, Wölfersheim und Södel der Gemeinde Wölfersheim, Wetteraukreis . . . . . 1355	im Bereich des Hessischen Ministeriums des Innern . . . . . 1362	Der Kreis Ausschuß des Landkreises Marburg-Biedenkopf; hier: Ungültigkeitserklärung eines Dienstausweises . . . 1388
Wirtschaftsprüfer-Prüfung im Frühjahr 1990 . . . . . 1355	im Bereich des Hessischen Kultusministeriums . . . . . 1363	Kommunales Gebietsrechenzentrum Gießen; hier: Einladung zur 1. (konstituierenden) Sitzung der Verbandsversammlung am 30. 6. 1989 . . . . . 1388
<b>Hessisches Sozialministerium</b>	im Bereich des Hessischen Ministeriums für Umwelt und Reaktorsicherheit . . . . 1363	Zweckverband Tierkörperbeseitigung in Rheinland-Pfalz, im Rheingau-Taunus-Kreis und im Landkreis Limburg-Weilburg; hier: Öffentliche Auslegung des Jahresabschlusses 1987 sowie Haushaltssatzung für das Wirtschaftsjahr 1989 . . . . . 1389
Erstattung der Fahrgeldausfälle im Nahverkehr nach dem Schwerbehindertengesetz für das Jahr 1988 . . . . . 1356	im Bereich des Hessischen Ministeriums für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz . . . . . 1364	<b>Öffentliche Ausschreibungen</b> . . . . . 1389
Zulassung als Weiterbildungsstätte zum Fachtierarzt für Kleintiere . . . . . 1356	<b>Die Regierungspräsidenten</b>	<b>Stellenausschreibungen</b> . . . . . 1390
	<b>DARMSTADT</b>	
	Änderung der Rechtsnatur der Martin-Luther-Stiftung, Sitz Hanau . . . . . 1364	
	Vorhaben der Firma E. Merck, 6100 Darmstadt . . . . . 1364	
	<b>KASSEL</b>	
	<b>Verordnung zur Festsetzung eines Wasserschutzgebietes für die Trinkwassergewinnungsanlage Tiefbrunnen „Re-</b>	

593

## HESSISCHES MINISTERIUM DER FINANZEN

**Änderung der Teilnahmebedingungen für Zahlenlotto und Fußballtoto**

B e z u g : Bekanntmachung vom 22. April 1988 (StAnz. S. 1099)

Die Teilnahmebedingungen der Hessischen Lotterieverwaltung für Zahlenlotto und Fußballtoto vom 22. April 1988 werden wie folgt geändert:

§ 19 Abs. 6 erhält folgende Fassung:

„(6) Innerhalb der Frist des vorstehenden Abs. 5 nicht abgeholte Gewinne von mehr als DM 12,— werden von der Treuhandgesellschaft durch Verrechnungsscheck an die auf dem Spielschein angegebene Anschrift zugestellt. Hierbei werden von dem Gewinnbetrag die Porto- und Auszahlungskosten, aufgerundet auf einen durch DM 0,10 teilbaren Betrag, in Abzug gebracht. Der Kostenabzug beträgt je Zahlungsfall mindestens DM 2,—.“

§ 19 Abs. 7 erhält folgende Fassung:

„(7) Nicht abgeholte Gewinne bis einschließlich DM 12,— werden nur auf Antrag gegen Einsendung des Quittungsabschnitts an die Treuhandgesellschaft unter Abzug der Porto- und Auszahlungskosten gemäß vorstehendem Abs. 6 zugestellt. Bei dem Antrag ist die Frist nach § 20 zu beachten.“

Diese Änderung tritt zum 1. Juli 1989 in Kraft.

Wiesbaden, 22. Mai 1989

Hessische Lotterieverwaltung

— 2001 —

StAnz. 25/1989 S. 1354

594

**Änderung der Teilnahmebedingungen für die Pferdewette „RennQuintett“**

B e z u g : Bekanntmachung vom 30. April 1986 (StAnz. S. 1082)

Die Teilnahmebedingungen der Hessischen Lotterieverwaltung für die Pferdewette „RennQuintett“ vom 30. April 1986 werden wie folgt geändert:

§ 18 Abs. 6 erhält folgende Fassung:

„(6) Innerhalb der Frist des vorstehenden Abs. 5 nicht abgeholte Gewinne von mehr als DM 12,— werden von der Treuhandgesellschaft durch Verrechnungsscheck an die auf dem Spielschein angegebene Anschrift zugestellt. Hierbei werden von dem Gewinnbetrag die Porto- und Auszahlungskosten, aufgerundet auf einen durch DM 0,10 teilbaren Betrag, in Abzug gebracht. Der Kostenabzug beträgt je Zahlungsfall mindestens DM 2,—.“

§ 18 Abs. 7 erhält folgende Fassung:

„(7) Nicht abgeholte Gewinne bis einschließlich DM 12,— werden nur auf Antrag gegen Einsendung des Quittungsabschnitts an die Treuhandgesellschaft unter Abzug der Porto- und Auszahlungskosten gemäß vorstehendem Abs. 6 zugestellt. Bei dem Antrag ist die Frist nach § 19 zu beachten.“

Diese Änderung tritt zum 1. Juli 1989 in Kraft.

Wiesbaden, 22. Mai 1989

Hessische Lotterieverwaltung

— 2001 —

StAnz. 25/1989 S. 1354

595

**Änderung der Teilnahmebedingungen für die Lotterie „Spiel 77“**

B e z u g : Bekanntmachung vom 18. April 1986 (StAnz. S. 1081), geändert durch Bekanntmachung vom 22. April 1988 (StAnz. S. 1103)

Die Teilnahmebedingungen der Hessischen Lotterieverwaltung für die Lotterie „Spiel 77“ vom 18. April 1986 unter Berücksichtigung der Änderung vom 22. April 1988 werden wie folgt geändert:

§ 3 Abs. 4 erhält folgende Fassung:

„(4) Für die Gewinnermittlung entscheidend ist die auf der Vorderseite des Spielabschnitts bei der Herstellung aufgebrauchte Losnummer.“

§ 8 Abs. 4 erhält folgende Fassung:

„(4) Innerhalb der Frist des vorstehenden Abs. 3 nicht abgeholte Gewinne werden von der Treuhandgesellschaft durch Verrechnungsscheck an die auf dem Spielschein angegebene Anschrift zugestellt. Hierbei werden von dem Gewinnbetrag die Porto- und Auszahlungskosten, aufgerundet auf einen durch DM 0,10 teilbaren Betrag, in Abzug gebracht. Der Kostenabzug beträgt je Zahlungsfall mindestens DM 2,—.“

Diese Änderung tritt zum 1. Juli 1989 in Kraft.

Wiesbaden, 22. Mai 1989

Hessische Lotterieverwaltung

— 2001 —

StAnz. 25/1989 S. 1354

596

**Automation von Verwaltungsaufgaben im Bereich Personalausgaben;**

h i e r : restliche Vergütungsabrechnungen der Angestellten der Philipps-Universität Marburg

B e z u g : Mein Erlaß vom 2. Mai 1989 (StAnz. S. 1155)

Ziff. 1 meines o. a. Erlasses wird wie folgt geändert:

Die Worte

„und der Vergütungen für wissenschaftliche Hilfskräfte“

werden ersatzlos gestrichen.

Wiesbaden, 31. Mai 1989

Hessisches Ministerium der Finanzen

O 1569 A — 2 — I A 23

StAnz. 25/1989 S. 1354

597

## HESSISCHES MINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT UND KUNST

**Verordnung über das Verfahren bei der Eintragung in das Denkmalbuch**

Aus Gründen der Rechtsklarheit wird darauf hingewiesen, daß die Verordnung über das Verfahren bei der Eintragung in das Denkmalbuch vom 14. September 1982 (GVBl. I S. 223) kraftlos und nicht mehr anzuwenden ist.

Die Verordnung beruhte auf § 10 Abs. 6 des Denkmalschutzgesetzes vom 23. September 1974 (GVBl. I S. 450) i. d. F. des Änderungsgesetzes vom 18. September 1980 (GVBl. I S. 333). Diese Ermächtigungsgrundlage wurde auf Grund des Art. 1 Ziff. 9 a) des Änderungsgesetzes vom 22. August 1986 (GVBl. I S. 262) aufgehoben (vgl. auch § 10 DSchG i. d. F. der Neubekanntmachung vom 5. September 1986 [GVBl. I S. 270]).

Inhaltlich ist die Verordnung auf Grund der Umstellung des Denkmalschutzrechts vom konstitutiven zum nachrichtlichen System durch die Novellierung des Denkmalschutzgesetzes im Jahre 1986 obsolet geworden. Bei der Gesetzesnovellierung wurde die Verordnung nicht ausdrücklich in § 29 DSchG genannt.

Eine förmliche Aufhebung der Verordnung durch Gesetz wird deshalb eingeleitet.

Wiesbaden, 18. Mai 1989

Hessisches Ministerium  
für Wissenschaft und Kunst  
K I 2 — 784/31.3 — 9

StAnz. 25/1989 S. 1354

598

HESSISCHES MINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT UND TECHNIK

**Anordnung zur Änderung der Anordnung über Zuständigkeiten nach der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift über die Dienstwohnungen des Landes Hessen im Geschäftsbereich des Hessischen Ministers für Wirtschaft und Technik**

B e z u g : Erlaß vom 29. Januar 1982 (StAnz. S. 455)

1. In Nr. 1 der Anordnung vom 29. Januar 1982 werden das Hessische Landesamt für Bodenforschung, das Hessische Oberbergamt, die Hessische Eichdirektion ersatzlos gestrichen.
2. Die Nr. 2 der Anordnung vom 29. Januar 1982 erhält folgende Fassung:  
„Die unter Nr. 1 genannten Dienststellen sind nach Nr. 9.4 HDWV für die Festsetzung der Dienstwohnungsvergütung für ihren Geschäftsbereich zuständig.  
Die Dienststellen sind befugt, mit der Festsetzung der Dienstwohnungsvergütung die ihnen nachgeordneten Ämter zu beauftragen. Diese Beauftragung ist der obersten Dienstbehörde mitzuteilen.“

Diese Anordnung tritt mit sofortiger Wirkung in Kraft.

Wiesbaden, 9. Mai 1989

Hessisches Ministerium  
für Wirtschaft und Technik  
Z c 3 — 35 t — 02  
— Gült.-Verz. 4333 —  
StAnz. 25/1989 S. 1355

599

**Widmung einer Neubaustrecke, Abstufung und Einziehung von Teilstrecken der Bundesstraße 455 in den Gemarkungen Melbach, Wölfersheim und Södel der Gemeinde Wölfersheim, Wetteraukreis**

1. Die im Zuge der Bundesstraße 455 in den Gemarkungen Melbach und Wölfersheim der Gemeinde Wölfersheim im Wetteraukreis, Regierungsbezirk Darmstadt, neugebaute Strecke  
von km 0,062 neu (bei km 0,062 der B 455 alt nordwestlich der Ortslage Melbach)  
bis km 0,167 neu (= km 0,000 neu — Anschluß der K 172 neu —) = 0,105 km  
und  
von km 0,000 neu (= km 0,167 neu)  
bis km 1,611 neu (bei km 0,948 der B 455 alt in der Ortslage Wölfersheim) = 1,611 km  
zusammen 1,716 km
2. Die in den Gemarkungen Melbach und Södel der Gemeinde Wölfersheim gelegene bisherige Teilstrecke der Bundesstraße 455  
von km 0,194 alt (bei km 6,665 der K 172 neu südlich der Ortslage Södel)  
bis km 1,287 alt (= km 0,000 alt — Anschluß der K 172 in der Ortslage Södel —) = 1,093 km  
und  
von km 0,000 alt (= km 1,287 alt)  
bis km 0,003 alt = 0,003 km  
zusammen 1,096 km

hat die Eigenschaft einer Bundesstraße verloren und wird mit Wirkung vom 1. Juni 1989 in die Gruppe der Kreisstraßen abgestuft (§ 2 Abs. 4 FStrG und § 3 Abs. 1 des Hessischen Straßengesetzes [HStrG] vom 9. Oktober 1962 — GVBl. I S. 437 —). Sie wird als Teilstrecke der Kreisstraße 172 in das Straßenverzeichnis eingetragen (§ 3 Abs. 3 HStrG).  
Die Straßenbaulast für die abgestufte Strecke geht zum selben Zeitpunkt in dem in § 41 HStrG festgelegten Umfang auf den Wetteraukreis über.

3. Die in den Ortslagen Södel und Wölfersheim gelegene bisherige Teilstrecke der Bundesstraße 455  
von km 0,003 alt (am Anschluß der K 172)  
bis km 0,948 alt (bei km 1,609 der B 455 neu) = 0,945 km  
hat die Eigenschaft einer Bundesstraße verloren und wird mit Wirkung vom 1. Juni 1989 in die Gruppe der Gemeindestraßen abgestuft (§ 2 Abs. 4 FStrG und § 3 Abs. 1 HStrG).  
Die Straßenbaulast an Straßenteilen der abgestuften Strecke, für die die Gemeinde gemäß § 5 FStrG nicht bereits Träger der Straßenbaulast war, geht zum selben Zeitpunkt auf die Gemeinde Wölfersheim über (§ 43 HStrG).
4. Die in der Gemarkung Melbach gelegene bisherige Teilstrecke der Bundesstraße 455  
von km 0,062 alt (bei km 0,062 der B 455 neu)  
bis km 0,194 alt (bei km 6,665 der K 172 neu) = 0,132 km  
ist für den Verkehr entbehrlich geworden und gilt durch die Sperrung als eingezogen (§ 2 Abs. 6 a FStrG).

**Rechtsbehelfsbelehrung**

Gegen die vorstehend genannte Entscheidung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Anfechtungsklage beim Verwaltungsgericht in Darmstadt, Neckarstraße 3, 6100 Darmstadt, erhoben werden. Die Klage ist beim Gericht schriftlich zu erheben. Sie kann auch zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle erhoben werden.

Die Klage muß den Kläger, den Beklagten (das ist das Land Hessen, vertreten durch den Minister für Wirtschaft und Technik) und den Streitgegenstand bezeichnen. Sie soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben werden.

Wiesbaden, 30. Mai 1989

Hessisches Ministerium  
für Wirtschaft und Technik  
IV a 54 — 63 a 30  
StAnz. 25/1989 S. 1355

600

**Wirtschaftsprüfer-Prüfung im Frühjahr 1990**

Der schriftliche Teil der Wirtschaftsprüfer-Prüfung wird voraussichtlich im März 1990 beginnen. Als Termin für die mündliche Prüfung ist der Monat Juni 1990 vorgesehen.

Anträge auf Zulassung zur Prüfung bitten wir mit den in § 2 der Prüfungsordnung für Wirtschaftsprüfer vom 31. Juli 1962 (BGBl. I S. 529), zuletzt geändert durch Verordnung vom 1. März 1988 (BGBl. I S. 202), aufgeführten Unterlagen bis spätestens 31. Oktober 1989 beim Zulassungsausschuß für Wirtschaftsprüfer des Landes Hessen, des Landes Rheinland-Pfalz und des Saarlandes, 6200 Wiesbaden, Postfach 31 29, einzureichen.

Die Voraussetzungen für die Zulassung zur Prüfung ergeben sich aus den §§ 7 ff. des Gesetzes über eine Berufsordnung der Wirtschaftsprüfer (Wirtschaftsprüferordnung) i. d. F. vom 5. November 1975 (BGBl. I S. 2803), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. April 1986 (BGBl. I S. 560).

Für das Zulassungsverfahren ist eine Gebühr von 200,— DM zu entrichten; die Prüfungsgebühr beträgt 750,— DM (§ 14 a der Wirtschaftsprüferordnung). Die Gebühren werden angefordert oder können im voraus an die Staatshauptkasse Hessen in Wiesbaden, Postgirokonto Frankfurt am Main, Nr. 94 716 608, unter Angabe des Vermerks: Z b 1 — 07 01 — 111 64 überwiesen werden.

Körperbehinderten Bewerbern/innen kann die Frist für die Anfertigung der Aufsichtsarbeiten jeweils um eine Stunde verlängert werden (§ 8 Abs. 2 der Prüfungsordnung).

Die dem Zulassungsantrag beigefügten Fotokopien bzw. Abschriften von Zeugnissen und sonstigen Urkunden müssen amtlich beglaubigt sein.

Wiesbaden, 2. Juni 1989

Hessisches Ministerium  
für Wirtschaft und Technik  
Z b 1 — 441 d 1  
StAnz. 25/1989 S. 1355

601

## HESSISCHES SOZIALMINISTERIUM

**Erstattung der Fahrgeldausfälle im Nahverkehr nach dem Schwerbehindertengesetz für das Jahr 1988**

Auf Grund des § 62 Abs. 4 Satz 1 des Schwerbehindertengesetzes (SchwbG) i. d. F. vom 26. August 1986 (BGBl. I S. 1421; ber. BGBl. I S. 1550) wird bekanntgemacht:

Der Vmhundertersatz für die Erstattung der Fahrgeldausfälle, die durch die unentgeltliche Beförderung Schwerbehinderter im Nahverkehr entstehen, wird für das Jahr 1988 auf **3,33 v. H.** der für diesen Zeitraum nachgewiesenen Fahrgeldeinnahmen im Nahverkehr festgesetzt.

Der auf das Land gemäß § 65 Abs. 2 SchwbG entfallende Anteil an den Aufwendungen für die unentgeltliche Beförderung Schwerbehinderter im Nahverkehr beträgt **85,68 v. H.**; der Anteil des Bundes beläuft sich auf **14,32 v. H.**

Wiesbaden, 22. Mai 1989

Hessisches Sozialministerium  
StS. — II — II A 2 — 51 r 0611  
StAnz. 25/1989 S. 1356

602

**Zulassung als Weiterbildungsstätte zum Fachtierarzt für Kleintiere**

Gemäß § 31 Abs. 3 des Gesetzes über die Berufsvertretungen, die Berufsausübung, die Weiterbildung und die Berufsergänzbarkeit der Ärzte, Zahnärzte, Tierärzte und Apotheken (Heilberufsgesetz) vom 24. April 1986 (GVBl. I S. 122) wird die tierärztliche Praxis der Frau Dr. med. vet. Melanie Kaufmann, Darmstädter Straße 37, 6148 Heppenheim, als Weiterbildungsstätte zum Fachtierarzt für Kleintiere zugelassen.

Wiesbaden, 30. Mai 1989

Hessisches Sozialministerium  
VII B 1 — 19 a 08/11  
StAnz. 25/1989 S. 1356

603

## HESSISCHES MINISTERIUM FÜR LANDWIRTSCHAFT, FORSTEN UND NATURSCHUTZ

**Flurbereinigung Kelkheim-Ost und Kelkheim-West, Main-Taunus-Kreis**

Am 20. Februar 1989 ist vom Hessischen Landesamt für Ernährung, Landwirtschaft und Landentwicklung — Abteilung Landentwicklung — folgender Teilungsbeschuß erlassen worden, dessen entscheidender Teil hiermit nachrichtlich veröffentlicht wird. Die Möglichkeit zur Einlegung eines Rechtsbehelfs gegen den Teilungsbeschuß wird durch die nachstehende Veröffentlichung nicht eingeräumt.

Wiesbaden, 17. Mai 1989

Hessisches Ministerium  
für Landwirtschaft, Forsten  
und Naturschutz  
II C 4 — LK. 50.0 Wiesbaden  
(Kelkheim-Ost) — 1147/89  
StAnz. 25/1989 S. 1356

**Teilungsbeschuß**

Auf Grund des § 8 Abs. 3 des Flurbereinigungsgesetzes (FlurbG) i. d. F. vom 16. März 1976 (BGBl. I S. 546), zuletzt geändert durch Gesetz vom 8. Dezember 1986 (BGBl. I S. 2191), wird der Beschluß des Landeskulturamtes Hessen (heute: Hessisches Landesamt für Ernährung, Landwirtschaft und Landentwicklung — Abt. Landentwicklung —) vom 22. Dezember 1972 (StAnz. 1973 S. 159) über die Anordnung der Flurbereinigung **Kelkheim, Main-Taunus-Kreis**, durch diesen Teilungsbeschuß wie folgt geändert:

1. Das Flurbereinigungsverfahren „Kelkheim“ — Az.: WF 438 — mit einer Gesamtfläche von 1095 ha wird in zwei selbständige Flurbereinigungsverfahren geteilt. Damit entstehen die Flurbereinigungsverfahren  
Kelkheim-Ost  
und Kelkheim-West.

2. Die den neu gebildeten Flurbereinigungsverfahren unterliegenden Grundstücke, deren Stand dem Beschluß vom 22. Dezember 1972 zugrunde gelegt wurde, sind nachfolgenden Anlagen zu entnehmen:

Kelkheim-Ost: Anlage 1,  
Kelkheim-West: Anlage 2.

Die Anlagen 1 und 2 bilden einen Bestandteil dieses Beschlusses. Die Grenzen der Flurbereinigungsverfahren sind in den Gebietskarten (Anlagen 3 bis 7\*) kenntlich gemacht.

3. Die neu gebildeten Flurbereinigungsverfahren haben somit nachfolgende Größen:

Kelkheim-Ost	ca. 408 ha,
Kelkheim-West	ca. 687 ha, worin eine Waldfläche von ca. 447 ha enthalten ist.

- Name und Sitz der Teilnehmergemeinschaft werden durch diesen Beschluß nicht geändert.
- Der entscheidende Teil dieses Beschlusses wird in den Städten und Gemeinden Kelkheim (Taunus), Hofheim am Taunus, Eppstein, Bad Soden am Taunus, Liederbach, Frankfurt am Main, Höchst und Königstein im Taunus öffentlich bekanntgemacht. Gleichzeitig wird der Beschluß mit Begründung und den Gebietskarten — Anlagen 3 bis 7\* — zur Einsichtnahme durch die Beteiligten bei den Stadt- und Gemeindeverwaltungen Kelkheim (Taunus), Hofheim am Taunus, Frankfurt am Main und Liederbach und in den an das Flurbereinigungsgebiet angrenzenden Städten Bad Soden am Taunus und Königstein im Taunus zwei Wochen lang ausgelegt.

Wiesbaden, 20. Februar 1989

Hessisches Landesamt für Ernährung,  
Landwirtschaft und Landentwicklung  
327 — F 946 Kelkheim-West  
327 — WF 438 Kelkheim-Ost —  
1549/89

Anlage 1

Dem Flurbereinigungsverfahren Kelkheim-Ost unterliegen nachfolgende Flurstücke:

**Gemarkung Münster**

Flur 1 ganz.

Flur 2 Flurstücke 3 bis 46, 48 bis 52, 54 bis 60, 62 bis 96, 98, 100 bis 111, 112/1, 112/2, 113/1, 113/2, 114/1, 114/2, 115/1, 115/2, 116/1, 116/2, 117/1, 117/2, 118/1, 118/3, 118/4, 119/1, 119/2, 120/1, 121/1, 121/14, 122/1, 122/2, 123, 124, 125/1, 125/2, 126/1, 126/2, 127/1, 127/2, 128/1, 128/2, 129/1, 129/2, 130/1, 130/2, 131/1, 131/2, 132/1, 132/2, 133/1, 133/2, 134/3, 134/4, 135/1, 135/3, 135/4, 136/1, 136/3, 137/2, 138/2, 139/1, 139/3, 140/1, 140/3, 141/1, 141/3, 142/1, 142/3, 143/1, 143/3, 144/1, 144/3, 145/1, 145/3, 146/1, 146/3, 155/1, 156/1, 157/2, 157/3, 158/1, 159/1, 159/3, 160/1, 160/3, 161, 162, 163/1, 164/2, 164/3, 165/1, 166/2, 166/3, 167/1, 168, 169/1, 169/2, 170/1, 170/2, 171/1, 171/2, 172/1, 172/2, 173/1, 173/2, 174/1, 174/2, 175/1, 175/2, 176 bis 204, 207 bis 213, 215 bis 226, 229 bis 233, 234/1, 235, 236/53, 237/53, 238/61, 239/61, 240/97, 241/97, 244/47, 245/47, 250/205, 252/206, 253/214, 254/214, 255/99, 256/99, 257/1, 258/2, 259/205, 260/205, 261/227, 262/228, 263/228.

Flur 3 Flurstücke 40 bis 56, 57/1, 58/1, 59 bis 83, 701/87, 702/87, 636/88, 637/88, 672/89, 673/89, 674/89, 675/89, 676/89, 90 bis 112, 603/113, 611/113, 612/113, 114 bis 116, 642/117, 643/118, 119, 120/1, 120/2, 121, 685/122, 686/122, 687/122, 621/123, 622/123, 124 bis 131, 627/132, 628/132, 133 bis 138, 139/1, 139/2, 140 bis 155, 156/1, 157/1, 158/1, 159/1, 160/1, 160/2, 161, 162/1, 162/2, 163 bis 174, 605/175, 606/175, 176/1, 177/1, 177/2, 178/1, 178/2, 178/3, 178/4, 179, 180/1, 181/1, 182/1, 182/2, 183/1, 184/1, 185 bis 189, 191/1, 192/1, 192/2, 193/1, 193/2, 194 bis 207, 208/1, 208/2, 209/1,

\*) hier nicht veröffentlicht

- 210/1, 211, 212, 214/1, 215/1, 216/1, 217/1, 218/1, 219/1, 219/2, 219/3, 220/1, 221/1, 222/1, 225/1, 226 bis 270, 638/271, 639/271, 272 bis 274, 644/275, 645/275, 276 bis 278, 279/1, 282/1, 282/2, 282/3, 282/4, 282/5, 282/6, 282/22, 282/31, 282/36, 282/37, 282/38, 282/39, 284/1, 285, 286, 287/1, 288/1, 289/1, 290/3, 292/2, 296/2, 297/2, 298/2, 298/3, 299/1, 300/2, 300/3, 301/3, 301/4, 303/2, 305/2, 306/2, 307/1, 308/1, 312/1, 314/1, 315/1, 316/1, 318/2, 318/5, 318/9, 318/10, 318/11, 318/12, 319/1, 319/2, 320/1, 320/3, 323/1, 323/2, 324/1, 324/2, 325/1, 325/2, 327/1, 327/2, 327/3, 327/4, 328/1, 329/1, 329/2, 329/3, 329/4, 329/5, 345 bis 351, 598/73, 598/74, 598/75, 598/76, 598/82, 598/85, 598/86, 598/91, 598/98, 598/101, 598/102, 598/105, 598/106, 598/107, 598/108, 598/109, 598/110, 598/111, 601/2, 601/4, 601/5, 602/1.
- Flur 3** Flurstücke 12/3, 14/2, 15/2, 15/3, 16/2, 16/3, 16/5, 17/2, 17/3, 17/5, 18/2, 18/3, 19/1, 19/2, 20/1, 20/2, 20/3, 20/4, 21/1, 21/2, 22/1, 22/2, 23/1, 23/2, 24/1, 24/2, 25/1, 25/2, 26/1, 26/2, 27/1, 27/2, 28/1, 29/1, 30/1, 31/1, 32, 33/1, 34/1, 35/1, 36/1, 37/1, 38/1, 38/2, 38/3, 38/4, 38/5, 38/6, 38/7, 39, 493 bis 498, 499/1, 500/1, 501 bis 507, 609/508, 610/508, 629/509, 630/509, 510 bis 529, 530/1, 531/1, 532, 533/1, 534/1, 535, 536, 538/1, 539, 540, 703/13, 704/530, 595/2, 595/7, 595/8, 595/9, 595/10, 595/11, 595/14, 595/15, 595/16, 595/26, 595/27, 595/28, 600/1, 600/2, 600/3, 600/4.
- Flur 4** ganz.  
**Flur 5** ganz.  
**Flur 6** ganz.  
**Flur 7** ganz.  
**Flur 8** ganz.
- Flur 9** Flurstücke 130 bis 137, 138/1, 138/2, 140/1, 141/2, 228/4, 230, 474/1, 474/2, 475, 487/2, 499/2, 499/4, 500/1, 500/2, 500/3, 508.
- Flur 10** Flurstücke 580/181, 581/181, 182 bis 189, 544/190, 545/190, 191, 192, 193/1, 194/1, 195/1, 196/1, 197/1, 200/1, 201/1, 202/1, 203/1, 205/1, 207/1, 208/1, 209/1, 212/1, 213 bis 217, 220/3, 221/1, 222/1, 223/1, 224/1, 225/3, 225/4, 228/1, 229/1, 230/1, 231/1, 233/1, 235/2, 236/1, 236/2, 236/3, 237/1, 238/1, 275/4, 276, 355/10.
- Flur 16** Flurstücke 1 bis 49, 50/1, 51/1, 52/1, 53 bis 57, 58/1, 59/1, 59/3, 60/1, 60/3, 61/1, 61/3, 75/1, 75/3, 76/1, 76/3, 77/1, 77/3, 78/1, 78/3, 79/4, 79/6, 80/1, 80/3, 81/3, 81/5, 82/3, 82/4, 83/3, 83/4, 266/3, 267/3, 268/3, 269/1, 270/3, 271/1, 272/3, 272/4, 273/1, 273/3, 274/3, 275/1, 275/3, 276/1, 276/3, 277/1, 278/5, 278/7, 279/3, 279/5, 280/3, 280/5, 281/3, 282/3, 317/1, 318/1, 319/1, 320/3, 321/3, 322/3, 322/5, 323/3, 324/3, 324/4, 325/3, 326/1, 327/3, 327/4, 328/3, 329/3, 330/1, 331/1, 331/3, 331/4, 332/1, 332/3, 332/4, 333/1, 334/1, 335/3, 335/4, 336/1, 337/3, 337/4, 431, 432.
- Flur 19** Flurstücke 1/1, 49 bis 65, 66/1, 66/2, 67/1, 67/2, 68/1, 119/2, 120/1, 135/2.
- Gemarkung Hornau**  
**Flur 2** Flurstücke 174, 175.  
**Flur 3** Flurstück 19.  
**Flur 5** Flurstücke 1/3, 1/4, 1/5, 9/2, 10/6, 14/2, 16/2, 41/1, 41/2, 43, 46, 51/3, 53, 76, 80/1, 82/1, 82/2, 97/1, 98/1, 98/2, 111/1, 120/1, 124 bis 140, 141/1, 141/3, 141/4, 142, 143/3, 147/2, 186/25.  
**Flur 6** Flurstücke 9, 26, 28 bis 31, 34, 35, 40, 42, 64, 72, 73, 78, 79, 113, 117, 144, 145, 149 bis 152, 158, 176, 206, 209, 224, 225, 228, 235/1, 235/2, 252, 253, 274, 307/161, 311/27, 312/27, 316/102, 320/56, 341/147, 343/270, 344/270.  
**Flur 7** Flurstücke 17, 33, 56, 59/1, 59/2, 60/1, 60/2, 61/1, 61/2, 62, 63/1, 63/2, 64/1, 64/2, 65/1, 65/2, 66/1, 66/3, 67/1, 67/2, 68 bis 70, 73/1, 74/1, 75 bis 79, 81 bis 97, 122 bis 124, 127, 130, 148/1, 149/1, 162/1, 163/1, 164/1, 165/1, 165/3, 166/1, 166/2, 167/1, 167/2, 168/1, 168/2, 169/1, 169/2, 169/3, 169/4, 170/1, 170/2, 171/1, 172/1, 172/2, 173/1, 173/2, 173/3, 174/1, 174/2, 175 bis 178, 180, 182/1, 189/179, 190/179, 191/125, 192/125, 200/16, 201/16.  
**Flur 14** Flurstücke 24/5, 39/5, 65/5, 69/5, 99/5.
- Gemarkung Niederhofheim**  
**Flur 1** Flurstück 229/1.  
**Flur 5** Flurstücke 2, 59, 101/1, 101/4, 102/1, 102/2, 102/3, 109/5, 117/2, 117/3, 130 bis 140, 141/1, 141/2, 142 bis 144.  
**Flur 6** Flurstücke 1, 3, 4/1, 4/2, 4/4, 4/5, 5/1, 6/1, 7/2, 7/3, 76/1, 88 bis 93, 101 bis 114, 125/1, 126 bis 130, 142 bis 147, 148/1, 148/2, 148/3, 149/1, 150, 151.
- Flur 7** Flurstücke 11, 12, 13, 31/1, 36, 44 bis 56.  
**Flur 8** Flurstücke 1 bis 6, 14.
- Gemarkung Kelkheim**  
**Flur 1** Flurstücke 1/15, 1/16, 1/18, 1/20.  
**Flur 2** ganz.  
**Flur 3** ganz.  
**Flur 4** ganz.  
**Flur 5** Flurstücke 1/1, 1/2, 2/1, 2/2, 3/1, 3/2, 4/1, 4/2, 5/1, 5/2, 6/1, 6/2, 7/1, 7/2, 8, 9, 10/1, 10/2, 11/1, 11/2, 12/1, 12/2, 13/1, 13/2, 14/1, 14/2, 15/1, 15/2, 16/1, 16/2, 17/1, 17/2, 18/1, 18/2, 19/2, 19/3, 19/4, 20/1, 20/2, 21/1, 21/2, 22, 23, 24/1, 24/2, 25/1, 25/2, 26/5, 26/6, 26/7, 26/8, 27/2, 27/3, 27/4, 28/2, 28/3, 28/4, 29/2, 29/3, 29/4, 30/1, 30/2, 31/1, 31/2, 32/1, 32/2, 33/1, 33/2, 34/1, 34/2, 35/1, 35/2, 36/1, 36/2, 37/1, 37/2, 37/3, 38/1, 38/2, 39/1, 39/2, 40/1, 40/2, 41/1, 41/2, 42/1, 42/2, 43/1, 43/2, 44, 47/1, 47/2, 47/3, 48 bis 54, 56, 110/2, 110/3, 110/4, 125/1, 125/2, 126/1, 126/2, 127/1, 127/2, 128/1, 128/2, 129/1, 129/2, 129/3, 129/4, 130/1, 130/2, 131/2, 132/1, 132/2, 132/3, 133/1, 133/2, 133/3, 134/1, 134/2, 134/3, 135/1, 135/2, 135/3, 136/1, 136/2, 138/1, 138/2, 138/3, 138/4, 138/5, 138/6, 141 bis 161, 162/1, 162/2, 163 bis 166, 167/1, 167/2, 168/1, 168/2, 169/1, 169/2, 170/1, 170/2, 171/1, 171/2, 172/1, 172/2, 174/1, 174/2, 175/1, 175/2, 176/1, 176/2, 177/1, 177/2, 178, 179/1, 179/2, 179/3, 180 bis 182, 183/1, 183/3, 183/4, 184/1, 184/3, 185/1, 186/1, 187/1, 188/1, 189/1, 189/2, 190/1, 191/1, 191/3, 192/1, 192/3, 193/1, 194/1, 195/1, 196/1, 217/1, 218/1, 235/4, 235/5, 236/4, 236/5, 237/3, 238/3, 239/1, 239/3, 240, 241, 242/11, 243/45, 255/55, 257/174, 265/140, 266/140, 272/45, 276/173, 277/173, 284/139, 285/139, 286/55, 287/55.
- Gemarkung Hofheim**  
**Flur 8** Flurstücke 1/1, 2/1.  
**Flur 35** Flurstücke 44/1, 45 bis 50, 51/1, 52/1, 53 bis 76, 122/1, 122/2, 123/1, 123/2, 123/3, 124/1, 124/2, 124/3, 124/4, 130, 131/1.
- Gemarkung Zeilsheim**  
**Flur 14** Flurstück 77.
- Anlage 2
- Dem Flurbereinigungsverfahren Kelkheim-West unterliegen nachfolgende Flurstücke:
- Gemarkung Münster**  
**Flur 2** Flurstücke 134/1, 135/2, 136/2, 137/1, 138/1, 139/4, 140/4, 141/4, 142/4, 143/4, 144/4, 145/4, 146/4, 147 bis 153, 154/1, 154/2, 154/3, 154/4, 155/2, 156/2, 157/4, 158/2, 159/4, 160/4, 163/2, 164/4, 165/2, 166/4, 167/2, 234/2.  
**Flur 3** Flurstücke 1/1, 1/2, 1/3, 1/4, 1/5, 1/6, 2 bis 9, 10/1, 11/3, 11/4, 12/2, 14/1, 15/4, 16/4, 17/4, 18/4, 594/1, 595/1.  
**Flur 12** Flurstücke 1 bis 28, 174/29, 175/29, 30 bis 34.  
**Flur 16** Flurstücke 50/2, 51/1, 52/2, 58/2, 59/4, 60/4, 61/4, 62 bis 74, 75/4, 76/4, 77/4, 78/4, 79/7, 80/4, 81/4, 81/6, 82/2, 83/2, 84/2, 84/3, 436/85, 437/85, 86 bis 105, 106/1, 107 bis 127, 453/128, 454/128, 129, 130, 140 bis 147, 148/2, 149/2, 150/2, 151/2, 152/2, 153/1, 154, 442/157, 443/158, 162, 211 bis 217, 218/1, 218/2, 219 bis 229, 461/230, 462/230, 231, 457/232, 233, 234, 458/235, 459/236, 237 bis 241, 460/242, 243 bis 265, 266/2, 266/4, 267/2, 267/4, 268/2, 268/4, 269/2, 270/2, 270/4, 271/3, 271/4, 272/2, 273/4, 274/2, 274/4, 275/4, 276/4, 277/2, 278/2, 278/4, 278/6, 278/8, 279/4, 279/6, 280/4, 280/6, 281/2, 281/4, 282/2, 282/4, 283 bis 316, 317/2, 318/2, 319/2, 319/4, 320/2, 320/4, 321/2, 321/4, 322/4, 322/6, 323/2, 323/4, 324/2, 324/5, 325/2, 325/4, 326/2, 327/2, 327/5, 328/2, 328/4, 329/2, 329/4, 330/2, 331/5, 332/5, 333/2, 334/2, 335/2, 335/5, 336/2, 337/2, 337/5, 338 bis 402, 447/403, 448/403, 404 bis 423, 449/424, 450/424, 425 bis 430, 433, 434/12.  
**Flur 17** Flurstücke 1, 2, 3/1, 4/1, 5 bis 7, 8/1, 8/2, 8/3, 8/4, 9/7, 9/8, 9/9, 9/10, 12/4, 14/1, 14/2, 18, 19/7 (teilweise), 20/3 (teilweise), 339, 440, 400/2, 406
- Gemarkung Hornau**  
**Flur 1** ganz.  
**Flur 2** ganz, mit Ausnahme der Flurstücke 174 und 175.  
**Flur 3** Flurstücke 1 bis 18, 20 bis 24, 25/1, 25/2, 26/1, 26/2, 26/3, 26/4, 27/1, 27/2, 28/1, 28/2, 29/1, 29/2, 30/1, 30/2, 31 bis 40, 605/41, 606/41, 42, bis 59, 818/60, 819/61, 820/62, 63, 64/1, 65/1, 66/1, 815/66, 67 bis 71, 72/1, 73/1, 73/2, 73/3, 804/73, 805/73, 806/73, 807/73, 808/73, 814/73, 681/321, 684/321, 685/322, 688/323, 689/324, 692/326, 693/327, 328, 696/330, 697/331, 700/332, 701/333, 704/334, 705/335, 708/336, 709/337, 712/338, 713/339, 715/340, 716/341, 717/342,

- 718/343, 719/344, 720/345, 721/346, 725/346, 374 bis 384, 615/385, 616/386, 625/387, 727/387, 728/388, 739/387, 671/389, 729/389, 730/389, 796/389, 797/389, 390 bis 415, 794/416, 795/416, 672/417, 418 bis 433, 740/434, 741/435, 742/435, 762/435, 743/436, 763/436, 437, 438, 731/439, 732/439, 440 bis 442, 733/443, 734/444, 735/445, 736/446, 737/447, 448 bis 461, 825/462, 826/462, 463 bis 472, 602/473, 603/473, 604/473, 744/474, 745/475, 746/476, 747/477, 748/477, 749/478, 750/478, 751/479, 752/479, 753/480, 754/480, 760/486, 765/480, 755/481, 756/481, 798/481, 799/481, 800/481, 757/482, 758/483, 484, 485, 759/486, 761/487, 488 bis 497, 591/498, 592/498, 499 bis 509, 827/510, 828/511, 512 bis 521, 801/522, 802/522, 787/523, 525 bis 541, 766/542, 767/543, 778/543, 768/544, 769/544, 770/545, 771/546, 779/546, 781/546, 772/547, 780/547, 548 bis 556, 773/557, 558 bis 560, 674/561, 675/561, 562 bis 566, 567/1, 567/2, 568 bis 575, 774/576, 577 bis 579, 775/580, 776/580, 777/581, 582/5, 587/1, 587/3.
- Flur 5** Flurstücke 1/2, 1/6, 5/1, 5/2, 6/1, 6/2, 7/1, 7/3, 7/4, 8/1, 8/3, 8/4, 9/1, 10/1, 10/2, 10/3, 10/4, 10/5, 12/1, 12/2, 13/1, 13/2, 14/1, 15/1, 15/2, 16/1, 17, 22, 26 bis 30, 33 bis 40, 42, 44, 47 bis 50, 51/1, 51/2, 54 bis 61, 62/1, 62/2, 65, 71/1, 73/1, 73/9, 73/10, 73/11, 73/15, 73/16, 73/17, 73/18, 73/19, 73/22, 73/23, 73/27, 73/28, 73/29, 73/30, 73/31, 75/1, 77/1, 78, 79/1, 86/1, 86/2, 87/1, 87/2, 87/3, 87/4, 88/1, 88/2, 93/1, 95/1, 99 bis 104, 107/1, 107/2, 107/3, 107/4, 107/5, 107/6, 108/1, 112/1, 120/2, 120/3, 121/1, 122, 123, 141/2, 143/1, 143/2, 144, 145, 146, 147/1, 147/3, 148/1, 148/2, 150/1, 150/2, 150/3, 150/4, 152/1, 152/2, 153/1, 153/2, 153/3, 155/1, 157/2, 157/3, 159/1, 160/1, 162/1, 163/1, 164/1, 165, 166, 167/23, 168/23, 169/24, 182/31, 183/32, 184/21, 185/25.
- Flur 6** Flurstücke 1, 2, 3/1, 3/2, 4/1, 4/2, 5 bis 8, 10 bis 25, 32, 33, 37 bis 39, 41, 43 bis 54, 57 bis 63, 65 bis 71, 74 bis 77, 81 bis 101, 103 bis 112, 114 bis 116, 118 bis 143, 153 bis 157, 159, 160, 162 bis 165, 166/1, 166/2, 169 bis 175, 177 bis 194, 197 bis 200, 201/1, 201/2, 202, 203, 205, 207, 208, 210 bis 219, 220/1, 220/2, 221 bis 223, 226, 227, 229 bis 231, 233, 234, 236 bis 241, 246 bis 251, 254, 255, 257 bis 267, 272, 273, 275 bis 277, 278/1, 278/2, 279/1, 279/2, 280, 281, 282/1, 282/2, 283 bis 289, 292 bis 296, 297/80, 298/80, 299/80, 300/256, 301/256, 302/256, 303/256, 304/204, 305/204, 306/204, 309/167, 310/168, 313/36, 314/36, 315/102, 317/102, 318/148, 321/55, 322/232, 323/232, 324/232, 325/245, 326/245, 327/245, 328/243, 329/243, 330/195, 331/195, 332/271, 333/271, 336/290, 337/290, 338/291, 339/291, 340/146, 342/148, 345/268, 346/268, 347/269, 348/269.
- Flur 7** Flurstücke 1 bis 15, 18 bis 23, 24/1, 24/2, 25/1, 25/2, 26 bis 29, 30/1, 32, 34 bis 55, 57, 58, 66/2, 66/4, 71, 72, 73/2, 74/2, 98 bis 118, 120, 121, 126, 128, 129, 131 bis 143, 144/1, 144/2, 145/1, 145/2, 146/1, 146/2, 147/1, 147/3, 147/4, 148/2, 149/2, 150 bis 159, 161, 162/2, 163/2, 164/2, 165/2, 165/4, 171/2, 181, 182/2, 183, 184/119, 185/119, 193/160, 194/160, 195/144, 196/144, 198/80, 199/80.
- Flur 11** Flurstücke 564/188 (teilweise), 189/2 (teilweise), 567/190 (teilweise), 194, 571/197, 572/198, 199 bis 204, 579/205, 396/207, 397/207, 208 bis 210, 582/211, 583/212.
- Flur 12** Flurstücke 1, 2, 3 (teilweise), 4/1 (teilweise), 4/2, 4/3, 429/7 (teilweise), 430/8 (teilweise), 433/11 (teilweise), 434/12 (teilweise), 435/13 (teilweise), 436/14 (teilweise), 15, 437/16 (teilweise), 438/17 (teilweise), 439/18 (teilweise), 440/19 (teilweise), 20/1 (teilweise), 20/2, 442/21 (teilweise), 443/22 (teilweise), 444/23 (teilweise), 37 bis 39, 40/1, 40/2, 41, 42, 43/1 (teilweise), 44 (teilweise), 45 (teilweise), 46 (teilweise), 47 (teilweise), 48/1 (teilweise), 48/2 (teilweise), 521/125 (teilweise), 459/125 (teilweise), 126 (teilweise) bis 138 (teilweise), 146 bis 154, 460/155, 522/155, 461/156, 523/156, 462/156, 464/157, 524/157, 463/157, 465/158, 525/158, 467/158, 468/159, 470/159, 526/159, 471/160, 527/160, 473/160, 476/161, 528/161, 474/161, 477/162, 529/162, 479/162, 482/163, 530/163, 480/163, 483/164, 531/164, 485/164, 486/165, 488/165, 532/165, 489/166, 490/166, 533/166, 350/167, 351/167, 168 bis 171, 359/172, 360/172, 173 bis 192, 361/193, 362/193, 194 bis 199, 202 bis 216, 367/217, 368/217, 373/218, 374/218, 243 bis 246, 382/247, 383/248, 348/249, 385/250, 286/251, 389/252, 390/253, 254 bis 263, 264 (teilweise) bis 265 (teilweise), 348/270 (teilweise), 349/270 (teilweise), 271 (teilweise), 272 bis 274, 277 bis 293, 421/294, 422/294, 370/295, 296 bis 298, 352/299, 353/299, 300 bis 326, 535/327, 536/327, 537/327, 538/327, 539/327, 328 bis 340, 363/341, 364/341, 344, 345, 580/1 (teilweise).
- Flur 13** Flurstücke 1/1, 1/2, 1/3, 1/4, 1/5, 1/6, 1/7, 1/8, 1/9, 1/10, 1/11, 1/12, 1/13, 2 bis 18, 237/20, 238/20, 21 bis 34, 239/35, 240/35, 241/35, 36 bis 64, 216/65, 217/65, 66 bis 150, 151/1, 151/2, 151/3, 152 bis 157, 220/162, 243/163 (teilweise), 242/164, 245/164 (teilweise), 215/165 (teilweise), 166, 167 (teilweise), 168 (teilweise), 169 (teilweise), 177 bis 180, 229/181 (teilweise), 230/181 (teilweise), 182 bis 193, 194 (teilweise) bis 197 (teilweise), 212/6 (teilweise), 234/212 (teilweise).
- Flur 14** ganz mit Ausnahme der Flurstücke 24/5, 39/5, 65/5, 69/5 und 99/5.
- Flur 15** ganz.
- Gemarkung Kelkheim**
- Flur 1** ganz, mit Ausnahme der Flurstücke 1/15, 1/16, 1/18, 1/20.
- Flur 5** Flurstücke 184/4, 185/2, 186/2, 187/2, 188/2, 190/2, 191/4, 192/4, 193/2, 194/2, 195/2, 196/2, 197/1, 197/2, 198 bis 210, 262/212, 261/213, 214 bis 216, 217/2, 218/2, 221/1, 221/2, 221/3, 222 bis 224, 226 bis 228, 230 bis 234, 235/3, 236/3, 237/2, 237/4, 238/2, 238/4, 239/4, 242/4, 242/5, 242/8, 242/10.
- Flur 10** Flurstücke 690/133, 693/135, 694/136, 139, 950/140, 141, 949/142, 144.
- Flur 11** Flurstücke 1 bis 6, 289/8, 9 bis 13, 290/16, 17, 291/19, 20 bis 26, 292/27, 293/29, 31, 32, 294/33 (teilweise), 35 (teilweise), 36 (teilweise), 37 (teilweise), 38, 295/39, 41 bis 44, 296/46, 327/47, 328/48, 49, 297/50, 52 bis 55, 298/56, 58 bis 62, 299/63, 65, 66, 300/68, 69 bis 71, 301/72, 74 bis 77, 302/79 (teilweise), 81 (teilweise), 303/82 (teilweise), 84 (teilweise), 304/87 (teilweise), 88 (teilweise), 305/90 (teilweise), 91 (teilweise), 92 (teilweise), 93 (teilweise), 112/1, 113/1, 113/2, 113/3, 114, 159/116, 160/117, 161/118, 119, 120, 133 bis 138, 139/1, 140/1, 141/1, 143/6, 143/7, 143/9, 143/10, 149/1, 149/2, 149/3, 149/4, 341/150, 152/1 (teilweise).
- Flur 13** Flurstücke 1 bis 10, 11/1, 11/2, 12, 328/13, 329/13, 14 bis 45, 371/46, 372/46, 373/46, 47 bis 50, 351/51, 352/51, 52, 53, 61, 81, 83 bis 85, 86/1, 87 bis 96, 97/1, 97/2, 98 bis 106, 107/1, 107/2, 108 bis 118, 359/119, 360/119, 120, 343/121, 344/121, 122 bis 141, 332/142, 333/142, 143, 144, 145/1, 145/2, 146/1, 146/3, 146/4, 147 bis 175, 176/1, 176/2, 177 bis 179, 376/180, 181 bis 194, 377/195, 196 bis 227, 361/228, 362/228, 229 bis 240, 339/241, 340/241, 242 bis 247, 347/248, 348/250, 349/251, 350/251, 252 bis 259, 357/260, 358/261, 262 bis 270, 334/271, 335/271, 272 bis 275, 276/1, 276/2, 277 bis 286, 287/1, 288, 289, 291 bis 298, 355/299, 356/299, 300 bis 306, 307/1, 307/2, 308/1, 308/2, 309 (teilweise), 320/7 (teilweise), 325/2, 326 (teilweise).
- Flur 15** Flurstücke 1 bis 19, 21 bis 26, 31/1, 43, 46/1, 47 bis 60, 61/1, 61/2, 61/3, 66, 67, 112 bis 116, 344/117, 345/117, 118.
- Flur 16** Flurstücke 3, 2/4, 2/6, 2/7, 2/8, 2/10, 2/11, 4/1 (teilweise), 5, 8/1.

604

**Flurbereinigung Borken — A 49, Schwalm-Eder-Kreis**

Am 20. Februar 1989 ist vom Hessischen Landesamt für Ernährung, Landwirtschaft und Landentwicklung — Abteilung Landentwicklung — folgender Flurbereinigungsbeschuß erlassen worden, dessen entscheidender Teil hiermit nachrichtlich veröffentlicht wird. Die Möglichkeit zur Einlegung eines Rechtsbehelfs gegen den Flurbereinigungsbeschuß wird durch die nachstehende Veröffentlichung nicht eingeräumt.

Wiesbaden, 17. Mai 1989

**Hessisches Ministerium  
für Landwirtschaft, Forsten  
und Naturschutz**  
II C 4 — LK.50.0 Kassel (Borken)  
— 1023/89

StAnz. 25/1989 S. 1358

**Flurbereinigungsbeschuß**

1. Auf Grund des § 87 des Flurbereinigungsgesetzes (FlurbG) i. d. F. vom 16. März 1976 (BGBl. I S. 546) wird für die in der Anlage 1 aufgeführten Grundstücke in Teilen der Gemarkungen Arnsbach, Kleinenglis, Nassenerfurth und Trockenerfurth die Flurbereinigung angeordnet. Die Anlage 1 bildet einen Bestandteil dieses Beschlusses.
2. Das Flurbereinigungsgebiet hat eine Größe von rd. 459 ha, worin eine Waldfläche von rd. 91 ha enthalten ist. Die Grenzen des Flurbereinigungsgebietes sind auf der Gebietskarte\*) durch einen grünen bzw. orangen Farbstreifen kenntlich gemacht.

\*) hier nicht veröffentlicht



3. Die Gemeinschaft der Teilnehmer am Flurbereinigungsverfahren führt den Namen:

„Teilnehmergemeinschaft der Flurbereinigung von Borken — A 49“  
mit dem Sitz in Borken, Schwalm-Eder-Kreis.

Sie ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts.

4. Die Beteiligten werden nach § 14 FlurbG aufgefordert, Rechte, die aus dem Grundbuch nicht ersichtlich sind, aber zur Beteiligung am Flurbereinigungsverfahren berechtigt, innerhalb von drei Monaten nach Bekanntgabe dieses Beschlusses beim Amt für Landwirtschaft und Landentwicklung in 3500 Kassel, Friedrich-Ebert-Straße 45—47, anzumelden. Werden Rechte nach Ablauf dieser Frist angemeldet, so kann das Amt für Landwirtschaft und Landentwicklung die bisherigen Verhandlungen und Festsetzungen gelten lassen.

Der Inhaber eines o. a. Rechts muß die Wirkung eines vor der Anmeldung eingetretenen Fristablaufes ebenso gegen sich gelten lassen wie der Beteiligte, dem gegenüber die Frist durch Bekanntgabe des Verwaltungsaktes zuerst in Lauf gesetzt worden ist.

5. Nach § 34 bzw. nach § 85 Ziff. 5 FlurbG ist von der Bekanntgabe dieses Beschlusses ab bis zur Unanfechtbarkeit des Flurbereinigungsplanes in folgenden Fällen die Zustimmung des Amtes für Landwirtschaft und Landentwicklung erforderlich:

- a) wenn die Nutzungsart der Grundstücke im Flurbereinigungsgebiet geändert werden soll; dies gilt nicht für Änderungen, die zum ordnungsgemäßen Wirtschaftsbetrieb gehören;
- b) wenn Bauwerke, Brunnen, Gräben, Einfriedungen, Hangterrassen und ähnliche Anlagen errichtet, hergestellt, wesentlich verändert oder beseitigt werden sollen;
- c) wenn Obstbäume, Beerensträucher, Rebstöcke, Hopfenstöcke, einzelne Bäume, Hecken, Feld- und Ufergehölze beseitigt werden sollen. Die Beseitigung ist nur in Ausnahmefällen möglich, soweit landeskulturelle Belange, insbesondere des Naturschutzes und der Landschaftspflege, nicht beeinträchtigt werden;
- d) wenn Holzeinschläge vorgenommen werden sollen, die den Rahmen einer ordnungsgemäßen Bewirtschaftung übersteigen.

Sind entgegen den Abs. a) und b) Änderungen vorgenommen, Anlagen hergestellt oder beseitigt worden, so können sie im Verfahren unberücksichtigt bleiben; das Amt für Landwirtschaft und Landentwicklung kann den früheren Zustand nach § 137 FlurbG wiederherstellen lassen, wenn dies der Flurbereinigung dienlich ist.

Sind Eingriffe entgegen Abs. c) vorgenommen worden, so muß das Amt für Landwirtschaft und Landentwicklung Ersatzpflanzungen anordnen.

Werden entgegen Abs. d) Holzeinschläge vorgenommen, so kann das Amt für Landwirtschaft und Landentwicklung anordnen, daß derjenige, der das Holz fällt, die abgeholzte oder verlichtete Fläche nach den Weisungen der Forstaufsichtsbehörde wieder ordnungsgemäß in Bestand zu bringen hat.

6. Der entscheidende Teil dieses Beschlusses wird in der Stadt Borken, Schwalm-Eder-Kreis, und in den an das Flurbereinigungsgebiet angrenzenden Gemeinden Neuental, Zwesten und Fritzlär öffentlich bekanntgemacht. Gleichzeitig wird der Beschluß mit Begründung und mit der Gebietskarte zur Einsichtnahme durch die Beteiligten bei der Stadtverwaltung Borken, Rathaus, Am Rathaus 7, 3587 Borken, und in den an das Flurbereinigungsgebiet angrenzenden o. g. Gemeinden zwei Wochen lang ausgelegt.

Wiesbaden, 20. Februar 1989

**Hessisches Landesamt für Ernährung, Landwirtschaft und Landentwicklung**  
327 — F 857 Borken — A 49 — 1548/89

Anlage 1

**Grundstücksverzeichnis zum Flurbereinigungsbeschluß von Borken — A 49**

Zum Flurbereinigungsgebiet gehören die nachstehenden Grundstücke:

**Gemarkung Arnsbach**

Flur 1 Nrn. 14/21, 26/1, 129/28, 130/28, 29/4, 29/5, 29/6, 30, 31/1, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 49, 50, 51, 52/1, 52/3, 52/4, 52/5, 52/6, 53/1, 53/2, 53/3, 125/54, 126/54, 127/54, 131/54, 132/54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 108/67, 109/67,

68, 69, 70, 121/72, 72/2, 72/3, 74, 75, 110/76, 111/76, 112/76, 114/76, 115/76, 116/76, 118/76, 119/76, 122/76, 123/76, 84/1, 86/3, 88, 89, 90, 91/1, 91/2, 91/3, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100, 101, 105

Flur 4 Nrn. 12/6, 12/7, 12/8

Flur 7 Nrn. 1, 2/1, 5/2, 5/3, 5/4, 6, 7, 8, 180/9, 181/9, 182/9, 183/9, 184/9, 10, 11/3, 12, 23/1, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 146/31, 31/1, 31/2, 177/32, 32/1, 32/2, 33/8, 34, 35, 36/1, 36/2, 37, 38, 39, 40, 41/1, 41/2, 43, 44, 45, 46/1, 46/2, 47/11, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 153/58, 154/58, 148/59, 149/59, 150/59, 60, 61, 62, 63, 142/64, 143/64, 65, 66, 67, 68/1, 160/70, 178/70, 179/70, 71, 72, 73, 74, 151/75, 152/75, 189/76, 76/2, 76/3, 76/4, 77, 78, 79, 80, 81, 144/82, 185/82, 186/82, 187/82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89/1, 92/1, 93, 94, 95, 96, 98, 99, 100, 101, 102, 103, 104, 105, 106/1, 109/3, 110/2, 111, 112, 115/1, 116, 117, 118, 119, 120, 121/1, 122, 123, 124, 125, 126, 127, 128, 129, 130, 131, 132, 133, 134, 135, 136, 137/1, 138, 139

Flur 9 Nrn. 3/4, 4/1

**Gemarkung Trockenerfurth**

Flur 1 ganz im Verfahren

Flur 2 Nrn. 1, 2, 87/3, 95/3, 96/3, 97/3, 82/4, 83/4, 88/4, 70/5, 6, 102/7, 86/18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 98/28, 99/28, 100/28, 101/28, 29, 40, 74/41, 75/41, 42, 43, 76/44, 77/44, 78/44, 79/44, 89/45, 46, 91/47, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57/2, 58/3, 59, 60, 61/1, 93/62, 63, 64, 67/1, 67/2, 68, 69

Flur 6 Nrn. 25/4, 25/5

Flur 7 Nrn. 1, 2, 3, 4, 5, 73/6, 74/6, 75/6, 76/6, 7, 8, 9, 10, 11/1, 11/2, 12, 13, 14, 15, 86/16, 87/16, 17, 18/1, 18/3, 20/1, 24/2, 25/2, 25/3, 25/6, 25/7, 26/4, 26/5, 27, 79/28, 28/2, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 53, 54/3, 55, 56, 57, 58/1, 58/3, 59, 60, 61, 62/3, 68, 69, 70

Flur 8 ganz im Verfahren

Flur 9 ganz im Verfahren

**Gemarkung Nassenerfurth**

Flur 11 Nrn. 3, 27, 28, 29, 30, 31/1, 31/2, 32, 33, 34, 35, 38/2, 39, 40, 41, 42, 45, 47, 65/48, 49/3, 50, 51, 54, 55, 56

**Gemarkung Kleinenglis**

Flur 1 Nr. 391/1

**605**

**Flurbereinigung Knüllwald-Appenfeld, Schwalm-Eder-Kreis**

Am 18. April 1989 ist vom Hessischen Landesamt für Ernährung, Landwirtschaft und Landentwicklung — Abteilung Landentwicklung — folgender Änderungsbeschluß erlassen worden, dessen entscheidender Teil hiermit nachrichtlich veröffentlicht wird. Die Möglichkeit zur Einlegung eines Rechtsbehelfs gegen den Flurbereinigungsbeschluß wird durch die nachstehende Veröffentlichung nicht eingeräumt.

Wiesbaden, 17. Mai 1989

**Hessisches Ministerium für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz**  
II C 4 — LK.50.0 Marburg (Appenfeld) — 2365/89

StAnz. 25/1989S. 1359

**2. Änderungsbeschluß**

Auf Grund des § 8 des Flurbereinigungsgesetzes (FlurbG) i. d. F. vom 16. März 1976 (BGBl. I S. 546) wird folgender Änderungsbeschluß zum Flurbereinigungsbeschluß Appenfeld vom 12. November 1970 (StAnz. S. 2420) erlassen:

1. Zum Flurbereinigungsverfahren Knüllwald-Appenfeld werden folgende Grundstücke zugezogen:

**Gemarkung Appenfeld:**

Flur 3 Flurstücke 50/6, 50/7, 50/8, 50/9, 51/2, 51/3, 54/1, 55/1, 73/3

Flur 5 Flurstücke 1/5, 1/6, 39/3

**Gemarkung Grebenhagen**

Flur 5 Flurstücke 24, 25, 55/1

2. Durch diesen Änderungsbeschluß hat das Flurbereinigungsgebiet nunmehr eine Größe von 359 ha, worin eine Waldfläche von 112 ha enthalten ist. Die zugezogenen Grundstücke sind in der Gebietskarte\*) dargestellt.

\*) hier nicht veröffentlicht

3. Die Teilnehmergemeinschaft Appenfeld wird umbenannt „Teilnehmergemeinschaft der Flurbereinigung von Knüllwald-Appenfeld“ mit dem Sitz in Knüllwald.

Änderungen in der Zusammensetzung des Vorstandes treten durch diesen Beschluß nicht ein.

4. Für die zugezogenen Grundstücke werden die Beteiligten nach § 14 FlurbG aufgefordert, Rechte, die aus dem Grundbuch nicht ersichtlich sind, aber zur Beteiligung am Flurbereinigungsverfahren berechtigen, innerhalb von drei Monaten nach Bekanntgabe dieses Beschlusses beim Amt für Landwirtschaft und Landentwicklung, Biegenstraße 36, 3550 Marburg, anzumelden. Werden Rechte nach Ablauf dieser Frist angemeldet, so kann das Amt für Landwirtschaft und Landentwicklung die bisherigen Verhandlungen und Festsetzungen gelten lassen.

Der Inhaber eines o. a. Rechts muß die Wirkung eines vor der Anmeldung eingetretenen Fristablaufes ebenso gegen sich gelten lassen wie der Beteiligte, dem gegenüber die Frist durch Bekanntgabe des Verwaltungsaktes zuerst in Lauf gesetzt worden ist.

5. Nach § 34 bzw. nach § 85 Ziff. 5 FlurbG ist von der Bekanntgabe dieses Beschlusses ab bis zur Unanfechtbarkeit des Flurbereinigungsplanes in folgenden Fällen die Zustimmung des Amtes für Landwirtschaft und Landentwicklung erforderlich:

a) wenn die Nutzungsart der Grundstücke im Flurbereinigungsgebiet geändert werden soll; dies gilt nicht für Änderungen, die zum ordnungsgemäßen Wirtschaftsbereich gehören;

b) wenn Bauwerke, Brunnen, Gräben, Einfriedungen, Hangterrassen und ähnliche Anlagen errichtet, hergestellt, wesentlich verändert oder beseitigt werden sollen;

c) wenn Obstbäume, Beerensträucher, Rebstöcke, Hopfenstöcke, einzelne Bäume, Hecken, Feld- und Ufergehölze beseitigt werden sollen; die Beseitigung ist nur in Ausnahmefällen möglich, soweit landeskulturelle Belange, insbesondere des Naturschutzes und der Landschaftspflege, nicht beeinträchtigt werden;

d) wenn Holzeinschläge vorgenommen werden sollen, die den Rahmen einer ordnungsgemäßen Bewirtschaftung übersteigen.

Sind entgegen den Abs. a) und b) Änderungen vorgenommen, Anlagen hergestellt oder beseitigt worden, so können sie im Verfahren unberücksichtigt bleiben; das Amt für Landwirtschaft und Landentwicklung kann den früheren Zustand nach § 137 FlurbG wiederherstellen lassen, wenn dies der Flurbereinigung dienlich ist.

Sind Eingriffe entgegen Abs. c) vorgenommen worden, so muß das Amt für Landwirtschaft und Landentwicklung Ersatzpflanzungen anordnen.

Werden entgegen Abs. d) Holzeinschläge vorgenommen, so kann das Amt für Landwirtschaft und Landentwicklung anordnen, daß derjenige, der das Holz fällt, die abgeholzte oder verlichtete Fläche nach den Weisungen der Forstaufsichtsbehörde wieder ordnungsgemäß in Bestand zu bringen hat.

6. Der entscheidende Teil dieses Beschlusses wird in der Gemeinde Knüllwald und in den an das Flurbereinigungsgebiet angrenzenden Städten Homberg (Efze), und Schwarzenborn öffentlich bekanntgemacht. Gleichzeitig wird der Beschluß mit der Begründung und mit der Gebietskarte zur Einsichtnahme durch die Beteiligten bei der Gemeindeverwaltung Knüllwald, Hauptstraße 2, Zimmer 5, 3589 Knüllwald-Remfeld, und in den Stadtverwaltungen Homberg, Rathausgasse, Zimmer 11 (Rathausaal), 3588 Homberg (Efze), und Schwarzenborn, Marktplatz 1, Zimmer 3, 3579 Schwarzenborn, während der allgemeinen Dienststunden zwei Wochen lang ausgelegt.

Wiesbaden, 18. April 1989

Hessisches Landesamt  
für Ernährung, Landwirtschaft  
und Landentwicklung  
327 — KF 315 Knüllwald-Appenfeld  
2697/89

606.

### Flurbereinigung Bebra-Blankenheim, Landkreis Hersfeld-Rotenburg

Am 20. Februar 1989 ist vom Hessischen Landesamt für Ernährung, Landwirtschaft und Landentwicklung — Abteilung Landentwicklung — folgender Änderungsbeschluß erlassen worden, dessen entscheidender Teil hiermit nachrichtlich veröffentlicht

wird. Die Möglichkeit zur Einlegung eines Rechtsbehelfs gegen den Änderungsbeschluß wird durch die nachstehende Veröffentlichung nicht eingeräumt.

Wiesbaden, 17. Mai 1989

Hessisches Ministerium  
für Landwirtschaft, Forsten  
und Naturschutz  
II C 4 — LK.50.0 Bad Hersfeld  
(Bebra-Blankenheim) — 1148/89  
StAnz. 25/1989 S. 1360

#### 4. Änderungsbeschluß

In dem Flurbereinigungsverfahren Bebra-Blankenheim — F 765 —, Kreis Hersfeld-Rotenburg, werden auf Grund des § 87 i. V. m. § 8 Abs. 2 des Flurbereinigungsgesetzes (FlurbG) i. d. F. vom 16. März 1976 (BGBl. I S. 547) der Flurbereinigungsbeschluß vom 6. August 1979 (StAnz. S. 1849) sowie der 3. Änderungsbeschluß vom 28. Juni 1982 (StAnz. S. 1542) wie folgt geändert:

1. Die Fläche auf Grund des Flurbereinigungsbeschlusses und der bereits erlassenen drei Änderungsbeschlüsse wird in 1 175 ha berichtigt.

2. Durch diesen 4. Änderungsbeschluß werden folgende Grundstücke aus dem Verfahren ausgeschlossen:

Aus der Stadt Bebra:

a) **Gemarkung Bebra**

von Flur 20 die Flurstücke 54/2 und 55,  
von Flur 21 das Flurstück 65;

b) **Gemarkung Breitenbach**

von Flur 1 die Flurstücke 44/1, 44/2, 44/3, 44/4, 58/101, 58/128 und 58/224.

Aus der Stadt Rotenburg a. d. Fulda:

a) **Gemarkung Rotenburg**

von Flur 16 die Flurstücke 50/1 und 50/2,

von Flur 17 die Flurstücke 1/2, 1/3, 2/1, 2/2, 3/1, 3/2, 4, 39/5, 40/5, 14, 15, 18/4, 18/6, 18/9, 18/11, 18/12, 18/13, 21/1, 21/2, 21/3, 22, 23/1, 24, 25, 26, 29/3, 31, 32/15, 33/1, 33/2, 33/3, 33/4, 34, 36 und 38,

von Flur 18 die Flurstücke 5/2, 7/9, 7/20, 7/21, 7/24, 7/25, 7/26, 7/27, 7/28, 7/33, 7/34, 7/35, 7/36, 7/37, 7/38, 7/39, 7/40, 7/41, 27/2 und 27/3,

von Flur 19 die Flurstücke 15/1, 15/2, 32/1, 33/1 und 33/2,  
von Flur 20 das Flurstück 13/3.

3. Gleichzeitig werden durch diesen 4. Änderungsbeschluß folgende Grundstücke zum Verfahren zugezogen:

Aus der Stadt Bebra:

a) **Gemarkung Bebra**

von Flur 20 das Flurstück 26,

b) **Gemarkung Weiterode**

von Flur 18 die Flurstücke 150/15 und 150/17.

Aus der Gemeinde Ludwigsau:

**Gemarkung Meckbach**

von Flur 6 die Flurstücke 1, 2, 3 und 4;

von Flur 7 die Flurstücke 11/1, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 26, 27 und 28.

4. Durch diesen 4. Änderungsbeschluß werden 65 ha ausgeschlossen und 3 ha zugezogen.

Das Flurbereinigungsgebiet verringert sich durch den 4. Änderungsbeschluß nach Zuziehung und Ausschluß der vorgenannten Flächen um 62 ha auf 1 113 ha, worin eine Waldfläche von 203 ha enthalten ist.

Eine Änderung in der Bezeichnung und dem Sitz der Teilnehmergemeinschaft tritt durch diesen Beschluß nicht ein.

5. Die Beteiligten werden nach § 14 FlurbG aufgefordert, Rechte, die aus dem Grundbuch nicht ersichtlich sind, aber zur Beteiligung am Flurbereinigungsverfahren berechtigen, innerhalb von drei Monaten nach Bekanntgabe dieses Beschlusses beim Amt für Landwirtschaft und Landentwicklung, Hubertusweg 19, 6430 Bad Hersfeld, anzumelden. Werden Rechte nach Ablauf dieser Frist angemeldet, so kann das Amt für Landwirtschaft und Landentwicklung die bisherigen Verhandlungen und Festsetzungen gelten lassen.

Der Inhaber eines o. a. Rechts muß die Wirkung eines vor der Anmeldung eingetretenen Fristablaufes ebenso gegen sich gelten lassen wie der Beteiligte, dem gegenüber die Frist durch Bekanntgabe des Verwaltungsaktes zuerst in Lauf gesetzt worden ist.



6. Nach § 34 bzw. § 85 Ziff. 5 FlurbG ist von der Bekanntgabe dieses Beschlusses ab bis zur Unanfechtbarkeit des Flurbereinigungsplanes in folgenden Fällen die Zustimmung des Amtes für Landwirtschaft und Landentwicklung erforderlich:
- a) wenn die Nutzungsart der Grundstücke im Flurbereinigungsgebiet geändert werden soll; dies gilt nicht für Änderungen, die zum ordnungsgemäßen Wirtschaftsbetrieb gehören;
  - b) wenn Bauwerke, Brunnen, Gräben, Einfriedungen, Hangterrassen und ähnliche Anlagen errichtet, hergestellt, wesentlich verändert oder beseitigt werden sollen;
  - c) wenn Obstbäume, Beerensträucher, einzelne Bäume, Hecken, Feld- und Ufergehölze beseitigt werden sollen; die Beseitigung ist nur in Ausnahmefällen zulässig, soweit landeskulturelle Belange, insbesondere des Naturschutzes und der Landschaftspflege, nicht beeinträchtigt werden;
  - d) wenn Holzeinschläge vorgenommen werden sollen, die den Rahmen einer ordnungsgemäßen Bewirtschaftung übersteigen.

Sind entgegen den Abs. a) und b) Änderungen vorgenommen, Anlagen hergestellt oder beseitigt worden, so können sie im Verfahren unberücksichtigt bleiben; das Amt für Landwirtschaft und Landentwicklung kann den früheren Zustand nach § 137 FlurbG wieder herstellen lassen, wenn dies der Flurbereinigung dienlich ist.

Sind Eingriffe entgegen Abs. c) vorgenommen worden, so muß das Amt für Landwirtschaft und Landentwicklung Ersatzpflanzungen anordnen.

Werden entgegen Abs. d) Holzeinschläge vorgenommen, so kann das Amt für Landwirtschaft und Landentwicklung anordnen, daß derjenige, der das Holz fällt, die abgeholzte oder verlichtete Fläche nach den Weisungen der Forstaufsichtsbehörde wieder ordnungsgemäß in Bestand zu bringen hat.

7. Der entscheidende Teil dieses Änderungsbeschlusses wird in den Städten Bebra und Rotenburg a. d. Fulda sowie in der Gemeinde Ludwigsau, Landkreis Hersfeld-Rotenburg, öffentlich bekanntgemacht. Gleichzeitig wird dieser Änderungsbeschuß mit Begründung und der Gebietskarte\*) zur Einsichtnahme durch die Beteiligten bei den Stadtverwaltungen Bebra und Rotenburg a. d. Fulda und der Gemeindeverwaltung Ludwigsau zwei Wochen lang ausgelegt.

Wiesbaden, 20. Februar 1989

**Hessisches Landesamt  
für Ernährung, Landwirtschaft  
und Landentwicklung**  
327 — F 765 Bebra-Blankenheim  
451/89

607

**Flurbereinigung Hosenfeld-Brandlos, Landkreis Fulda**

Am 27. Januar 1989 ist vom Amt für Landwirtschaft und Landentwicklung Fulda folgender Flurbereinigungsbeschuß erlassen worden, dessen entscheidender Teil hiermit nachrichtlich veröffentlicht wird. Die Möglichkeit zur Einlegung eines Rechtsbehelfs gegen den Flurbereinigungsbeschuß wird durch die nachstehende Veröffentlichung nicht eingeräumt.

Wiesbaden, 17. Mai 1989

**Hessisches Ministerium  
für Landwirtschaft, Forsten  
und Naturschutz**  
II C 4 — LK.50.0 Fulda  
(Hosenfeld-Brandlos) — 1448/89  
StAnz. 25/1989 S. 1361

**Flurbereinigungsbeschuß**

1. Auf Grund des § 86 Abs. 1 des Flurbereinigungsgesetzes (FlurbG) i. d. F. vom 16. März 1976 (BGBl. I S. 546) zuletzt geändert am 8. Dezember 1986 (BGBl. I S. 2191), wird für die in der Anlage 1 aufgeführten Grundstücke in Teilen der Gemarkungen Brandlos und Pfaffenrod die Flurbereinigung angeordnet. Die Anlage 1 bildet einen Bestandteil dieses Beschlusses.
2. Das Flurbereinigungsgebiet hat eine Größe von rd. 120 ha, worin eine Waldfläche von rd. 13 ha enthalten ist. Die Grenzen des Flurbereinigungsgebietes sind auf der Gebietskarte\*) durch einen grünen bzw. orangen Farbstreifen kenntlich gemacht.

\*) hier nicht veröffentlicht

3. Die Gemeinschaft der Teilnehmer am Flurbereinigungsverfahren führt den Namen:

„Teilnehmergemeinschaft der Flurbereinigung von Hosenfeld-Brandlos, Landkreis Fulda“  
mit dem Sitz in Hosenfeld.

Sie ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts.

4. Die Beteiligten werden nach § 14 FlurbG aufgefordert, Rechte, die aus dem Grundbuch nicht ersichtlich sind, aber zur Beteiligung am Flurbereinigungsverfahren berechtigen, innerhalb von drei Monaten nach Bekanntgabe dieses Beschlusses beim Amt für Landwirtschaft und Landentwicklung in 6400 Fulda, Josefstraße 22—26, anzumelden. Werden Rechte nach Ablauf dieser Frist angemeldet, so kann das Amt für Landwirtschaft und Landentwicklung die bisherigen Verhandlungen und Festsetzungen gelten lassen.

Der Inhaber eines o. a. Rechts muß die Wirkung eines vor der Anmeldung eingetretenen Fristablaufes ebenso gegen sich gelten lassen wie der Beteiligte, dem gegenüber die Frist durch Bekanntgabe des Verwaltungsaktes zuerst in Lauf gesetzt worden ist.

5. Nach § 34 bzw. nach § 85 Ziff. 5 FlurbG ist von der Bekanntgabe dieses Beschlusses ab bis zur Unanfechtbarkeit des Flurbereinigungsplanes in folgenden Fällen die Zustimmung des Amtes für Landwirtschaft und Landentwicklung erforderlich:

- a) wenn die Nutzungsart der Grundstücke im Flurbereinigungsgebiet geändert werden soll; dies gilt nicht für Änderungen, die zum ordnungsgemäßen Wirtschaftsbetrieb gehören;
- b) wenn Bauwerke, Brunnen, Gräben, Einfriedungen, Hangterrassen und ähnliche Anlagen errichtet, hergestellt, wesentlich verändert oder beseitigt werden sollen;
- c) wenn Obstbäume, Beerensträucher, Rebstöcke, Hopfenstöcke, einzelne Bäume, Hecken, Feld- und Ufergehölze beseitigt werden sollen; die Beseitigung ist nur in Ausnahmefällen möglich, soweit landeskulturelle Belange, insbesondere des Naturschutzes und der Landschaftspflege, nicht beeinträchtigt werden;
- d) wenn Holzeinschläge vorgenommen werden sollen, die den Rahmen einer ordnungsgemäßen Bewirtschaftung übersteigen.

Sind entgegen den Abs. a) und b) Änderungen vorgenommen, Anlagen hergestellt oder beseitigt worden, so können sie im Verfahren unberücksichtigt bleiben; das Amt für Landwirtschaft und Landentwicklung kann den früheren Zustand nach § 137 FlurbG wiederherstellen lassen, wenn dies der Flurbereinigung dienlich ist.

Sind Eingriffe entgegen Abs. c) vorgenommen worden, so muß das Amt für Landwirtschaft und Landentwicklung anordnen, daß derjenige, der das Holz fällt, die abgeholzte oder verlichtete Fläche nach den Weisungen der Forstaufsichtsbehörde wieder ordnungsgemäß in Bestand zu bringen hat.

6. Gemäß § 35 FlurbG sind Beauftragte der Flurbereinigungsbehörde berechtigt, zur Vorbereitung und Durchführung der Flurbereinigung Grundstücke zu betreten und die nach ihrem Ermessen erforderlichen Arbeiten auf ihnen vorzunehmen. Soweit der hierdurch entstehende Schaden den Durchschnitt erheblich übersteigt, hat die Flurbereinigungsbehörde eine angemessene Entschädigung festzusetzen.
7. Der entscheidende Teil dieses Beschlusses wird in der Gemeinde Hosenfeld und in der an das Flurbereinigungsgebiet angrenzenden Gemeinde NeuhoF öffentlich bekanntgemacht. Gleichzeitig wird der Beschuß mit Begründung und mit der Gebietskarte zur Einsichtnahme durch die Beteiligten bei der Gemeindeverwaltungen Hosenfeld und NeuhoF zwei Wochen lang ausgelegt.

Fulda, 27. Januar 1989

**Amt für Landwirtschaft  
und Landesentwicklung Fulda**  
F 947 Hosenfeld-Brandlos

Anlage 1

Als Flurbereinigungsgebiet werden die folgenden Grundstücke festgestellt:

**Gemarkung Brandlos**

Flur 1 Flurstücke 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12

Flur 5 Flurstück 18/1

Flur 6 Flurstücke 1, 2/1, 2/2, 3, 4/1, 4/2, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 16, 17, 18/1, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35

Flur 7 Flurstück 40

Flur 8 Flurstücke 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15/1, 15/2, 16, 18, 19, 22/1, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33/1, 33/2, 35/1, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46/1

#### Gemarkung Pfaffenrod

Flur 1 Flurstücke 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14/1, 15/3, 16, 17, 18, 19, 21/2, 22/1, 23/1, 23/2, 24/1, 25/1, 26/1, 26/2, 27/1, 28/1,

29/1, 29/2, 30, 31, 32/1, 33, 46, 47, 48/1, 49/1, 50, 51, 52/1, 53/1, 53/3, 53/4, 53/6, 53/7, 53/8, 53/9, 54/1, 54/2, 55, 56, 57/1, 62, 63/1, 64, 65, 66, 72, 73/13, 73/14, 74/1, 74/2, 75/1, 75/2, 76, 77/2, 77/6, 78, 79/3, 86/1, 87/1, 88/1, 91, 92, 93, 94, 95, 98, 100, 101, 102/1, 107/89, 108/90, 112/20, 113/20, 114/20

Flur 3 Flurstücke 74, 75, 76/1, 114, 115/1, 116, 117, 152/76, 153/76

Flur 4 Flurstücke 34/1, 34/2, 35/1, 36/1, 37/1, 38/1, 39/1, 40/1, 52/1, 53/1, 54/1, 55/1, 84/1, 85/1, 91/1

608

### DER LANDESWAHLLLEITER FÜR HESSEN

#### Verfahren bei Einsprüchen gegen die Gültigkeit der Europawahl

Nach § 26 Abs. 2 EuWG i. V. m. § 2 Abs. 3 und 4 des Wahlprüfungsgesetzes vom 12. März 1951 (BGBl. I S. 166), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. Juni 1975 (BGBl. I S. 1593), sind Einsprüche gegen die Gültigkeit der Europawahl schriftlich binnen eines Monats nach Bekanntmachung des Wahlergebnisses beim Deutschen Bundestag einzureichen.

Wahleinsprüche, die bei den Gemeinden, den Kreis- oder Stadtwahlleitern eingehen, sind unverzüglich an den Deutschen Bundestag weiterzuleiten. Ich bitte, mich über alle eingehenden Einsprüche sowie über jeden aus diesem Anlaß mit dem Deutschen Bundestag geführten Schriftwechsel zu unterrichten.

Wiesbaden, 1. Juni 1989

Der Landeswahlleiter für Hessen

II A 21 — 3 e 02/03 — 19

St.Anz. 25/1989 S. 1362

609

### PERSONALNACHRICHTEN

Es sind

#### C. im Bereich des Hessischen Ministeriums des Innern beim Regierungspräsidenten in Kassel

ernannt:

zum **Amtsrat** Amtmann (BaL) Hans-Dieter Engels, LR Schwalm-Eder (1. 4. 89);

zum **Amtmann** Oberinspektor (BaL) Josef Hohmann, LR Fulda (1. 4. 89);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:

Oberinspektorin (BaP) Elke Rother, LR Kassel (27. 5. 89), Inspektor (BaP) Ralf Creutzburg, LR Kassel (10. 5. 89);

versetzt:

vom Kreisausschuß Obersekretär (BaL) Udo Bomm, zum Landrat Hersfeld-Rotenburg (1. 5. 89).

Kassel, 30. Mai 1989

Der Regierungspräsident

2 — 70 16/03 B

#### beim Regierungspräsidium Gießen

ernannt:

zum **Baudirektor** Bauoberrat (BaL) Erich Kreuttner (11. 4. 89);  
zu **Regierungsoberleuten** die Regierungsräte (BaL) Jürgen Quatram, Gerhard Schulze Velmede (beide 28. 4. 89), Dietrich Metz (2. 5. 89);

zur **Regierungsrätin z. A. (BaP)** Assessorin Bettina Eberbach-Müller (31. 3. 89);

zur **Brandrätin z. A. (BaP)** Brandassessorin Dipl.-Ing. Karin Ohmann-in der Wiesche (17. 4. 89);

zu **Amtmännern/zur Amtfrau** die Oberinspektoren/in (BaL) Dieter Birkholz, Heidrun Braun, Hans-Jürgen Simon (sämtlich 1. 4. 89), Manfred Kersten (26. 4. 89);

zu/r **Oberinspektoren/in** die Inspektoren/in (BaL) Barbara Brunn, Joachim Lehr, Peter Manns, Peter Werner (sämtlich 1. 4. 89), Norbert Besier, Michael Lohr, Wolfgang Rusert, sämtlich LR Limburg-Weilburg (sämtlich 1. 4. 89);

zu **Inspektoren/innen** die Inspektoren/innen z. A. (BaP) Reinhard Klippert (30. 1. 89), Andreas Hoos (21. 3. 89), Udo Schnei-

der (1. 4. 89), Daniela Jensen (15. 5. 89), Frank Zell, LR Limburg-Weilburg (8. 3. 89), Helga Hornung, LR des Lahn-Dill-Kreises, Joachim Simon, LR des Vogelsbergkreises (beide 1. 4. 89);

zum/zu **Inspektor/innen z. A. (BaP)** die/der Inspektoranwärter/innen (BaW) Anke Gelzenleuchter, Claudia Pfeifer, Thomas Reinke (sämtlich 1. 4. 89);

zum/zu **Sekretär/innen** Assistent (BaL) Norbert Reitzner, LR Marburg-Biedenkopf, die Assistentinnen (BaP) Bettina Beck, LR Limburg-Weilburg, Simone Brück, LR Gießen (sämtlich 1. 4. 89);

zu **Inspektoranwärtern/innen (BaW)** die Bewerber/innen Jörg Becker, Arnulf Czapczynski, Wolfgang Franz, Klaus Georg, Matthias Janusch, Steffanie Koch, Bettina Peters, Jürgen Radu (sämtlich 1. 4. 89);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:

Regierungsrat (BaP) Dirk Becker (21. 12. 88), Oberinspektorin (BaP) Beate Seipp (14. 1. 89), die Inspektoren/in (BaP) Peter Werner (17. 12. 88), Barbara Brunn (25. 12. 88), Reinhard Klippert (1. 4. 89), Assistentin (BaP) Patricia Langewiesche, LR des Lahn-Dill-Kreises (25. 4. 89);

versetzt:

von der Oberfinanzdirektion Frankfurt Steuerinspektor z. A. (BaP) Rolf-Georg Jörg zum LR des Vogelsbergkreises (21. 11. 89);

in den Ruhestand versetzt:

Baudirektorin (BaL) Sabine Wagner-Sander (31. 10. 88), Amtsrat (BaL) Richard Schäfer, LR des Vogelsbergkreises (31. 1. 89);

aus sonstigen Gründen ausgeschieden:

Amtmann (BaL) Manfred Hoim, LR Marburg-Biedenkopf (30. 6. 89), Inspektoranwärter/in (BaW) Dirk Holtschmidt (13. 1. 89), Kirsten Weber (30. 4. 89).

Gießen, 31. Mai 1989

Regierungspräsidium Gießen

2 Pers. 11 — 7 o 16 — 03

**bei der Vollzugspolizei des Regierungsbezirks Gießen**

ernannt:

zum **Kriminalhauptkommissar** Kriminaloberkommissar (BaL) Robert Steiner, PD Marburg — KA — (28. 4. 89);zum **Polizeioberkommissar** Polizeikommissar (BaL) Norbert Schulz, PSt. Stadtallendorf (28. 4. 89);zu **Polizeihauptmeistern** die Polizeiobermeister (BaL) Konrad Audretsch, PSt. Marburg, Jürgen Bassin, PSt. Stadtallendorf, Ulrich Bergmann, Frank Gerold, beide PSt. Alsfeld, Werner Giebeler, PK Limburg, Karl-Heinz Jung, PAST Herborn, Gün-ter Klein, PSt. Marburg, Wolfram Lorenz, PAST Herborn, Norbert Schäfer, PSt. Stadtallendorf, Peter Schwarz, PK Lauterbach, Werner Wagner, PK Limburg, Lüder Wißner, PAST Herborn (sämtlich 28. 4. 89);zum **Kriminalhauptmeister** Kriminalobermeister (BaL) Oswald Scheld, EdK Gießen (11. 4. 89);zu **Polizeiobermeistern** die Polizeimeister (BaL) Gerold Galinski, Hasso Hofmann, beide PK Lauterbach, Lutz Möller, PSt. Stadtallendorf, Michael Müller, PAST Herborn, Volker Noll, PSt. Cölbe, Rainer Wiese, PSt. Marburg (sämtlich 28. 4. 89), Uwe Bergmann, PK Limburg (29. 4. 89);

eingewiesen:

in die Besoldungsgruppe A 9 mit Zulage

die Polizeihauptmeister (BaL) Dieter Hardt, Günther Heger, Wolfgang Schauer, sämtlich PK Limburg (sämtlich 28. 4. 89);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:

die Polizeimeister (BaP) Dieter Wisser, PSt. Weilburg (7. 3. 89), Hartmut Behr, PK Lauterbach (16. 3. 89), Wolfgang Kurz, PSt. Stadtallendorf (25. 4. 89), Bernhard Schäfer, PK Limburg (26. 4. 89), Wolfgang Schmidt, PAST Herborn (8. 5. 89);

in den Ruhestand getreten:

Polizeihauptkommissar Konrad Hamel, PSt. Marburg (31. 10. 88);

in den Ruhestand versetzt:

die Polizeihauptmeister Heinrich Eisenhut, PSt. Biedenkopf (28. 2. 89), Kurt Wissemann, PD Marburg (31. 3. 89), Gregor Weitzel, PSt. Stadtallendorf (31. 3. 89);

verstorben:

Polizeihauptmeister Heinrich Sporleder, PSt. Cölbe (28. 10. 88).

Gießen, 29. Mai 1989

**Der Regierungspräsident**  
13 S/13 K — 8 b 24 01**beim Polizeipräsidenten in Frankfurt am Main**

verstorben:

Polizeihauptmeister Reiner Allmeroth (25. 5. 89).

Frankfurt am Main, 30. Mai 1989

**Der Polizeipräsident**  
P III/24

StAnz. 25/1989 S. 1362

**F. im Bereich des Hessischen Kultusministeriums****beim Regierungspräsidium Gießen**

ernannt:

zur **Psychologierätin z. A. (BaP)** Dipl.-Psychologin Inge Fettig, Staatl. Schulamt für den Lahn-Dill-Kreis (27. 11. 88);zum **Amtsrat Amtmann (BaL)** Karl Sautter, Staatl. Schulamt für den Landkreis Marburg-Biedenkopf (20. 4. 89);zu **Oberinspektoren** die Inspektoren (BaL) Jürgen Hofmann, Peter Mangold, beide Staatl. Schulamt für den Landkreis Gießen (1. 4. 89);

in den Ruhestand getreten:

Psychologieoberrat (BaL) Hermann Schuppener, Staatl. Schulamt für den Landkreis Marburg-Biedenkopf (30. 4. 89), Amtmann (BaL) Walter Dorn, Staatl. Schulamt für den Landkreis Limburg-Weilburg (31. 12. 88).

Gießen, 31. Mai 1989

**Regierungspräsidium Gießen**  
2 Pers. 11 — 7 o 16 — 03  
StAnz. 25/1989 S. 1363**I. im Bereich des Hessischen Ministeriums für Umwelt und Reaktorsicherheit****beim Regierungspräsidium Gießen**

ernannt:

zum **Baudirektor** Bauoberrat (BaL) Gert Wentzel (21. 4. 89);zu **Techn. Amtmännern** die Techn. Oberinspektoren (BaL) Thomas Halblaub (1. 4. 89), Winfried Konle, Richard Rausch, beide Wasserwirtschaftsamt Marburg, Walter Debus, Franz-Georg Köhler, beide Wasserwirtschaftsamt Dillenburg (sämtlich 1. 4. 89);zu **Techn. Oberinspektoren z. A. (BaP)** die Techn. Inspektorantwörter (BaP) Dipl.-Ingenieure Markus Sabel, Staatl. Gewerbeaufsichtsamt Limburg (1. 3. 89), Uwe Finster, Jürgen Muth, beide Wasserwirtschaftsamt Marburg, Hubertus Pfaff, Wasserwirtschaftsamt Dillenburg (sämtlich 1. 4. 89);zu **Techn. Sekretären z. A. (BaP)** die Techn. Assistentenwörter (BaW) Manfred Burk, Staatl. Gewerbeaufsichtsamt Gießen, Uwe Preuß, Staatl. Gewerbeaufsichtsamt Limburg (beide 1. 5. 89);zu **Techn. Inspektorantwörtern (BaW)** die Dipl.-Ingenieure Harald Wörner, Staatl. Gewerbeaufsichtsamt Limburg (1. 1. 89), Harald Schneider, Rüdiger Schwalm, beide Wasserwirtschaftsamt Marburg, Thomas Weller, Wasserwirtschaftsamt Dillenburg (sämtlich 1. 4. 89).

Gießen, 31. Mai 1989

**Regierungspräsidium Gießen**

2 Pers. 11 — 7 o 16 — 03

StAnz. 25/1989 S. 1363

**K. im Bereich des Hessischen Sozialministeriums****beim Regierungspräsidium Gießen**

ernannt:

zum **Veterinärdirektor** Veterinäroberrat (BaL) Dr. Lothar Stübner, Staatl. Veterinäramt des Landkreises Limburg-Weilburg (21. 4. 89);zum **Chemieoberrat** Chemierat (BaL) Dipl.-Chem. Lothar Kipper, Staatl. Medizinal-, Lebensmittel-, Veterinäruntersuchungsamt Mittelhessen, Gießen (1. 4. 89);zum **Veterinäroberrat z. A. (BaP)** Fachtierarzt für Mikrobiologie Dr. Michael Zschöck, Staatl. Medizinal-, Lebensmittel-, Veterinäruntersuchungsamt Mittelhessen, Gießen, (27. 4. 89);zur **Veterinärärztin z. A. (BaP)** Amtstierärztin Dr. Maria Dolde-der-Litmeyer, Staatl. Veterinäramt des Vogelsbergkreises (19. 4. 89);zum **Oberinspektor** Inspektor (BaL) Hermann Fink, Zentrale Aufnahmestelle des Landes Hessen (13. 10. 88);zum **Techn. Oberinspektor z. A. (BaP)** Techn. Inspektorantwörter (BaW) Dipl.-Ing. Wolfgang Benischeck, Staatl. Gewerbeaufsichtsamt Gießen (7. 12. 88);zum **Techn. Obersekretär** Techn. Sekretär (BaL) Klaus Schulz, Staatl. Gewerbeaufsichtsamt Limburg (1. 4. 89);zum **Techn. Assistenten** Techn. Assistent z. A. (BaP) Peter Starostzik, Staatl. Gewerbeaufsichtsamt Marburg (1. 1. 89);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:

Obersekretär (BaP) André Vogel, Staatl. Veterinäramt des Landkreises Gießen (9. 11. 88);

versetzt:

zur Gemeinde Siegbach Sekretär (BaL) Burckhard Riehl, Staatl. Veterinäramt des Landkreises Marburg-Biedenkopf (1. 4. 89);

in den Ruhestand versetzt:

Ltd. Chemiedirektor (BaL) Prof. Dr. Rudolf Thalacker, Staatl. Medizinal-, Lebensmittel-, Veterinäruntersuchungsamt Mittelhessen, Gießen (31. 12. 88), Techn. Hauptsekretär (BaL) Willi Möbus, Staatl. Gewerbeaufsichtsamt Limburg (28. 2. 89).

Gießen 31. Mai 1989

**Regierungspräsidium Gießen**

2 Pers. 11 — 7 o 16 — 03

StAnz. 25/1989 S. 1363

**L. im Bereich des Hessischen Ministeriums für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz**

beim Regierungspräsidium Gießen

ernannt:

- zum **Abteilungsdirektor** Forstoberrat (BaL) Walter Corell (21. 4. 89);
- zum **Ltd. Forstdirektor** Forstdirektor (BaL) Georg Wilke (25. 4. 89);
- zum **Forstdirektor** Forstoberrat (BaL) Siegfried Hinder (28. 4. 89);
- zum **Forstoberrat** Forstrat (BaL) Jochen Pistor (28. 4. 89);
- zum **Oberamtsrat** Amratsrat (BaL) Dieter Pfeffer (25. 4. 89);

- zu **Amträten** die Forstamtmänner (BaL) Karl-Heinz Göbel, Friedrich Siepmann (beide 25. 4. 89);
- zum **Forstamtmann** Forstoberinspektor (BaL) Peter Moos (10. 4. 89);
- zum **Amtmann** Oberinspektor (BaL) Michael Katzenberger (10. 4. 89);
- zum **Forstinspektor** (BaL) Forstinspektor z. A. (BaP) Peter Könnemann (1. 4. 89).

Gießen, 31. Mai 1989

Regierungspräsidium Gießen

2 Pers. 11 — 7 o 16 — 03

StAnz. 25/1989 S. 1364

**610 DARMSTADT****DIE REGIERUNGSPRÄSIDENTEN****Änderung der Rechtsnatur der Martin-Luther-Stiftung, Sitz Hanau**

Gemäß § 9 des Hessischen Stiftungsgesetzes vom 4. April 1966 (GVBl. I S. 77), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18. Dezember 1984 (GVBl. I S. 344), habe ich am 17. Mai 1989 dem Antrag auf Neufassung der Verfassung stattgegeben.

Durch diese Neufassung wird die Rechtsnatur der Stiftung geändert.

Die Martin-Luther-Stiftung ist nunmehr eine rechtsfähige Stiftung des bürgerlichen Rechts in Form einer kirchlichen Stiftung gemäß § 20 des Hessischen Stiftungsgesetzes.

Darmstadt, 1. Juni 1989

Regierungspräsidium Darmstadt

III 6/11 a — 25 d 04/11 (5) — 5

StAnz. 25/1989 S. 1364

**611****Vorhaben der Firma E. Merck, 6100 Darmstadt**

Die Firma E. Merck, Frankfurter Straße 250, 6100 Darmstadt, hat Antrag auf Erteilung einer immissionsschutzrechtlichen Genehmigung zur wesentlichen Änderung der Anlage zur Herstellung organischer Verbindungen, vor allem für Flüssigkristalle, Gebäude G 6 / G 12, in Darmstadt, Gemarkung Darmstadt, Flur 32, Flurstück 1/4, gestellt.

Die Anlage soll nach Bescheiderteilung in Betrieb genommen werden.

Dieses Vorhaben bedarf gemäß § 15 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) vom 15. März 1974 (BGBl. I S. 721) der Genehmigung durch den Regierungspräsidenten in Darmstadt. Es wird hiermit öffentlich bekanntgemacht.

Der Antrag und die Unterlagen liegen in der Zeit vom 26. Juni 1989 bis 25. August 1989 im Regierungspräsidium Darmstadt, Rheinstraße 96 A, 6100 Darmstadt, III. Obergeschoß, Zimmer 317, aus und können dort während der Dienststunden eingesehen werden. Innerhalb dieser Frist können Einwendungen gegen das Vorhaben schriftlich oder zur Niederschrift bei der vorgenannten Auslegungsstellen, erhoben werden; dabei wird gebeten, Namen und Anschrift lesbar anzugeben.

Mit Ablauf der Offenlegungsfrist werden Einwendungen ausgeschlossen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen. Als Erörterungstermin wird der 29. September 1989 bestimmt. Er findet um 9.00 Uhr im Sitzungssaal Süd des Regierungspräsidiums Darmstadt, Luisenplatz 2, 6100 Darmstadt, statt.

Gesonderte Einladungen hierzu ergehen nicht mehr. Die form- und fristgerecht erhobenen Einwendungen werden auch bei Ausbleiben des Antragstellers oder von Personen, die Einwendungen erhoben haben, erörtert.

Die Zustellung der Entscheidung über die Einwendungen kann durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden, wenn mehr als 300 Zustellungen vorzunehmen sind.

Darmstadt, 18. Mai 1989

Regierungspräsidium Darmstadt

IV 5/32 — 53 e 621 — MD (31 a)

StAnz. 25/1989 S. 1364

**612 KASSEL****Verordnung zur Festsetzung eines Wasserschutzgebietes für die Trinkwassergewinnungsanlage Tiefbrunnen „Redelsbach“ der Stadt Battenberg (Eder), Landkreis Waldeck-Frankenberg, vom 26. Mai 1989**

Auf Grund des § 19 des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) i. d. F. vom 23. September 1986 (BGBl. I S. 1529) und des § 25 des Hessischen Wassergesetzes (HWG) i. d. F. vom 12. Mai 1981 (GVBl. I S. 154), zuletzt geändert durch Art. 22 des Gesetzes vom 4. November 1987 (GVBl. I S. 193), wird folgendes verordnet:

## § 1

**Schutzgebietsfestsetzung**

Im Interesse der öffentlichen Wasserversorgung wird zum Schutz des Grundwassers im Einzugsgebiet der Wassergewinnungsanlage Tiefbrunnen „Redelsbach“ zugunsten der Stadt Battenberg (Eder) ein Wasserschutzgebiet festgesetzt.

## § 2

**Gliederung, Umfang, Grenzen**

(1) Das Wasserschutzgebiet gliedert sich in drei Schutzzonen, und zwar in

- Zone I (Fassungsbereich),**
- Zone II (Engere Schutzzone),**
- Zone III (Weitere Schutzzone).**

(2) Über das Wasserschutzgebiet und seine Schutzzonen geben die als Anlage zu dieser Verordnung veröffentlichte Übersichtskarte im Maßstab 1 : 25 000 und die Aufzählung in § 3 einen Überblick. Im einzelnen ergibt sich die genaue Abgrenzung des Wasserschutzgebietes und der Schutzzonen aus den Schutzgebietskarten im Maßstab 1 : 25 000, 1 : 5 000 und 1 : 2 000, in denen die Schutzzonen wie folgt dargestellt sind:

- Zone I = rote Umrandung,**
- Zone II = blaue Umrandung,**
- Zone III = gelbe Umrandung.**

Die Anlage und die Schutzgebietskarten sind Bestandteile dieser Verordnung. Die Schutzgebietskarten werden archivmäßig bei dem

Regierungspräsidium in Kassel,

— oberer Wasserbehörde —,

Dr.-Fritz-Hoch-Haus,

Steinweg 6,

3500 Kassel,

verwahrt. Die Karten können dort und bei

1. dem Magistrat der Stadt Battenberg (Eder), Hauptstraße 58, 3559 Battenberg (Eder),
2. dem Landrat des Landkreises Waldeck-Frankenberg, — unterer Wasserbehörde —, — Katasteramt —, 3540 Korbach,
3. dem Kreisaußschuß des Landkreises Waldeck-Frankenberg, — Bauaufsichtsamt —, — Gesundheitsamt —, 3540 Korbach,

4. dem Wasserwirtschaftsamt Kassel,  
Goethestraße 7,  
3500 Kassel,
5. dem Hessischen Landesamt für Bodenforschung,  
Leberberg 9,  
6200 Wiesbaden,
6. der Hessischen Landesanstalt für Umwelt,  
Unter den Eichen 7,  
6200 Wiesbaden,
7. dem Hessischen Landesamt für Ernährung,  
Landwirtschaft und Landentwicklung,  
Parkstraße 44,  
6200 Wiesbaden,

während der Dienststunden eingesehen werden.

### § 3

#### Aufzählung der Flurstücke, Fluren und Gemarkungen

##### Zone I

Gemarkung Battenberg, Flur 30, Flurstück 2.

##### Zone II

Gemarkung Battenberg, Fluren 25 und 30, jeweils teilweise.

##### Zone III

Gemarkungen Battenberg und Laisa (jeweils teilweise) der Stadt Battenberg (Eder), Landkreis Waldeck-Frankenberg.

### § 4

#### Verbote in der Zone III

In der Zone III sind verboten:

1. Versenken von Abwasser einschließlich des auf den Straßen anfallenden Niederschlagswassers,
2. Versenken oder Versickern radioaktiver Stoffe,
3. Errichten und Betreiben von gewerblichen und industriellen Anlagen, in denen als Reststoffe radioaktive Stoffe, wassergefährdende Stoffe oder Betriebsabwässer, ausgenommen Kühlwasser, anfallen, wenn diese Stoffe nicht vollständig aus dem Schutzgebiet herausgeleitet, herausgebracht, ausreichend behandelt oder zulässigerweise in eine öffentliche Kanalisation eingeleitet werden,
4. Ablagern von radioaktiven oder wassergefährdenden Stoffen sowie deren Einbringen in den Untergrund,
5. Errichten und Betreiben von Rohrleitungen für wassergefährdende Stoffe außerhalb eines Werksgeländes (Fernleitungen),
6. Errichten und Betreiben von gewerblichen und industriellen Anlagen, in denen radioaktive oder wassergefährdende Stoffe hergestellt oder verwendet werden,
7. Halten von Tieren in Großbeständen, wenn das ordnungsgemäße Verwerten oder Beseitigen der tierischen Ausscheidungen nicht gesichert ist,
8. offenes Lagern boden- oder wasserschädigender Mittel für Pflanzenschutz (einschließlich Mittel zur Aufwuchs- und Schädlingsbekämpfung) und zur Wachstumsregelung; die Anwendung ist nur unter genauer Beachtung der Gebrauchsanweisung zulässig,
9. Versickern von Abwasser einschließlich des auf den Straßen anfallenden Niederschlagswassers,
10. Wohnsiedlungen, Krankenhäuser, Heilstätten und Betriebe, wenn das Abwasser nicht vollständig und sicher aus der Zone III hinausgeleitet wird,
11. unsachgemäßes Lagern von Wirtschafts- und Handelsdünger,
12. Lagern, Abfüllen und Umschlagen wassergefährdender Stoffe sowie innerhalb eines Werksgeländes deren Befördern in Rohrleitungen, soweit hierzu nicht Anlagen i. S. des § 15 Abs. 2 der Anlagenverordnung (VAWS) vom 23. März 1982 (GVBl. I S. 74) verwendet werden,
13. Start-, Lande- und Sicherheitsflächen sowie Anflugsektoren des Luftverkehrs,
14. militärische Anlagen sowie Manöver und Übungen von Streitkräften oder anderen Organisationen, die geeignet sind, das Grundwasser nachteilig zu verändern,
15. Abfallbeseitigungsanlagen sowie Anlagen, die der Lagerung und Behandlung von Autowracks dienen,
16. Abwasserbehandlungsanlagen (Kläranlagen mit Ausnahme von zugelassenen Kleinkläranlagen) und Sammelgruben,
17. Aufbringen von Fäkalschlamm,
18. Aufbringen von tierischen Ausscheidungen, soweit das übliche Maß der landwirtschaftlichen Düngung überschritten wird,

19. Aufbringen von Klärschlamm, soweit nach der Klärschlammverordnung (AbfKlärV) vom 25. Juni 1982 (BGBl. I S. 734) dies verboten bzw. eine Genehmigung oder die Zulassung einer Ausnahme erforderlich ist,
20. Versenken oder Versickern von Kühlwasser,
21. Herstellen von Bohrungen und von Erdaufschlüssen mit wesentlicher Minderung der Grundwasserüberdeckung, sofern nicht fachbehördlich festgestellt worden ist, daß eine Verunreinigung des Grundwassers oder eine sonstige nachteilige Veränderung seiner Eigenschaften nicht zu besorgen ist,
22. Auffüllen der Erdoberfläche mit wassergefährdenden Stoffen,
23. Neuanlegen und Erweitern von Friedhöfen,
24. Rangierbahnhöfe,
25. Verwendung von wassergefährdenden auswasch- oder auslaugbaren Materialien zum Straßen-, Wege- oder Wasserbau,
26. Grundwasser- und Erdreichwärmepumpen.

### § 5

#### Verbote in der Zone II

In der Zone II gelten die Verbote für die Zone III.

Darüber hinaus sind verboten:

1. Errichten und wesentliches Ändern von Gebäuden und sonstigen baulichen Anlagen i. S. des § 2 der Hessischen Bauordnung (HBO),
2. Baustellen, Baustofflager, Baustelleneinrichtungen,
3. Neubau und wesentliches Ändern von Straßen, Bahnlinien und sonstigen Verkehrsanlagen, ausgenommen Feld- und Waldwege,
4. Errichten von Sport-, Zelt-, Bade- und Parkplätzen sowie Zelten, Lagern und Abstellen von Wohnwagen,
5. Kraftfahrzeugwaschen und Ölwechsel,
6. jegliche über die land- und forstwirtschaftliche Bearbeitung hinausgehenden Bodeneingriffe (z. B. Kies-, Sand-, Torf-, Lehm- und Tongruben, Steinbrüche), durch die die belebte Bodenzone verletzt oder die Grundwasserüberdeckung vermindert wird,
7. Bergbau, wenn er zum Zerreißen der Grundwasserüberdeckung, zu Einmuldungen oder offenen Wasseransammlungen führt,
8. Sprengungen,
9. Viehansammlungen, Pferche, soweit dadurch das übliche Maß der landwirtschaftlichen Düngung überschritten oder die Pflanzendecke wesentlich verletzt wird,
10. unsachgemäße Anwendung von Wirtschafts- und Handelsdünger,
11. organische Düngung, sofern die Dungstoffe nach der Anfuhr nicht sofort verteilt werden oder die Gefahr ihrer oberirdischen Abschwemmung in den Fassungsbereich besteht,
12. Aufbringen von Klärschlamm,
13. Gärfuttermieten,
14. Kleingärten und Gartenbaubetriebe,
15. Lagern, Abfüllen, Umschlagen, Durchleiten und Befördern wassergefährdender Stoffe,
16. Vergraben von Tierkörpern,
17. Transport radioaktiver Stoffe,
18. Herstellen oder wesentliches Umgestalten von oberirdischen Gewässern einschließlich Fischteiche,
19. militärische Anlagen sowie Manöver und Übungen von Streitkräften oder anderen Organisationen, ausgenommen sind:
  1. Bewegungen zu Fuß,
  2. oberirdisches Verlegen von leichten Feldkabeln,
  3. auf flächenspezifischen Straßen und wasserdicht befestigten Flächen:
    - Durchfahren mit Ketten-Kraftfahrzeugen,
    - Bewegungen von Rad-Kraftfahrzeugen mit Ausnahme von Tank-Kraftfahrzeugen.

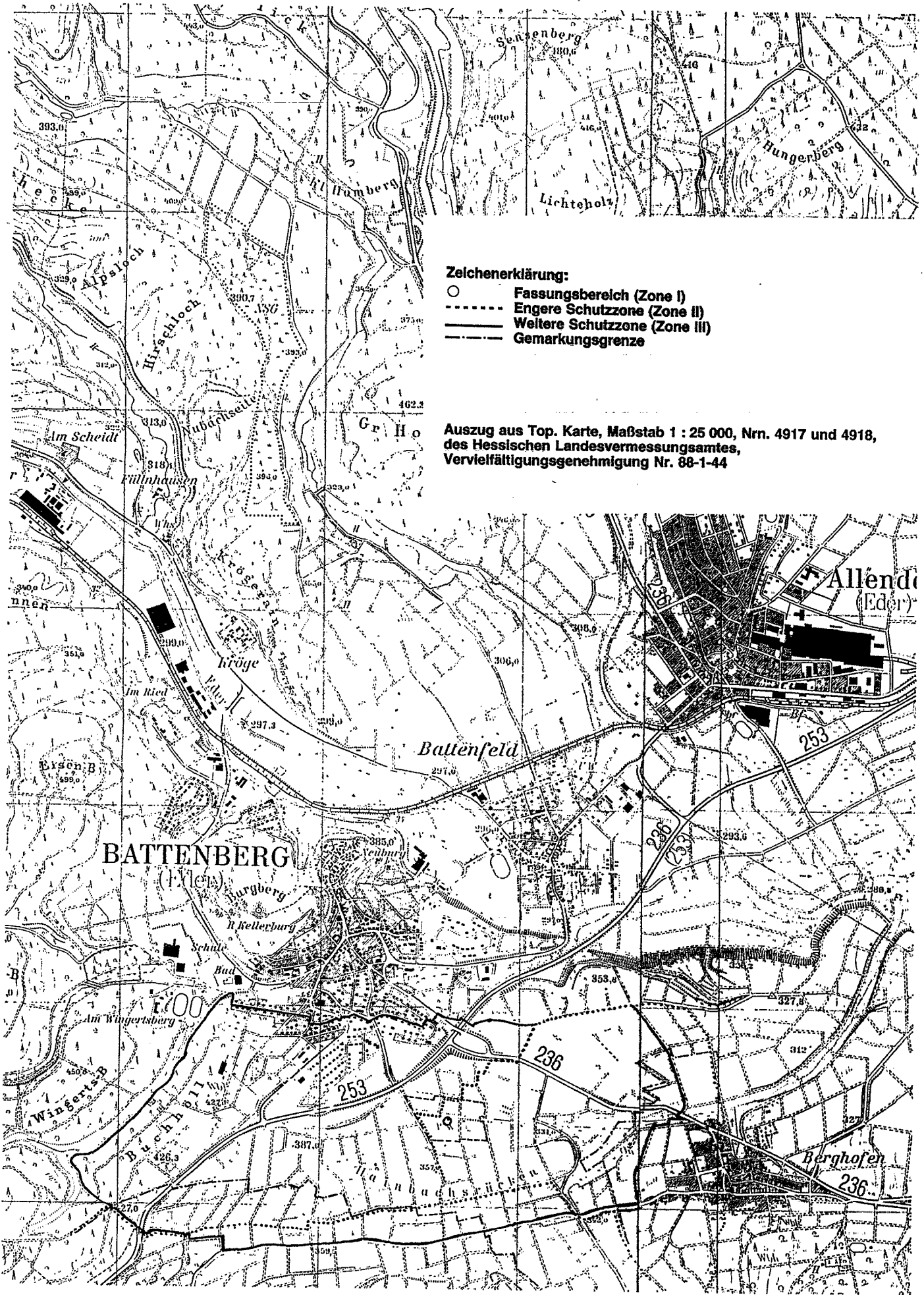
### § 6

#### Verbote in der Zone I

In der Zone I gelten die Verbote für die Zone II.

Darüber hinaus sind verboten:

1. Fahr- und Fußgängerverkehr;
2. land- und forstwirtschaftliche Nutzung;
3. Düngung;





4. Anwenden von Mitteln für Pflanzenschutz (einschließlich Mittel zur Aufwuchs- und Schädlingsbekämpfung) und zur Wachstumsregelung;
5. Verletzen der belebten Bodenzone und der Grundwasserüberdeckung;
6. alle sonstigen Maßnahmen, die das Grundwasser beeinflussen können, soweit sie nicht für die Wasserversorgung notwendig sind.

**§ 7**

**Duldungspflichten**

Die Eigentümer und Nutzungsberechtigten von Grundstücken innerhalb des Wasserschutzgebietes haben zu dulden, daß Beauftragte der zuständigen staatlichen Behörden die Grundstücke zur Beobachtung des Wassers und des Bodens betreten.

Sie haben ferner zu dulden, daß

1. der Fassungsbereich eingezäunt, bepflanzt und unterhalten wird;
2. Beobachtungsstellen eingerichtet werden;
3. Hinweisschilder zum Kennzeichnen des Wasserschutzgebietes aufgestellt werden;
4. Mulden und Erdaufschlüsse aufgefüllt werden;
5. wassergefährdende Ablagerungen beseitigt werden;
6. notwendige Einrichtungen zum sicheren und unschädlichen Ableiten des anfallenden Oberflächenwassers aus dem Fassungsgebiet und der Engeren Schutzzone erstellt werden;
7. Vorkehrungen an den in der Engeren Schutzzone liegenden Straßen und Wegen zur Verhinderung von Ölunfällen und zur Minderung derer Folgen getroffen werden;
8. vorhandene Bauten mit besonders gesicherten, dichten Leitungen an die Kanalisation angeschlossen werden;
9. Maßnahmen zum Schutz vor Überschwemmungen vorgenommen werden.

**§ 8**

**Ausnahmen**

(1) Von den Bestimmungen dieser Verordnung kann der Regierungspräsident in Kassel — obere Wasserbehörde — auf Antrag Ausnahmen zulassen. Die Zulassung bedarf der Schriftform.

(2) Handlungen, die einer wasserrechtlichen Erlaubnis, Bewilligung oder Genehmigung, einer gewerberechtlichen, abfallrechtlichen oder bauaufsichtlichen Genehmigung bedürfen oder die auf Grund eines bergbehördlich geprüften Betriebsplanes oder durch bergrechtliche Erlaubnis oder Bewilligung zugelassen werden, bedürfen keiner Ausnahmezulassung nach dieser Verordnung. Entscheidet in den vorgenannten Fällen die obere Wasserbehörde nicht selbst, ist ihr Einvernehmen erforderlich.

**§ 9**

**Ordnungswidrigkeiten**

Zu widerhandlungen gegen die Verbote der §§ 4 bis 6 dieser Verordnung können nach § 41 Abs. 1 Nr. 2 und Abs. 2 WHG mit einer Geldbuße bis zu hunderttausend Deutsche Mark geahndet werden.

**§ 10**

**Inkrafttreten**

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung im Staatsanzeiger für das Land Hessen in Kraft.

Kassel, 26. Mai 1989

**Der Regierungspräsident**

gez. Dr. Wilke

StAnz. 25/1989 S. 1364

**613**

**Verordnung über Verkaufszeiten anlässlich von Märkten, Messen oder ähnlichen Veranstaltungen gemäß § 14 des Ladenschlußgesetzes vom 30. Mai 1989**

Gemäß § 14 des Gesetzes über den Ladenschluß vom 28. November 1956 (BGBl. I S. 875), zuletzt geändert durch Art. 9 des Gesetzes vom 25. Juli 1986 (BGBl. I S. 1173), i. V. m. der Verordnung über die Zuständigkeit des Regierungspräsidenten zum Erlaß von Rechtsverordnungen auf Grund des Gesetzes über den Ladenschluß vom 9. März 1957 (GVBl. S. 17) wird verordnet:

**§ 1**

Abweichend von § 3 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über den Ladenschluß wird das Offenhalten aller Verkaufsstellen in der Kernstadt von Arolsen in der Bahnhofstraße zwischen Hünighäuser Weg und der Bundesstraße 252 sowie der Uplandstraße und der Bunsenstraße aus Anlaß des Sommermarktes am Sonntag, 25. Juni 1989, von 13.00 bis 18.00 Uhr freigegeben.

**§ 2**

Diese Verordnung tritt am 25. Juni 1989 in Kraft.

Kassel, 30. Mai 1989

**Der Regierungspräsident**

gez. Dr. Wilke

StAnz. 25/1989 S. 1367

**614**

**Verordnung über Verkaufszeiten anlässlich von Märkten, Messen oder ähnlichen Veranstaltungen gemäß § 14 des Ladenschlußgesetzes vom 30. Mai 1989**

Gemäß § 14 des Gesetzes über den Ladenschluß vom 28. November 1956 (BGBl. I S. 875), zuletzt geändert durch Art. 9 des Gesetzes vom 25. Juli 1986 (BGBl. I S. 1173), i. V. m. der Verordnung über die Zuständigkeit des Regierungspräsidenten zum Erlaß von Rechtsverordnungen auf Grund des Gesetzes über den Ladenschluß vom 9. März 1957 (GVBl. S. 17) wird verordnet:

**§ 1**

Abweichend von § 3 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über den Ladenschluß wird das Offenhalten aller Verkaufsstellen in der Kernstadt von Heringen (Werra) aus Anlaß des Heimat- und Stadtfestes am Sonntag, 25. Juni 1989, für die Zeit von 14.30 bis 18.00 Uhr freigegeben.

**§ 2**

Diese Verordnung tritt am 25. Juni 1989 in Kraft.

Kassel, 30. Mai 1989

**Der Regierungspräsident**

gez. Dr. Wilke

StAnz. 25/1989 S. 1367

**615**

**HESSISCHER VERWALTUNGSSCHULVERBAND**

**Fortbildungslehrgänge des Hessischen Verwaltungsschulverbandes — Verwaltungsseminar Frankfurt am Main**

Am Verwaltungsseminar Frankfurt am Main finden im 2. Halbjahr 1989 die nachfolgend aufgeführten Fortbildungslehrgänge statt, zu denen noch Anmeldungen möglich sind:

Seminar-Nr.	Thema	Termine
FS 013	Erfolgreich kommunizieren	8., 15. und 29. November 1989

Seminar-Nr.	Thema	Termine
FS 015	Menschen im Betrieb führen	13., 20. und 27. September 1989
FS 016	Personalgewinnung und -leitung	2., 9. und 30. Oktober 1989
FS 115	Mitarbeiterführung für Meister und Vorarbeiter	9., 10., 13. und 14. November 1989
FS 116	Das Rollenverständnis der Mitarbeiterin im öffentlichen Dienst	29. und 30. August, 7. und 8. September 1989

Seminar-Nr.	Thema	Termine	Seminar-Nr.	Thema	Termine
FS 117	Mitarbeiter- und Gesprächsführung für Frauen	20., 21., 27., 28. und 29. November 1989	FS 314	Recht für Umwelt und Daseinsvorsorge	30. Oktober, 6., 13., 20. und 27. November, 4. und 11. Dezember 1989
FS 118	Alkohol am Arbeitsplatz	1., 7., 8., 14. und 15. Dezember 1989	FS 318	Ausgewählte Probleme aus dem Ausländerrecht	28. November, 5., 12. und 19. Dezember 1989
FS 120	Praktische Fragen der Personalverwaltung und des Personalwesens	9., 10. und 11. Oktober 1989	FS 319	Eingliederung von Ausiedlern	Termine noch in Planung
FS 122	Zusatzversorgungsrechtliche Fragen	4. und 11. Oktober 1989	FS 321	Datenschutz im Melde-recht — Aufbauseminar —	6. September 1989
FS 127/3	Hessisches Personalvertretungsgesetz — Grundseminar —	31. Oktober, 7., 14., 21. und 28. November, 5. und 7. Dezember 1989	FS 322	Grundbegriffe des Ordnungsrechts	29. September, 6. und 13. Oktober, 3., 10. und 17. Nov. 1989
FS 128	Hessisches Personalvertretungsgesetz — Aufbauseminar —	Termine noch in Planung	FS 323	Ausgewählte Probleme aus dem Ordnungsrecht	24. November, 1., 8., 15. und 22. Dezember 1989
FS 129/2	Reisekostenrecht	6., 13. und 20. September 1989	FS 324	Seminar für Bedienstete der Hilfspolizei	30. Oktober bis 10. November 1989 (täglich)
FS 130/2	Arbeitsstil und Arbeitsmethodik	28. August, 11. und 18. September 1989	FS 326	Das Hessische Meldegesetz vom 14. Juni 1982 und Probleme der Anwendung in der Praxis	14. Dezember 1989
FS 143	Umgang mit Publikum in Empfangsstellen (Pforten) und Telefonvermittlung — mit Video-feedback —	3. und 4. Juli 1989	FS 328	Die Umweltgesetzgebung in der Praxis	11. bis 15. Dezember 1989 (täglich)
FS 144/4	Das Telefon — Die Visitenkarte der Behörde	29. August 1989	FS 330	ASYL — Das Asylverfahrensrecht in der Praxis	29. August, 5., 12., 19. und 26. September 1989
FS 151	Datenschutz im Alltag der öffentlichen Verwaltung	3. und 10. Juli 1989	FS 517	Mietrecht im freifinanzierten Wohnungsbau	7., 14., 21. und 28. November 1989
FS 170/3	Datenerfassung und Datenverarbeitung — Grundseminar —	30. August, 6., 13., 20. und 27. September 1989	FS 518	Probleme des Unterhaltssicherungsgesetzes	31. Oktober, 7., 14. und 21. November 1989
FS 170/4	Datenerfassung und Datenverarbeitung — Grundseminar —	15. und 29. November, 6., 13. und 20. Dezember 1989	FS 611	Bauen im Außenbereich — Aufbauseminar —	9., 16., 23. und 30. November 1989
FS 171	Datenerfassung und Datenverarbeitung — Aufbauseminar —	28. August, 4., 11., 18. und 25. September, 2. und 9. Oktober 1989	FS 613	Erlaß von Verwaltungsakten im Bauordnungsrecht und Erschließungsrecht — Formelle Anforderungen —	5., 12. und 19. Dezember 1989
FS 173	Datenverarbeitung, Einführung in das Standardprogramm „MS Multiplan“	4., 6. und 8. September 1989	FS 618	Straßen- und Kanalbeiträge nach dem Hessischen Kommunalabgabengesetz	31. Oktober, 7., 14., 21. und 28. November 1989
FS 175	Einführung in das Datenbanksystem D BASE III PLUS	29. und 31. August, 5., 7., 12. und 14. September 1989	FS 760	Vermittlung von Verwaltungsgrundkenntnissen für Bedienstet im Sozial- und Erziehungsdienst	31. August bis 21. Dezember 1989
FS 212	Aufstellung der Jahresrechnung der Kommunen	2., 9., 16., 23. und 30. November 1989	FS 800	Fortbildungsseminar für Sekretärinnen	Termine noch in Planung
FS 214	Kostenrechnende Einrichtungen — Kalkulatorische Kosten	27. November, 4., 11. und 18. Dezember 1989	FS 900	Berufliche Wiedereingliederung von Frauen	30. Oktober bis 11. Dezember 1989
FS 220	Grundzüge des Kommunalen Kassenrechts	31. August, 7., 14., 21. und 28. September, 5. und 12. Oktober 1989	FS 910	Wiedereingliederung beurlaubter Beamtinnen	Termine noch in Planung
FS 222	Vollstreckung in das unbewegliche Vermögen	8., 15., 20. und 29. November, 6., 13. und 20. Dezember 1989	FS 920	Doppelbelastete Frauen — Frauen zwischen Kindern, Küche und Karriere	Termine noch in Planung
FS 231	Grundlagen des Kommunalen Steuerrechts und der Abgabenordnung — Aufbauseminar —	21. und 28. November, 5., 12. und 19. Dezember 1989	FS 930	Rhetorik für Frauen	27. und 28. September, 4., 5. und 16. Oktober 1989
FS 240	Finanzbuchhaltung — Grundseminar —	1., 8., 15. und 29. November, 6. Dezember 1989	Die Anmeldungen richten Sie bitte an das Verwaltungsseminar Frankfurt am Main, Niddagaustraße 32, 6000 Frankfurt am Main 90. Telefonische Auskunft erteilen Frau Bucerius oder Frau Schneider (Tel. 0 69 / 7 89 20 83).		
FS 241	Finanzbuchhaltung — Aufbauseminar —	29. August, 5., 12., 19. und 26. September 1989	<b>Frankfurt am Main, 30. Mai 1989</b>		
FS 310	Grundzüge des Verwaltungsrechts	17. und 24. November, 1. und 8. Dezember 1989	<b>Hessischer Verwaltungsschulverband Verwaltungsseminar StAnz. 25/1989 S. 1367</b>		
FS 311	Hessisches Verwaltungsverfahrensgesetz	1., 8., 15. und 22. September 1989			
FS 312	Ausgewählte Probleme aus dem Bereich des VwVfg und des VwVG	13. Oktober, 3. und 10. November 1989			

## BUCHBESPRECHUNGEN

**Wann haftet der Staat?** Von Günter Schmidt. 1989. 235 S., kart., 39,80 DM. Alfred Metzner Verlag, 6000 Frankfurt am Main. ISBN 3-787-51221-7

Erst aus dem Untertitel wird deutlich, daß es sich bei dem vorliegenden Werk nicht um eine weitere Darstellung der allgemeinen Staatshaftungsproblematik handelt, sondern daß die Rechtsfolgen vorschrittwidriger Datenverarbeitung öffentlicher Stellen dargestellt werden.

Da die meisten Landesdatenschutzgesetze Sonderhaftungsnormen enthalten, die die Schadensersatzansprüche bei vorschrittwidriger Datenverarbeitung aber zum Teil sehr unterschiedlich regeln und andererseits in den entsprechenden Gesetzen der Länder Baden-Württemberg, Bremen, dem Saarland und Schleswig-Holstein, aber auch im Bundesdatenschutzgesetz solche Normen fehlen, schließt die vorliegende vergleichende Darstellung gerade wegen der bestehenden unübersichtlichen und unterschiedlichen Regelungen dieser Materie eine die Arbeit des Praktikers doch sehr erschwerende Lücke in der Literatur zum Datenschutz.

Dem Werk kommt aber auch deshalb größere Bedeutung zu, weil der verschuldensunabhängige Schadensersatzanspruch einschließlich des Nichtvermögensschadens — und in dieser Form in Hessen und Nordrhein-Westfalen bereits gesetzlich verankert — in der Diskussion über die Novellierung des Bundesdatenschutzgesetzes eine zentrale Rolle einnimmt und zu wünschen ist, daß die gründliche und fundierte Darstellung von Schmidt auf diese Diskussion befruchtend wirkt.

Grundsätzlich stellt sich allerdings die Frage — und nicht zuletzt die von Schmidt angeführten (etwas konstruiert wirkenden) Beispiele lassen die Berechtigung dieser Frage erkennen —, ob der generellen Einführung dieses Schadensersatzanspruchs tatsächlich eine so herausragende Bedeutung zukommt, wie sie ihr im Rahmen der Novellierungsdiskussion beigemessen wird.

Diese Bemerkung soll aber den Wert des Buches nicht schmälern, bei dem insbesondere die gelungene erläuternde Darstellung der im Datenschutzrecht bedeutsamen Grundlagen und Begriffe und der Voraussetzungen der Sonderhaftungsnormen hervorzuheben ist.

Auch die übersichtliche Unterteilung u. a. nach Verboten, Geboten und den Rechten des Betroffenen erleichtert die Benutzung des Buches und die Beschäftigung mit den Rechtsgrundlagen der Datenverarbeitung.

Daran anschließend werden die Rechtsfolgen der Sonderhaftungsnormen und die Art und Weise der Durchsetzung der Ansprüche behandelt.

Im fünften und letzten Kapitel wird auf Einzelfragen der Staatshaftung außerhalb der Sonderhaftungsnormen — wichtig im Geltungsbereich von Landesdatenschutzgesetzen ohne Sonderhaftungsnormen und bei der Anwendung des Bundesdatenschutzgesetzes — bei Verletzung von Datenschutzbestimmungen und deliktischer Verletzung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts eingegangen. In beiden Fällen wird Art. 34 GG i. V. m. § 839 BGB als Rechtsgrundlage untersucht.

Das Werk ist nicht nur übersichtlich gegliedert, sondern auch mit fortlaufenden Randnummern versehen, die ein leichtes Auffinden von Verweisungen zulassen.

Außer durch Hinweise auf einschlägige Rechtsprechung und Schrifttum wird durch die zahlreichen Fußnoten eine vertiefende Beschäftigung mit den behandelten Problemen ermöglicht.

Das Buch kann nicht nur dem mit datenschutzrechtlichen Haftungsfällen befaßten Personenkreis uneingeschränkt empfohlen werden, sondern ist auch für diejenigen gut geeignet, die sich mit Rechtsfragen der Datenverarbeitung — insbesondere im öffentlichen Dienst — befassen.

Regierungsrat Hans-Joachim Preiß

**Zivilprozeßrecht.** Von Dr. Walter Zeiss. 7., neubearb. Aufl., 1989, IX, 407 S., brosch., 44,— DM. Verlag J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), 7400 Tübingen. ISBN 3-166-45466-7

Das Zivilprozeßrecht ist eine spröde Materie, die sich bei Studenten keiner besonderen Beliebtheit erfreut. Das liegt sicher nicht zuletzt daran, daß das Ineinandergreifen der Vorschriften erst im praktischen Verlauf des Prozesses sichtbar und verständlich wird. Zeiss hat dieses Problem dadurch vereinfacht, daß er den jeweiligen Kapiteln seines Lehrbuchs kurze Fälle vorausgestellt hat, die in aller Regel der Rechtsprechung entnommen sind und die den Benutzer locken sollen, sich mit dem eigentlichen Text zu befassen, wo dann natürlich im Laufe der Darstellung auch die Lösung der Eingangsfragen auftaucht. Der Text ist klar gegliedert und anschaulich und leicht faßlich gehalten. Einem Kurzlehrbuch entsprechend, hat Zeiss auf die Vertiefung der angeschnittenen Probleme verzichtet und auch davon abgesehen, eigene neue theoretische Ansätze anzubieten. Statt dessen werden reiche Rechtsprechungs- und Literaturangaben gemacht, die den interessierten Leser, der ein einzelnes Problem genauer betrachten möchte, auf die entscheidenden Fundstellen weiterverweisen. So ist es gelungen, auf 300 Seiten eine zusammengefaßte, ordentliche Einführung zu bieten, die auch den Referendaren in der Zivilstation ein wertvolles Hilfsmittel sein wird.

Um dem Leser das praktische Verständnis zu erleichtern, ist ein Originalaktenstück auf weiteren rd. 80 Seiten abgedruckt und mit kurzen hinweisenden Kommentaren versehen. Der Text nimmt auf dieses Aktenstück immer wieder Bezug. Ob sich dieses Verfahren lohnt, scheint mir zweifelhaft: Statt neun Empfangsbekanntnisse abzudrucken, hätte es doch genügt, dem Leser eines zu zeigen und bezüglich der übrigen bei den jeweiligen Verfügungen in der Anmerkung darzustellen, daß der Schriftsatz am Soundsovielten gegen EB zugestellt worden ist. Das Aktenstück selbst wird auch einem Studenten wohl, vom gelegentlichen Durchblättern einmal abgesehen, kaum zusätzliche Kenntnisse vermitteln, während es für Referendare mit Sicherheit zu kurz gehalten ist, die ja ohnehin auf die Standardlehrbücher für Referendare angewiesen sind.

Richter am LG Peter Hausmann

**Straßenbenutzungsabgaben für den Schwerverkehr.** Verfassungs- und europarechtliche Probleme. Von Prof. Dr. Peter Selmer / Prof. Dr. Carsten Brodersen / Prof. Dr. Gert Nicolaysen. 1989, 208 S., geb., 56,— DM. Nomos-Verlagsgesellschaft, 7570 Baden-Baden. ISBN 3-789-01733-7

Das Bundeskabinett beauftragte am 8. Dezember 1987 den Bundesminister für Verkehr und den Bundesminister der Finanzen, zur Beseitigung von Wettbewerbsverzerrungen auf dem Gebiet der verkehrsspezifischen Steuern und Abgaben in der Europäischen Gemeinschaft die Einführung einer Straßenbenutzungsabgabe für in- und ausländische Nutzfahrzeuge zu prüfen. Der Bundesminister für Verkehr beauftragte die Verfasser, hierzu gutachterlich Stellung zu nehmen.

Das vorliegende Gutachten befaßt sich mit den rechtlichen Problemen einer nach dem Territorialitätsprinzip zu erhebenden und von einer entsprechenden Anpassung der Kraftfahrzeugsteuer begleitenden Straßenbenutzungsabgabe für den Schwerverkehr. Untersucht wurde die grundsätzliche Vereinbarkeit einer derartigen Abgabe — vor allem in einer Ausgestaltung als Gebühr, aber auch in einer solchen als Beitrag, Steuer oder Sonderabgabe — mit der Finanzverfassung und den Grundrechten der bundesdeutschen Verfassung. Es wurde außerdem die Frage geprüft, ob Stimmungen des Europäischen Gemeinschaftsrechts und des sonstigen internationalen Rechts der Erhebung einer Territorialabgabe für Nutzfahrzeuge durch die Bundesrepublik Deutschland entgegenstehen.

Bei beiden Fragestellungen ist davon ausgegangen worden, daß die Erhebung der Abgabe mit Hilfe eines Plaketten- oder Bescheinigungssystems erfolgen soll.

Das Gutachten gibt jedem Interessierten die Möglichkeit, sich intensiv mit dieser aktuellen Problematik zu befassen. Die Gutachter kommen zusammenfassend zu dem Ergebnis, daß sich aus der Abgabenhöhe der Mitgliedstaaten und aus den ihnen noch verbliebenen verkehrspolitischen Gestaltungsmöglichkeiten die grundsätzliche gemeinschaftsrechtliche Zulässigkeit der Einführung einer Abgabe als Straßenbenutzungsgebühr nach dem Territorialitätsprinzip sowie einer gleichzeitigen Senkung der Kfz-Steuer für die von der Abgabe betroffenen Kraftfahrzeuge ergibt, sofern bei der Erstreckung der Abgabepflicht auf Straßenbenutzer aus anderen Mitgliedstaaten die gemeinschaftsrechtlichen Rahmenbedingungen beachtet werden. Eine andere Gestaltungsmöglichkeit als die Erhebung einer Gebühr scheidet aus.

Oberamtsrat Hermann Kirchner

**Das Dienst- und Tarifrecht der Sozialversicherungsträger — DTSV.** Von Günther Pätz und Horst Zies, unter Mitarbeit von Klaus M. Dauderstadt und Wilfried Macke. Loseblattwerk, DIN A5, 13. Erg.-Liefg., Stand Februar 1989, 272 S., 26,20 DM; Gesamtwerk, ca. 3 200 S., Ringordn., 84,— DM. Walhalla und Praetoria Verlag, 8400 Regensburg 1.

In dem Loseblattwerk werden alle Regelungen des Beamtenrechts, des Dienstordnungsrechts der Sozialversicherungsträger, des Tarifrechts und der damit zusammenhängenden Rechtsgebiete zusammengefaßt, die bisher in verschiedenen Sammlungen und Nachschlagewerken gesucht werden mußten. Mit dem für die Praxis gut aufbereiteten Werk wird damit eine große Informationslücke geschlossen. Eine Vielzahl von Rechtsvorschriften des Bundes und der einzelnen Bundesländer wurde übersichtlich geordnet, was für die tägliche Arbeit eine erhebliche Erleichterung bedeutet.

Die nun vorliegende 13. Ergänzungslieferung enthält die umfangreichen Auswirkungen des Gesundheits-Reformgesetzes (GRG) vom 20. Dezember 1988 auf RVO, Selbstverwaltungsgesetz, SGB IV, 2. BevVG, Mutterschutzgesetz und Vorruhestandsgesetz. Ebenso wurden Auszüge aus dem neuen V. Buch des Sozialgesetzbuches und des 2. Gesetzes über die Krankenversicherung der Landwirte (KVLG 1989) eingefügt.

Vollständig eingearbeitet wurden auch die Auswirkungen des Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetzes 1988 vom 20. Dezember 1988 auf Bundesbesoldungsgesetz, Beamtenversorgungsgesetz, Bundeslaufbahnverordnung und Bundesdatenschutzgesetz.

Das neue Kapitel „Dienstrecht der Sozialversicherungsträger mit Beamtenrecht“ umfaßt die einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen für die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte, Landesversicherungsanstalten, Bundesknappschaft, Künstler-Sozialkasse sowie die aus dem GRG stammenden Vorschriften für die medizinischen Dienste und die bisherigen LVA-Prüfdenste. Neu aufgeführt wurden außerdem das Altersteilzeitgesetz, der Tarifvertrag über Vergütung und Eingruppierung mit den Betriebskrankenkassen-Verbänden sowie das neu bekanntgemachte Wohnungsbau-Prämiengesetz 1989.

Berücksichtigt wurden Änderungen von Bayerischen und Berliner Landesbesoldungsgesetz, zur Niedersächsischen Sonderurlaubsverordnung und zum Reisekostenrecht Bayerns.

Die bisher vorliegenden Änderungen der Arbeitszeitverordnungen für Beamte des Bundes und der Länder Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz, welche die Umsetzung der Wochenarbeitszeitverkürzung enthalten, wurden ebenfalls eingearbeitet.

Mit der 13. Ergänzungslieferung wurde das Grundwerk aktualisiert und weiter komplettiert. Das umfangreiche und informative Handbuch, das zu einem günstigen Preis erworben werden kann, bietet den Sozialversicherungsträgern, ihren Verbänden, Behörden sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und ihren Gewerkschaften eine wertvolle Hilfe.

Oberamtsrat Heinz Kaschte

# ÖFFENTLICHER ANZEIGER

ZUM »STAATSANZEIGER FÜR DAS LAND HESSEN«

1989

MONTAG, 19. JUNI 1989

Nr. 25

## Güterrechtsregister

### 2647

GR 600 — Neueintragung — 31. 5. 1989: Die Eheleute Gerhard Kainer, Kaufmann, und Bettina Maria Kainer geb. Röhs, Köchin, Auf dem Steinland 9, 3554 Gladenbach, haben durch notariellen Vertrag vom 17. Februar 1989 Gütertrennung vereinbart.

3560 Biedenkopf, 31. 5. 1989 **Amtsgericht**

### 2648

GR 601 — Neueintragung — 31. 5. 1989: Die Eheleute Herbert Müller, Lehrer, und Cäcilie Müller geb. Roth, Flugbegleiterin, Hatzfelder Straße 48, 3560 Biedenkopf, haben durch notariellen Vertrag vom 23. März 1989 Gütertrennung vereinbart.

3560 Biedenkopf, 31. 5. 1989 **Amtsgericht**

### 2649

GR 602 — Neueintragung — 2. 6. 1989: Die Eheleute Hartmut Gerhard Barth, Geschäftsführer, und Sigrid Barth geb. Höhn, Justizangestellte, Marburger Straße 31, 3554 Gladenbach, haben durch notariellen Vertrag vom 28. April 1989 Gütertrennung vereinbart.

3560 Biedenkopf, 2. 6. 1989 **Amtsgericht**

### 2650

GR 591 — Neueintragung — 29. 5. 1989: Durch notariellen Vertrag vom 5. April 1989 haben Waldemar Willy Lampmann, Ortsberg-Wippenbach, und Heidrun Erika, geborene Krick, Ortsberg-Gelnhaar, Gütertrennung vereinbart.

6470 Büdingen, 29. 5. 1989 **Amtsgericht**

### 2651

GR 592 — Neueintragung — 29. 5. 1989: Durch notariellen Vertrag vom 28. März 1989 haben Gottfried Reuß und Gerta, geborene Schwab, in Gedern, Gütertrennung vereinbart.

6470 Büdingen, 29. 5. 1989 **Amtsgericht**

### 2652

Neueintragungen beim Amtsgericht Darmstadt

GR 2617 — 30. 5. 1989: Die Eheleute Günther Wehner, Kaufmann, und Rita, geb. Neumann, Sekretärin, Darmstadt, haben durch Vertrag vom 5. April 1989 Gütertrennung vereinbart.

GR 2626 — 25. 4. 1989: Die Eheleute Frank Bernhard Hölcher, kaufmännischer Angestellter, und Renate Waltraud Hölcher geb. Tschepel, kaufmännische Angestellte, Mühlthal, haben durch Vertrag vom 3. Mai 1988 Gütertrennung vereinbart.

GR 2628 — 30. 5. 1989: Die Eheleute Reinhard Hans Schmidt, Gärtnermeister, und Gabriele Schmidt geb. Hotz, Bankkauffrau, Pfungstadt, haben durch Vertrag vom 30. März 1989 Gütertrennung vereinbart.

6100 Darmstadt, 1. 6. 1989 **Amtsgericht**

### 2653

Neueintragungen beim Amtsgericht Frankfurt am Main

73 GR 16 012: Horst Erwin, geboren am 26. April 1953, und Marion, geborene Roth, geboren am 22. Januar 1961, Frankfurt am Main. Durch Ehevertrag vom 25. Oktober 1988 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 16 076: Johannes Friedrich Karl Tenge, geboren am 2. August 1935, und Birsen, geborene Anapa, geboren am 26. März 1942, Frankfurt am Main. Durch Ehevertrag vom 19. Dezember 1988 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 16 077: Rolf Bollig, geboren am 6. November 1948, und Ingrid, geborene Suck, geboren am 13. Dezember 1948, Frankfurt am Main. Durch Ehevertrag vom 16. Februar 1989 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 16 078: Gary Alan Bechhofer, geboren am 23. Juli 1953, und Gabriele, geborene Rosenfeld, geboren am 5. November 1959, Frankfurt am Main. Durch Ehevertrag vom 8. Februar 1989 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 16 079: Günter Alois Schmidt, geboren am 26. September 1948, und Anna Constantina, geborene Tsaroucha, geboren am 19. April 1967, Frankfurt am Main. Durch Ehevertrag vom 20. März 1989 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 16 080: Hans-Günter Trapp, geboren am 2. April 1953, und Renate, geborene Eichmann, geboren am 13. Mai 1955, Hattersheim am Main. Durch Ehevertrag vom 15. März 1989 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 16 081: Giuseppe Sugameli, geboren am 16. November 1941, und Concetta, geborene Pavia, geboren am 7. April 1953, Frankfurt am Main. Durch Ehevertrag vom 20. Mai 1987 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 16 082: Jochen Hubert Werner Refflinghaus-Dürsch, geborener Refflinghaus, geboren am 16. Januar 1957, und Monika Maria Dürsch, geboren am 23. Januar 1967, Frankfurt am Main. Durch Ehevertrag vom 8. Dezember 1988 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 16 083: Hans-Joachim Gies, geboren am 20. Mai 1943, und Gerlinde, geborene Straßburger, geboren am 24. August 1947, Krieffel. Durch Ehevertrag vom 16. März 1989 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 16 084: Joseph Jakobs, geboren am 11. August 1922, und Rosemarie, geborene Hutter, geboren am 20. Mai 1935, Frankfurt am Main. Durch Ehevertrag vom 6. Januar 1989 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 16 085: Harald Reis, geboren am 26. November 1957, und Heide Winkler-Reis geborene Winkler, geboren am 1. November 1954, Frankfurt am Main. Durch Ehevertrag vom 9. Januar 1989 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 16 086: David Lieberberg, geboren am 14. Februar 1954, und Evelyn, geborene Pock, geboren am 21. März 1950, Frankfurt am Main. Durch Ehevertrag vom 29. Dezember 1988 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 16 087: Bijan Kousha, geboren am 29. März 1960, und Gabriele Eleonore, geborene Kissel, geboren am 18. März 1957, Frankfurt am Main. Durch Ehevertrag vom 29. März 1989 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 16 088: Michael Alexander Hansch,

geboren am 28. Januar 1968, und Claudia, geborene Seitz, geboren am 24. Mai 1969, Hofheim am Taunus. Durch Ehevertrag vom 12. April 1989 ist Gütertrennung vereinbart.

6000 Frankfurt am Main, 1. 6. 1989

**Amtsgericht, Abt. 73**

### 2654

Neueintragungen beim Amtsgericht Friedberg (Hessen)

GR 2431 — 7. 6. 1989: Kaiser, Hans, Jänsch-Kaiser geb. Jänsch, Gundula, Ketteler Straße 17, 6360 Friedberg (Hessen). Gütertrennung durch Vertrag vom 21. März 1989.

GR 2432 — 7. 6. 1989: Kiesling, Franz, Kiesling geb. Baumgartner, Helga, Rödernstraße 19, Friedberg-Ossenheim. Gütertrennung durch Vertrag vom 9. Mai 1989.

GR 2433 — 7. 6. 1989: Scharf, Erich, Scharf geb. Kohn, Eva Maria, Borngasse 30, Friedberg-Ockstadt. Gütertrennung durch Vertrag vom 7. November 1988.

6360 Friedberg (Hessen), 7. 6. 1989

**Amtsgericht**

### 2655

GR 724 — Neueintragung — 31. 5. 1989: Lerch, Dieter Heinz Georg, Bankkaufmann, Sandweg 38, Gelnhausen, Stadtteil Hailer, und Inis Heide Karin, geb. Renner. Durch Vertrag vom 10. Mai 1989 ist Gütertrennung vereinbart.

6460 Gelnhausen, 31. 5. 1989 **Amtsgericht**

### 2656

Neueintragungen beim Amtsgericht Gießen

GR 2893 — 18. 5. 1989: Eheleute Walldorf, Andreas, geb. 25. 2. 1963, und Sabine Christa, geb. Wählich, geb. 28. 11. 1965, wohnhaft in Gießen, Schützenstraße 32. Durch Vertrag vom 10. Februar 1989 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 2894 — 18. 5. 1989: Eheleute Grewing, Franz Josef, geb. 11. 1. 1956, Grewing, Christiane Elfriede, geb. Dunkel, geb. 21. 7. 1959, Gießen-Petersweier. Durch Vertrag vom 7. April 1989 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 2895 — 1. 6. 1989: Eheleute Briegel, Klaus, geb. 8. 11. 1943, Briegel, Doris, geb. Laux, geb. 23. 6. 1946, Pohlheim-Garbensteich. Durch Vertrag vom 14. April 1989 ist Gütertrennung vereinbart.

6300 Gießen, 1. 6. 1989

**Amtsgericht**

### 2657

GR 505 — Neueintragung — 29. 5. 1989: Eheleute Partsch, geb. Krick, Heidrun, geb. 17. 2. 1943, und Partsch, Günther, geb. 27. 5. 1941, Lenzenbergstraße 13, 6272 Niedernhausen-Niederseelbach. Durch notariellen Vertrag vom 26. April 1989 ist Gütertrennung vereinbart.

6270 Idstein, 29. 5. 1989

**Amtsgericht**

### 2658

GR 506 — Neueintragung — 31. 5. 1989: Eheleute Eva Karin Süßmann geb. Anders, geb. 29. 2. 1944, Kfm. Angestellte, und Peter Süßmann, geb. 28. 6. 1943, Luftverkehrs-

gestellter, Daisbachstraße 9, 6272 Niedernhausen-Niederseelbach. Durch Ehevertrag vom 13. April 1989 ist Gütertrennung vereinbart.

**6270 Idstein, 31. 5. 1989** **Amtsgericht**

### 2659

GR 362 — **Neueintragung** — 30. 5. 1989: Eheleute Gies, Götz Gerhard, geboren am 29. 12. 1961, und Gies geb. Bender, Ilona, geboren am 2. 1. 1964, beide wohnhaft 3570 Stadallendorf. Durch notariellen Vertrag vom 2. Mai 1989 ist Gütertrennung vereinbart.

**3575 Kirchhain, 30. 5. 1989** **Amtsgericht**

### 2660

7 GR 817 — **Neueintragung** — 5. 6. 1989: Schlosser Hartwin Kissel, geboren am 1. 12. 1941, und die Altenpflegehelferin Adolfine Kissel geb. Deutl, geboren am 19. 4. 1939, wohnhaft in 6250 Limburg-Lindenholzhausen, Kirchstraße 4. Durch notariellen Vertrag vom 5. Mai 1989 ist Gütertrennung vereinbart.

**6250 Limburg a. d. Lahn, 5. 6. 1989** **Amtsgericht**

### 2661

GR 1292 — **Neueintragung** — 30. 5. 1989: Bernd-Dieter Matzen, Bauwerker, und Ingrid Matzen geb. Vogel, Fotoverkäuferin, beide Bahnhofstraße 40, 3555 Fronhausen. Durch notariellen Vertrag vom 13. April 1989 ist Gütertrennung vereinbart.

**3550 Marburg, 30. 5. 1989** **Amtsgericht**

### 2662

GR 377 — **Neueintragung** — 29. 5. 1989: Textilreinigungsmeister Christel Silvio Bächt, geb. 15. 7. 1964, und Heidi Hildegard Marie Bächt geb. Scholz, geb. 23. 12. 1961, Felsberg-Gensungen. Durch notariellen Vertrag vom 16. März 1989 ist Gütertrennung vereinbart.

**3508 Melsungen, 30. 5. 1989** **Amtsgericht**

### 2663

GR 731 — **Neueintragung** — 7. 6. 1989: Elektriker Heinz Georg Reinisch und Christa Reinisch geb. Henkel, Kirchstraße 2, 6295 Merenberg. Durch Ehevertrag vom 25. April 1989 ist Gütertrennung vereinbart.

**6290 Weilburg, 7. 6. 1989** **Amtsgericht**

## Vereinsregister

### 2664

VR 597 — **Neueintragung** — 6. 6. 1989: Freiwillige Feuerwehr Willingshain in Kirchheim-Willingshain.

**6430 Bad Hersfeld, 6. 6. 1989** **Amtsgericht**

### 2665

**Neueintragungen beim Amtsgericht Bensheim**

4 VR 611 — 7. 6. 1989: Tierschutzverein Lorsch, Lorsch.

4 VR 612 — 7. 6. 1989: Vogelschutzgruppe Lautertal-Beedenkirchen, Mitglied im Deutschen Bund für Vogelschutz (DBV) e. V. — Deutscher Naturschutzverband — Landesverband Hessen e. V., Lautertal-Beedenkirchen.

4 VR 613 — 7. 6. 1989: LE PONT — Verein zur Förderung der deutsch-französischen Freundschaft, Heppenheim.

4 VR 614 — 7. 6. 1989: PiPaPo-Kellertheater, Bensheim.

4 VR 615 — 7. 6. 1989: Förderverein für Kunst und Kultur im Kreis Bergstraße, Heppenheim.

4 VR 616 — 7. 6. 1989: Deutsch-Ungarischer Freundeskreis Bensheim-Mohacs, Bensheim.

4 VR 617 — 7. 6. 1989: Pferdesportverein Auerbach, Bensheim-Auerbach.

**6140 Bensheim, 7. 6. 1989** **Amtsgericht**

### 2666

VR 563 — **Neueintragung** — 31. 5. 1989: Verein der Freunde und Förderer der Schule für Lernbehinderte in Gladenbach-Weidenhausen e. V., Gladenbach.

**3560 Biedenkopf, 31. 5. 1989** **Amtsgericht**

### 2667

VR 564 — **Neueintragung** — 31. 5. 1989: Gewerbeverein Steffenberg e. V., Steffenberg.

**3560 Biedenkopf, 31. 5. 1989** **Amtsgericht**

### 2668

VR 354 — **Löschung** — 1. 6. 1989: Forstbetriebsvereinigung Bottenhorn, Bad Endbach: Die Mitgliederversammlung vom 12. April 1989 hat die Auflösung des Vereins beschlossen. Der Verein ist erloschen.

**3560 Biedenkopf, 1. 6. 1989** **Amtsgericht**

### 2669

VR 370 — **Neueintragung** — 29. 5. 1989: Aktion Kirche und Tiere — AKUT, Glau- burg.

**6470 Büdingen, 29. 5. 1989** **Amtsgericht**

### 2670

**Neueintragungen beim Amtsgericht Darmstadt**

VR 2092 — 25. 4. 1989: Literaturinitiative Darmstadt e. V. in Darmstadt.

VR 2094 — 30. 5. 1989: Musikcorps Bickenbach in Bickenbach.

VR 2096 — 31. 5. 1989: Freiwillige Feuerwehr Gundernhausen e. V. in Roßdorf.

VR 2100 — 24. 4. 1989: Kadett-Club Darmstadt e. V. in Darmstadt.

VR 2103 — 24. 4. 1989: Interessengemeinschaft Arheilger Vereine in Darmstadt-Arheilgen.

VR 2105 — 5. 5. 1989: Kraft-Sport-Verein 1926 Nieder-Ramstadt e. V. in Mühlthal.

VR 2107 — 8. 5. 1989: Junge Europäische Föderalisten — Kreisverband Darmstadt — in Darmstadt.

VR 2109 — 11. 5. 1989: Dart-Club Seeheim e. V. in Seeheim-Jugenheim.

#### Auflösungen

VR 1625 — 5. 5. 1989: Kunstinitiative Darmstadt in Darmstadt. Die Mitgliederversammlung vom 7. Juli 1988 hat die Auflösung des Vereins beschlossen.

VR 1783 — 21. 4. 1989: Hundesportverein Modautal 1983 e. V. in Modautal. Die Mitgliederversammlung vom 3. März 1989 hat die Auflösung des Vereins beschlossen.

**6100 Darmstadt, 1. 6. 1989** **Amtsgericht**

### 2671

VR 647 — **Neueintragung** — 31. 5. 1989: Volleyballspielgemeinschaft Dillenburg e. V. in Dillenburg.

**6340 Dillenburg, 31. 5. 1989** **Amtsgericht**

### 2672

**Neueintragungen beim Amtsgericht Frankfurt am Main**

73 VR 9300 — 9. 5. 1989: Interessengemeinschaft Sössenheimer Gewerbetreibender ISG.

73 VR 9301 — 9. 5. 1989: Arbeitslosenzeitung quer.

73 VR 9302 — 10. 5. 1989: Internationale Gesellschaft für Bewußtseinsforschung und ihre Anwendungen International Association for Consciousness Research and its Applications „Cora“.

73 VR 9303 — 10. 5. 1989: BUNDES-DEUTSCHER SENIOREN-NOTRUF.

73 VR 9304 — 17. 5. 1989: Frankfurter BürgerInnen- und Initiativenplenum für alternative Stadtentwicklung.

73 VR 9306 — 19. 5. 1989: Jazz & Maus. 73 VR 9307 — 19. 5. 1989: Syndicat anonym-Avantgarde in Kunst und Forschung.

73 VR 9308 — 19. 5. 1989: Deutsch/Engl. Freundschaftsclub Rhein-Main.

73 VR 9309 — 19. 5. 1989: „ACHT BALL“ Billard Club.

73 VR 9310 — 19. 5. 1989: Internationaler Verein der Freunde und Förderer der Bibliothek der Sowjetischen Akademie der Wissenschaften zu Leningrad.

73 VR 9312 — 24. 5. 1989: Verein der Freunde und Förderer der Mühlbergsschule.

73 VR 9313 — 31. 5. 1989: Verein zur Förderung des praxisbezogenen Unterrichts an der Heinrich-von-Stephan-Schule.

73 VR 9314 — 31. 5. 1989: Freundeskreis Jablonec nad Jizerou (Jablonec an der Iser) CSSR.

#### Veränderung

73 VR 7879 — 16. 5. 1989: Unterstützungskasse der Maschinenfabrik Pilz GmbH & Co. KG. Der Verein ist aufgelöst.

**6000 Frankfurt am Main, 1. 6. 1989** **Amtsgericht, Abt. 73**

### 2673

**Neueintragungen beim Amtsgericht Friedberg (Hessen)**

VR 739 — 6. 6. 1989: Tischtennisclub Steinfurth, Bad Nauheim-Steinfurth.

VR 740 — 6. 6. 1989: Männergesangverein Germania 1864 Rosbach, Rosbach v. d. H.-Nieder-Rosbach.

**6360 Friedberg (Hessen), 6. 6. 1989** **Amtsgericht**

### 2674

VR 741 — **Neueintragung** — 7. 6. 1989: TSV 04 Nieder-Mörlen, Bad Nauheim/Nieder-Mörlen.

**6360 Friedberg (Hessen), 7. 6. 1989** **Amtsgericht**

### 2675

VR 372 — **Neueintragung** — 30. 5. 1989: Kinder- und Jugendwerkstatt Niedenstein e. V., Niedenstein.

**3580 Fritzlar, 30. 5. 1989** **Amtsgericht**

### 2676

5 VR 972 — **Neueintragung** — 31. 5. 1989: Thekenclub Feuchte Kehle, Elters.

**6400 Fulda, 31. 5. 1989** **Amtsgericht**

### 2677

**Neueintragungen beim Amtsgericht Gießen**

VR 1736 — 17. 5. 1989: Freies Theater Gießen Verein zur Förderung der freien Theaterarbeit in Gießen und Umgebung, Gießen.

VR 1738 — 24. 5. 1989: Lehnheimer Gipfelstürmer 1988, Grünberg-Lehnheim.

VR 1740 — 31. 5. 1989: Deutsche Lebensrettungs-Gesellschaft Ortsgruppe Heuchelheim, Heuchelheim.

**Löschung**

VR 2119 — 31. 5. 1989: Verein für Wohltätigkeit und Mission, Giëßen. Der Verein ist aufgelöst.

6300 Giëßen, 1. 6. 1989 **Amtsgericht**

**2678**

VR 454 — Neueintragung — 30. 5. 1989: Christliches Zentrum Lahn/Dill e. V., 6348 Herbörn.

6348 Herbörn, 30. 5. 1989 **Amtsgericht**

**2679**

Neueintragungen beim Amtsgericht Kassel  
VR 1219 — 25. 4. 1989: Kinderinteressenverein, Sitz Kassel.

VR 2120 — 11. 5. 1989: Gesellschaft zur Förderung des deutsch-türkischen Jugendaustausches, Sitz Kassel.

VR 2121 — 11. 5. 1989: Henschel-Chor 1898, Sitz Kassel.

VR 2122 — 11. 5. 1989: VOLKSCHOR WEIMAR 1885 Ahnatal, Sitz Ahnatal.

VR 2123 — 11. 5. 1989: Sport- und Kulturverein Kassel, Sitz Kassel.

VR 2124 — 11. 5. 1989: WIR WOLLEN, Sitz Kassel.

VR 2125 — 22. 5. 1989: KILORA, Sitz Kassel.

VR 2126 — 22. 5. 1989: Kasseler Keyboard Verein, Sitz Kassel.

VR 2127 — 22. 5. 1989: Verkehrsclub der Bundesrepublik Deutschland Kreisverband Kassel-Stadt und Kassel-Land, Sitz Kassel.

VR 2128 — 23. 5. 1989: Ruderverein Jacob-Grimm-Schule Kassel, Sitz Kassel.

VR 2129 — 23. 5. 1989: Taraxacum Club, Sitz Kassel.

**Veränderungen**

VR 1212 — 14. 4. 1989: Geselligkeitsclub 1970, Sitz Kassel. Durch Beschluß der Mitgliederversammlung vom 4. April 1989 ist der Verein aufgelöst.

3500 Kassel, 1. 6. 1989 **Amtsgericht**

**2680**

VR 375 — Neueintragung — 1. 6. 1989: Motorsport-Club Rauschenberg, 3576 Rauschenberg.

3575 Kirchhain, 1. 6. 1989 **Amtsgericht**

**2681**

VR 376 — Neueintragung — 5. 6. 1989: Sportverein BARIS Kirchhain, 3575 Kirchhain.

3575 Kirchhain, 5. 6. 1989 **Amtsgericht**

**2682**

8 VR 770 — Neueintragung — 1. 6. 1989: STUDIENKREIS ARBEITSRECHT IN DER BETRIEBSPRAXIS e. V., Königstein im Taunus.

6240 Königstein im Taunus, 1. 6. 1989 **Amtsgericht**

**2683**

1 VR 305 — Neueintragung — 31. 5. 1989: Usselner Geschichts- und Heimatverein e. V. in Willingen-Usseln.

3540 Korbach, 31. 5. 1989 **Amtsgericht**

**2684**

7 VR 643 — Neueintragung — 5. 6. 1989: Obst- und Gartenbauverein Dauborn von 1895, Sitz: Hünfelden-Dauborn.

6250 Limburg a. d. Lahn, 5. 6. 1989 **Amtsgericht**

**2685**

VR 1447 — Neueintragung — 6. 6. 1989: Burschenschaft Münchhausen 1986, Sitz: Münchhausen.

3550 Marburg, 6. 6. 1989 **Amtsgericht**

**2686**

VR 300 — Neueintragung — 5. 6. 1989: SC — Patwitz, Melsungen, Melsungen.

3508 Melsungen, 5. 6. 1989 **Amtsgericht**

**2687**

VR 1307 — Neueintragung — 1. 6. 1989: Männergesangverein Uengsterode in Großalmerode.

3430 Witzenhausen, 1. 6. 1989 **Amtsgericht**

**2688**

VR 1308 — Neueintragung — 2. 6. 1989: Fördergemeinschaft Handel und Gewerbe in Bad Sooden-Allendorf.

3430 Witzenhausen, 2. 6. 1989 **Amtsgericht**

**Vergleiche — Konkurse****2689**

N 3/76: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Georg Rose, Inhaber Erwin Rose, Landmaschinen, 6326 Romrod-Zell, wird zur Beschlußfassung über die Setzung einer Frist

1. zur Vorlage eines Berichts über die Verwaltung und Verwertung der Masse und zur Rechnungslegung gem. § 132 Abs. 2 KO durch den Konkursverwalter,

2. zur Vorlage der Schlußrechnung gem. § 86 KO, eine Gläubigerversammlung auf Donnerstag, den 6. Juli 1989, 14.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Zimmer 17, berufen.

6320 Alsfeld, 5. 5. 1989 **Amtsgericht**

**2690**

N 3/89: Über das Vermögen der Firma Hersfelder Metallbau GmbH & Co., Metallverarbeitungs-KG mit Sitz in Haunack-Unterhaun, gesetzlich vertreten durch die Komplementärin, die Firma Hersfelder Metallbau GmbH, diese gesetzlich vertreten durch den Geschäftsführer Johannes Schustereit, Wilhelm-Engelhardt-Straße 24, 6430 Bad Hersfeld, wird heute, am 31. Mai 1989, 16.00 Uhr, Konkurs eröffnet wegen Zahlungsunfähigkeit.

Zum Konkursverwalter wird ernannt: Rechtsanwalt Martin Lepper, Brüder-Grimm-Platz 4, 3500 Kassel.

Konkursforderungen sind beim Gericht zweifach und mit den bis zum Tage der Konkursöffnung errechneten Zinsen anzumelden bis 17. Juli 1989.

Vor dem Amtsgericht, Gerichtsgebäude Badestube 5—7, Raum 120, I. Stock, werden folgende Termine abgehalten:

21. Juli 1989, 9.30 Uhr, Termin zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder Wahl eines neuen Verwalters, über die Wahl eines Gläubigerausschusses und gegebenenfalls über die in §§ 132, 134, 137 Konkursordnung bezeichneten Gegenstände.

28. Juli 1989, 9.30 Uhr, Termin zur Prüfung der angemeldeten Forderungen.

Wer eine zur Konkursmasse gehörende Sache besitzt oder zur Konkursmasse etwas schuldet, darf nichts an den Schuldner verabfolgen oder leisten und muß den Besitz der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache abgesonderte Befriedigung verlangt, dem Verwalter bis zum 14. Juli 1989 anzeigen.

Post- und Telegrammsperre wird angeordnet.

Zum Geldinstitut für Hinterlegungen wird bestimmt: Stadtparkasse Kassel in Kassel.

6430 Bad Hersfeld, 31. 5. 1989 **Amtsgericht**

**2691**

N 4/89: Über das Vermögen der Firma Conel-Consumer Electronic GmbH mit Sitz in 6437 Kirchheim, gesetzlich vertreten durch die Geschäftsführer Dr. Hans-Heinrich Geissler, Am Langenbruchbach 28, 4005 Meerbusch, und Kurt Flögel, Kämer Straße 35, 4708 Kamen, wird heute, am 31. Mai 1989, 16.00 Uhr, Konkurs eröffnet wegen Zahlungsunfähigkeit.

Zum Konkursverwalter wird ernannt: Rechtsanwalt Martin Lepper, Brüder-Grimm-Platz 4, 3500 Kassel.

Konkursforderungen sind beim Gericht zweifach und mit den bis zum Tage der Konkursöffnung errechneten Zinsen anzumelden bis 14. Juli 1989.

Vor dem Amtsgericht, Gerichtsgebäude Badestube 5—7, Raum 120, I. Stock, werden folgende Termine abgehalten:

21. Juli 1989, 8.30 Uhr, Termin zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder Wahl eines neuen Verwalters, über die Wahl eines Gläubigerausschusses und gegebenenfalls über die in §§ 132, 134, 137 Konkursordnung bezeichneten Gegenstände.

28. Juli 1989, 8.30 Uhr, Termin zur Prüfung der angemeldeten Forderungen.

Wer eine zur Konkursmasse gehörende Sache besitzt oder zur Konkursmasse etwas schuldet, darf nichts an den Schuldner verabfolgen oder leisten und muß den Besitz der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache abgesonderte Befriedigung verlangt, dem Verwalter bis zum 14. Juli 1989 anzeigen.

Post- und Telegrammsperre wird angeordnet.

Zum Geldinstitut für Hinterlegungen wird bestimmt: Stadtparkasse Kassel in Kassel.

6430 Bad Hersfeld, 31. 5. 1989 **Amtsgericht**

**2692**

6 N 79/83 — Beschluß: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Nobilis Anlagenvermittlung- und Vermögensberatungsgesellschaft mbH, Bad Homburg v. d. Höhe, Rotlaufweg 27, vertreten durch den Geschäftsführer Kaufmann Peter Krol, wird die Vornahme der Schlußverteilung genehmigt und Schlußtermin zur Abnahme der Schlußrechnung des Verwalters und Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis bestimmt auf

Montag, 17. Juli 1989, 10.00 Uhr, Saal 2, I. Stock, im Gerichtsgebäude, Auf der Steinkaut 10—12, Bad Homburg v. d. Höhe.

Für den Konkursverwalter werden festgesetzt: 195 372,40 DM Vergütung, 17 850,— DM bare Auslagen, 16 175,07 DM Umsatzsteuer.

6380 Bad Homburg v. d. Höhe, 24. 5. 1989 **Amtsgericht**

**2693**

N 13/82: Die Konkursverfahren über das Vermögen der Firma UNA Metall- und Kunststoffbeteiligungsgesellschaft mit beschränkter Haftung, Heidenrod-Kemel, und über das Vermögen der Firma UNA Metall- und Kunststoff GmbH & Co. KG, Bad Schwalbach, sind gemäß § 204 KO eingestellt.

Festgesetzt sind die Vergütungen:

a) des Konkursverwalters Rechtsanwalt Maschmann auf 200,— DM und 78 000,— DM nebst 7% Mehrwertsteuerausgleich,



b) der Gläubigerausschußmitglieder  
Siegfried Bieberstein: 1 850,— DM und  
50,— DM Auslagen,  
Harald Lothar Rose: 750,— DM und  
138,80 DM Auslagen,  
Manfred Müller: 750,— DM und 37,80 DM  
Auslagen.

6208 Bad Schwalbach, 2. 6. 1989 Amtsgericht

## 2694

1 N 9/89: Konkursöffnungsverfahren  
betr. das Vermögen des **Karl-Heinz Mal-  
schok**, Eichenweg 9, 6368 Bad Vilbel. Durch  
Beschluß vom 5. Juni 1989, 15.00 Uhr, ist  
gemäß § 106 KO über das Vermögen der  
Schuldnerin ein allgemeines Veräußerungs-  
verbot zur Sicherung der Masse verhängt  
worden.

6368 Bad Vilbel, 5. 6. 1989 Amtsgericht

## 2695

4 N 18/89: Über das Vermögen der Firma  
**Riedlinger u. Co. Kommanditgesellschaft**,  
vertreten durch den persönlich haftenden  
Gesellschafter Dr. Wilhelm Geisler, Wil-  
helmstraße 181—191, 6140 Bensheim-Auer-  
bach, ist am 31. Mai 1989, 12.00 Uhr, Kon-  
kurs eröffnet.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Klaus-  
Peter Woitas, Darmstädter Straße 67, 6140  
Bensheim.

Konkursforderungen sind bis zum 10. Sep-  
tember 1989 in doppelter Ausfertigung bei  
dem Amtsgericht Bensheim anzumelden.

Termin zur Beschlußfassung über die Bei-  
behaltung des ernannten Konkursverwalters,  
die Wahl eines Gläubigerausschusses und  
gegebenenfalls über die in §§ 132, 134, 137  
Konkursordnung bezeichneten Gegenstände:

Mittwoch, den 12. Juli 1989, 14.00 Uhr,  
und zur Prüfung der angemeldeten Forde-  
rungen und gegebenenfalls Entscheidung  
nach § 204 KO:

Montag, den 2. Oktober 1989, 14.00 Uhr,  
im Amtsgerichtsgebäude, Wilhelmstraße 26  
in 6140 Bensheim, Saal 203.

Wer eine zur Konkursmasse gehörende Sa-  
che besitzt oder zur Konkursmasse etwas  
schuldet, darf an die Schuldnerin nichts aus-  
händigen oder leisten; er muß den Besitz der  
Sachen und der Forderungen, für die er ab-  
gesonderte Befriedigung verlangt, dem Kon-  
kursverwalter bis zum 1. August 1989 anzei-  
gen.

Zur Sicherung der Masse wird angeordnet:  
Der Schuldnerin wird allgemein verboten,  
Gegenstände ihres Vermögens zu veräußern  
oder über sie sonst zu verfügen (allgemeines  
Veräußerungsverbot). Unter dieses Verbot  
fällt auch die Einziehung von Außenständen.

6140 Bensheim, 31. 5. 1989 Amtsgericht

## 2696

61 N 154/89 — **Beschluß**: Konkursverfah-  
ren über das Vermögen der Firma **Schrod**,  
**Notstromanlagen-Vertriebs-GmbH**, Geor-  
genhäuser Straße 6, 6101 Messel, vertreten  
durch den Geschäftsführer Helmut Ludwig  
Schrod — Schuldnerin —.

Der Antrag des Gläubigers auf Eröffnung  
des Konkursverfahrens über das Vermögen  
der Schuldnerin wird mangels Masse kosten-  
pflichtig abgewiesen. Das am 13. März 1989  
verfügte allgemeine Veräußerungsverbot  
wird mit Wirkung der Rechtskraft vorste-  
henden Beschlusses **aufgehoben**. Das Amt  
des Sequesters ist beendet.

6100 Darmstadt, 5. 6. 1989  
Amtsgericht, Abt. 61

## 2697

61 N 139/88: In dem Konkursverfahren  
über den Nachlaß des am 2. 9. 1987 verstor-  
benen Heinrich Georg Wilhelm Mosbach, zu-  
letzt wohnhaft in Darmstadt, wird Schluß-  
termin zur Abnahme der Schlußrechnung  
des Verwalters sowie zur Erhebung von Ein-  
wendungen gegen das Schlußverzeichnis be-  
stimmt auf

Dienstag, 18. Juli 1989, 8.30 Uhr, Raum  
208, II. Stock, im Gerichtsgebäude, Julius-  
Reiber-Straße 15.

Für den Konkursverwalter werden festge-  
setzt: 29 375,08 DM Vergütung, 155,61 DM  
bare Auslagen (einschließlich MwSt.).

6100 Darmstadt, 6. 6. 1989  
Amtsgericht, Abt. 61

## 2698

34 N 35/82, 34 N 36/82: In dem Konkurs-  
verfahren über das Vermögen a) der Firma  
**GENT Georg Meisenbach GmbH**, Fabrik  
moderner Schreibgeräte & Co. KG, b) Firma  
**Georg Meisenbach GmbH**, beide 6101 Fisch-  
bachtal, wird das Verfahren zu a) nach Ab-  
haltung des Schlußtermins **aufgehoben**; zu-  
gunsten der Gläubigerausschußmitglieder  
wurden insgesamt 13 324,95 DM an Vergü-  
tung und Auslagen festgesetzt. Zu b) wird  
das Verfahren gem. § 204 KO mangels Masse  
**eingestellt**.

6110 Dieburg, 5. 6. 1989 Amtsgericht

## 2699

81 N 705/87 — **Beschluß**: Das Konkursver-  
fahren über das Vermögen der **Grafitbeton**  
— **Bauteile GmbH**, Kaiserstraße 42, 6000  
**Frankfurt am Main**, gesetzlich vertreten von  
den Geschäftsführern Udo Schecker und Dr.  
Jörg Riedener, wird mangels einer den Kos-  
ten des Verfahrens entsprechenden Masse  
gem. § 204 KO **eingestellt**.

Für die Verwalter ist eine Vergütung von  
2000,— DM festgesetzt worden.

6000 Frankfurt am Main, 19. 5./1. 6. 1989  
Amtsgericht, Abt. 81

## 2700

81 N 416/88 — **Beschluß**: Das Konkursver-  
fahren über den Nachlaß der am 31. 1. 1988  
verstorbenen **Ingeborg Mark geb. Menk**, zu-  
letzt in **Frankfurt am Main**, **Am Poloplatz 8**,  
wird nach Abhaltung des Schlußtermins **auf-  
gehoben**.

6000 Frankfurt am Main, 26. 5. 1989  
Amtsgericht, Abt. 81

## 2701

81 N 338/89: Über den Nachlaß des am 26.  
Juni 1988 verstorbenen **Adolf Ludwig**  
**Schleicher**, zuletzt wohnhaft: **Wiener Straße**  
**61**, 6000 **Frankfurt am Main**, wird heute, am  
31. Mai 1989, 12.00 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Rechtsanwältin Karin  
Hahn, Oberschelder Weg 2—4, 6000 Frank-  
furt am Main, Tel. 58 10 68.

Konkursforderungen sind bis zum 3. Juli  
1989, zweifach schriftlich, Zinsen mit dem  
bis zur Eröffnung errechneten Betrag bei  
Gericht anzumelden.

Erste Gläubigerversammlung mit Tages-  
ordnung nach §§ 80, 87 II, 132, 134, 137 KO,  
am 5. Juli 1989, 9.30 Uhr,

Prüfungstermin am 9. August 1989, 9.00  
Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt am  
Main, Zeil 42, Gebäude D, I. Stock, Zimmer  
Nr. 105.

Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis 3.  
Juli 1989 ist angeordnet.

6000 Frankfurt am Main, 31. 5. 1989  
Amtsgericht, Abt. 81

## 2702

6 N 79/83: In dem Konkursverfahren über  
das Vermögen der **NOBILIS Anlagen-, Ver-  
mittlungs- und Vermögensberatungsgesell-  
schaft mbH**, 6380 **Bad Homburg v. d. Höhe**,  
soll die Schlußverteilung stattfinden. Ver-  
fügbar sind 897 851,26 DM. Hiervon gehen  
ab die noch nicht abgerechneten Kosten für  
die Verwaltung und Verwertung der Masse.  
Zu berücksichtigen sind 25 490 805,81 DM  
nichtbevorrechtigte Forderungen.

Das Schlußverzeichnis liegt zur Einsicht-  
nahme bei dem Amtsgericht Bad Homburg  
aus.

6000 Frankfurt am Main, 24. 5. 1989  
Der Konkursverwalter  
Dr. Walter  
Rechtsanwalt

## 2703

81 N 846/88: In dem Konkursverfahren  
über den Nachlaß des **Heinz Gebecke** soll die  
Schlußverteilung mit Genehmigung des zu-  
ständigen Amtsgerichts Frankfurt am Main  
stattfinden. Verfügbar sind 2 352,93 DM.  
Hiervon gehen noch ab das Honorar des  
Konkursverwalters und die Gerichtskosten.  
Auf Grund der vorhandenen Masse wird  
wahrscheinlich eine Quotelung nach § 60 KO  
vorzunehmen sein. Angemeldet sind insge-  
samt nichtbevorrechtigte Forderungen in  
Höhe von 4 338,05 DM.

Das Schlußverzeichnis liegt zur Einsicht  
der Beteiligten beim Amtsgericht Frankfurt  
am Main unter dem Az. 81 N 846/88 aus.  
Schlußtermin wurde für den 21. Juli 1989,  
9.10 Uhr, bestimmt.

6000 Frankfurt am Main, 7. 6. 1989  
Der Konkursverwalter  
O. Hermann  
Rechtsanwalt und Steuerberater

## 2704

N 23/89: Über das Vermögen der **Zahnfa-  
brik Bad Nauheim GmbH & Co.**, vormals  
**Zahnfabrik Hoddes**, vertreten durch die  
Zahnfabrik Bad Nauheim Gesellschaft mit  
beschränkter Haftung in Bad Nauheim,  
Frankfurter Straße 70, 6350 Bad Nauheim,  
ist am Freitag, dem 2. Juni 1989, 18.00 Uhr,  
Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Bernd  
Reuss, Mainzer-Tor-Anlage 33, 6360 Fried-  
berg (Hessen).

Konkursforderungen sind bis zum 15. Juli  
1989 dem Gericht in zwei Stücken anzumel-  
den. Vertreter von Gläubigern haben Voll-  
macht mit einzureichen oder diese im Ter-  
min vorzulegen.

Termin zur Beschlußfassung über die Bei-  
behaltung des ernannten oder Wahl eines  
anderen Verwalters, eines Gläubigerauss-  
schusses und eintretendenfalls über die in  
§§ 132, 134 und 137 KO bezeichneten Ge-  
genstände ist am

Donnerstag, 20. Juli 1989, 14.45 Uhr, und  
Termin zur Prüfung der angemeldeten For-  
derungen am

Donnerstag, 3. August 1989, 14.00 Uhr,  
Amtsgericht Friedberg (Hessen), Homburger  
Straße 18, Erdgeschoß, Zimmer Nr. 28.

Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sa-  
che besitzt oder zur Konkursmasse etwas  
schuldet, darf nichts an den Schuldner ver-  
abfolgen oder leisten und muß den Besitz  
der Sache und die Forderungen, für die er  
aus der Masse gesonderte Befriedigung ver-  
langt, bis zum 15. Juli 1989 anzeigen.

6360 Friedberg (Hessen), 5. 6. 1989  
Amtsgericht

## 2705

7 N 26/85 — **Beschluß**: In dem Konkurs-  
verfahren über das Vermögen der öster-

reichischen Staatsangehörigen **Kauffrau Margit Michel geb. Kolb**, geboren am 7. 1. 1943 in Graz/Österreich, Schulstraße 14 b, 3584 Zwesten, wird zur Abnahme der Schlußrechnung, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis und zur Beschlußfassung der Gläubiger über die nicht verwertbaren Vermögensstücke der Schlußtermin auf

Freitag, 11. August 1989, 8.00 Uhr, Raum 27, I. Stock, im Gerichtsgebäude, bestimmt.

Die Vergütung des Konkursverwalters Rechtsanwalt Wolfram Mittelstädt, Gudensberg, ist auf 17 872,32 DM, seine Auslagen sind auf 2 500,- DM festgesetzt.

**3580 Fritzlar**, 31. 5. 1989 **Amtsgericht**

## 2706

7 N 12/89: Über den Nachlaß der am 15. 8. 1988 verstorbenen, zuletzt wohnhaft gewesen in Neuental-Neuenhain, Olmesweg 5, **Marianne Scholz geb. Stöcklein**, geb. 6. 3. 1946 in Kaufungen, ist am 6. Juni 1989, 9.30 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet worden.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Wolfram R. Mittelstädt in Gudensberg.

Anmeldefrist bis zum 31. Juli 1989, offener Arrest mit Anzeigepflicht bis zum 21. Juli 1989.

Gläubigerversammlungen im Amtsgericht Fritzlar, Raum 27:

1) am 18. August 1989, 8.15 Uhr, zur Beschlußfassung über die Wahl des Konkursverwalters, die Bestellung eines Gläubigerausschusses sowie gem. §§ 132, 134 und 137 KO.

2) am 18. August 1989, 8.30 Uhr, zur Prüfung der angemeldeten Forderungen.

**3580 Fritzlar**, 6. 6. 1989 **Amtsgericht**

## 2707

VN 1/89: Das Vergleichsverfahren über das Vermögen der **Firma Metallbau Höfler GmbH, Industriegebiet, 6463 Freigericht-Altenmittlau**, ist aufgehoben, worden. Die Schuldnerin hat sich der Überwachung durch den bisherigen Vergleichsverwalter als Sachwalter unterworfen.

**6460 Gelnhausen**, 24. 5. 1989 **Amtsgericht**

## 2708

42 N 36/89 — **Beschluß**: Über das Vermögen der **Firma Erich Thomaschewski GmbH u. Co., Heinrich-Neeb-Straße 15, 6302 Lich 1**, vertreten durch die Thomaschewski GmbH, Lich, diese vertreten durch ihre Geschäftsführerin Frau Jutta Thomaschewski, Heinrich-Neeb-Straße 15, 6302 Lich 1, Verfahrensbevollmächtigte: Rechtsanwälte Peter Leonhardt, Wolfgang Schröder und Rolf Rattunde, Kurfürstendamm 212, 1000 Berlin 15, ist am 31. Mai 1989, 16.15 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Bernd Völpel, Marktlaubenstraße 9, 6300 Gießen (Telefon 06 41/3 50 11).

Konkursforderungen sind bis zum 13. Juli 1989 dem Gericht in zwei Stücken anzumelden. Vertreter von Gläubigern haben Vollmacht mit einzureichen oder diese im Termin vorzulegen.

Termin zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters, eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in §§ 132, 134 und 137 KO bezeichneten Gegenstände und Termin zur Prüfung der angemeldeten Forderungen ist auf

Freitag, den 21. Juli 1989, 14.00 Uhr, Raum 208, Amtsgericht Gießen, Gutfleischstraße 1, 6300 Gießen, bestimmt.

Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache besitzt oder zur Konkursmasse etwas

schuldet, darf nichts an den Schuldner verabfolgen oder leisten und muß den Besitz der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache abgesonderte Befriedigung verlangt, dem Konkursverwalter bis zum 13. Juli 1989 anzeigen.

Weiterer Tagesordnungspunkt im Termin am 21. Juli 1989: Erörterung der Frage der Einstellung des Verfahrens mangels Masse (§ 204 KO) ohne Einberufung einer weiteren Gläubigerversammlung.

**6300 Gießen**, 2. 6. 1989 **Amtsgericht**

## 2709

24 N 33/88: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der **Firma Sudflieg Südfranzösische Landerschließungs GmbH & Co. Verwaltungen Kommanditgesellschaft**, vertreten durch die Sudflieg Südfranzösische Landerschließungs GmbH, diese vertreten durch den Geschäftsführer Georg Winkler, Dreieichstraße 5 A, 6082 Mörfelden-Walldorf, ist Termin zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen auf

Freitag, 7. Juli 1989, 9.30 Uhr, im Amtsgericht Groß-Gerau, Europaring 11—13, Raum 178, I. Stock, anberaumt.

**6080 Groß-Gerau**, 2. 6. 1989 **Amtsgericht**

## 2710

24 N 20/89: Über das Vermögen des **Kaufmanns Helmut Hans Schwarz, Hochstraße 17, 6082 Mörfelden-Walldorf**, ist am 6. Juni 1989, 19.00 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Diplomb Kaufmann und Rechtsanwalt Klaus-Peter Weitas, Darmstädter Straße 67, 6140 Bensheim.

Konkursforderungen sind bis 15. August 1989 beim Gericht in zwei Stücken anzumelden.

Termin zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder Wahl eines neuen Verwalters, Wahl eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in den §§ 132, 134, 137 und 204 KO bezeichneten Gegenstände:

17. Juli 1989, 14.30 Uhr, und zur Prüfung angemeldeter Forderungen:

21. August 1989, 14.30 Uhr, im Amtsgericht Groß-Gerau, Europaring 11—13, Raum 151 (I. Stock).

Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache besitzt oder zur Konkursmasse etwas schuldet, darf nichts an den Schuldner ausändigen oder leisten und muß den Besitz der Sachen und die Forderungen, für die er aus der Sache abgesonderte Befriedigung verlangt, dem Verwalter bis zum 7. Juli 1989 anzeigen.

**6080 Groß-Gerau**, 8. 6. 1989 **Amtsgericht**

## 2711

7 N 26/85: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der **Kauffrau Margit Michel, Zwesten**, findet mit Genehmigung des Gerichts die Schlußverteilung statt. Das Schlußverzeichnis ist auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts (Konkursgericht) in Fritzlar (Aktenzeichen 7 N 26/85) niedergelegt worden. Die Summe der zu berücksichtigenden Forderungen beträgt 336 867,29 DM. Es ist ein Massebestand in Höhe von 18 575,53 DM verfügbar.

**3505 Gudensberg**, 24. 4. 1989

**Der Konkursverwalter**

Mittelstädt, Rechtsanwalt

## 2712

2 N 5/89: Das Konkursverfahren über das Vermögen des **Kaufmanns Richard Middeltstädt, Hausmeister- und Wohnungsservice,**

**Langenhainer Straße 12, 6093 Flörsheim am Main**, ist gemäß § 204 KO eingestellt.

**6203 Hochheim am Main**, 31. 5. 1989

**Amtsgericht**

## 2713

2 N 4/89: Konkursöffnungsverfahren über das Vermögen der **R.K.F. Möbelvertriebs-GmbH**: Am 1. Juni 1989 ist der Schuldnerin allgemein verboten worden, über Gegenstände ihres Vermögen zu verfügen oder Forderungen einzuziehen.

**6418 Hünfeld**, 1. 6. 1989

**Amtsgericht**

## 2714

65 N 13/89: In dem Konkursverfahren über den Nachlaß des am 17. April 1988 in Kassel verstorbenen **Wilhelm August Heinrich Wimmel**, geboren am 3. Mai 1928, zuletzt wohnhaft gewesen in Kassel, **Wilhelmshöher Allee 329 A**, ist Termin zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen bestimmt auf

Freitag, 23. Juni 1989, 9.00 Uhr, im Gebäude der Außenstelle des Amtsgerichts Kassel, **Friedrich-Ebert-Straße 2, Seitenflügel im Erdgeschoß (Hofseite)**, Sitzungssaal.

**3500 Kassel**, 29. 5. 1989 **Amtsgericht, Abt. 65**

## 2715

9 N 31/88: Das Konkursverfahren über den Nachlaß des am 4. 12. 1987 verstorbenen **Herrn Günther Wittmann**, zuletzt wohnhaft **Berliner Ring 25, 6233 Kelkheim/Taunus**, wird nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben.

**6240 Königstein im Taunus**, 18. 5. 1989

**Amtsgericht, Abt. 9**

## 2716

9 N 53/84: Das Konkursverfahren über das Vermögen der **Firma elogica Gesellschaft für Elektronik in der Datenverarbeitung mbH**, Geschäftsführer H. Kupitz und K. Rollwa, im Hirtengarten 9, 6239 Eppstein 2, wird nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben.

**6240 Königstein im Taunus**, 23. 5. 1989

**Amtsgericht, Abt. 9**

## 2717

9 N 37/88: Das Konkursverfahren über den Nachlaß des am 12. 11. 1987 verstorbenen **Herrn Peter Niehaus**, zuletzt wohnhaft **Burgstraße 55, 6239 Eppstein/Taunus**, wird nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben.

**6240 Königstein im Taunus**, 18. 5. 1989

**Amtsgericht, Abt. 9**

## 2718

N 24/89 — **Beschluß**: Über das Vermögen des **Heinrich Georg Schlosser, Ketteler Straße 10, 6806 Viernheim**, Inhaber der **Firma Farben Schlosser**, wird heute, 31. Mai 1989, 15.00 Uhr, Konkurs eröffnet. Grund: Zahlungsunfähigkeit.

Zum Konkursverwalter wird ernannt: Rechtsanwalt Dr. Rudolf Westa, Q 4, 8, 6800 Mannheim 1.

Konkursforderungen sind beim Gericht zweifach und mit den bis zum Tage der Konkursöffnung errechneten Zinsen anzumelden bis: 30. Juli 1989.

Vor dem Amtsgericht Lampertheim, Raum 10, I. Stock, im Gerichtsgebäude, werden folgende Termine abgehalten:

14. Juli 1989, 14.00 Uhr, Termin zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder Wahl eines neuen Verwalters,

über die Wahl eines Gläubigerausschusses und gegebenenfalls über die in §§ 132, 134, 137 Konkursordnung bezeichneten Gegenstände und Anhörung der Gläubigerversammlung nach § 204 KO.

18. August 1989, 14.00 Uhr, Termin zur Prüfung der angemeldeten Forderungen.

Wer eine zur Konkursmasse gehörende Sache besitzt oder zur Konkursmasse etwas schuldet, darf nichts an den Schuldner verabsorgen oder leisten und muß den Besitz der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache abgesonderte Befriedigung verlangt, dem Verwalter bis zum 20. Juni 1989 anzeigen.

Post- und Telegrammsperre wird angeordnet.

Zum Geldinstitut für Hinterlegungen wird bestimmt: Stadtparkasse Mannheim, Kto-Nr. 130393.

6840 Lampertheim, 31. 5. 1989 **Amtsgericht**

### 2719

7 N 20/85: Das Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Faga Wohnbau Bau- und Grundstücks GmbH & Co. KG, vertreten durch die Komplementärin Firma Bau- und Grundstücksgesellschaft mbH, diese vertreten durch die Geschäftsführerin Marianne Gärtner, Robert-Bosch-Straße 26, 6070 Langen, wird nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben.

Für die Mitglieder des Gläubigerausschusses werden festgesetzt:

Auslagen: 172,37 DM,  
Vergütung: 1 424,70 DM.

6070 Langen, 12. 5. 1989 **Amtsgericht**

### 2720

7 N 75/89: Über das Vermögen der Firma „MAKOMAT“ Automaten- und Maschinenbau GmbH, gesetzlich vertreten durch die Geschäftsführer Stefan Dobrita, Appenzell, und Ottmar Söhner, Neuberg, Frankfurter Straße 74 a, 6050 Offenbach am Main, wird heute, am 1. Juni 1989, 15.00 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Kurt Lautenbach, Arndtstraße 15, 6000 Frankfurt am Main.

Konkursforderungen sind bis 31. Juli 1989 bei Gericht in doppelter Ausfertigung und mit den bis zum Tage der Konkurseröffnung ausgerechneten Zinsen anzumelden.

Termin zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und gegebenenfalls über die in §§ 132, 134, 137 KO bezeichneten Gegenstände:

Donnerstag, 29. Juni 1989, 9.00 Uhr; Termin zur Prüfung der angemeldeten Forderungen:

Dienstag, 31. August 1989, 9.00 Uhr, jeweils vor dem Amtsgericht Geb. D, Luisenstraße 16, Saal 824.

Offener Arrest und Anzeigepflicht bis 26. Juni 1989.

6050 Offenbach am Main, 5. 6. 1989 **Amtsgericht**

### 2721

4 N 17/89: In dem Konkurseröffnungsverfahren der AOK Groß-Gerau — Gläubigerin —, gegen die Firma G & S Sovanyka GmbH, Internationale Spedition, 6092 Kelsterbach, Im Taubengrund 12, gesetzlich vertreten durch ihren Geschäftsführer Gero Harry Thomas — Schuldnerin —, ist der Schuldnerin am 1. Juni 1989, um 9.30 Uhr, verboten worden, über Gegenstände ihres Vermögens zu verfügen. Sie darf auch keine Forderungen einziehen.

Sequestration ist angeordnet. Zum Sequester ist bestellt: Rechtsanwalt und vereidigter Buchprüfer Wolfgang Tack, Große Langgasse 1 A, 6500 Mainz, Tel. 0 61 31/23 21 92.

6090 Rüsselsheim, 1. 6. 1989 **Amtsgericht**

### 2722

4 N 22/89: In dem Konkurseröffnungsverfahren betreffend das Vermögen der Firma Greiso Internationale Speditionsgesellschaft mbH, Im Taubengrund 12, 6092 Kelsterbach, gesetzlich vertreten durch die Gesellschafter Peter Sovanyka und Theodor Greiner, ist der Schuldnerin am 7. Juni 1989, um 12.50 Uhr, verboten worden, über Gegenstände ihres Vermögens zu verfügen. Sie darf auch keine Forderungen einziehen. Sequestration ist angeordnet.

Zum Sequester ist bestellt: Rechtsanwalt und vereidigter Buchprüfer W. Tack, Große Langgasse 1 a, 6500 Mainz, Tel. 0 61 31/23 21 92.

6090 Rüsselsheim, 7. 6. 1989 **Amtsgericht**

### 2723

4 N 15/89 — Beschluß: Der Antragsteller Hans-Peter Nöll hat den Antrag auf Eröffnung des Konkursverfahrens über das Vermögen der Southwestern Indian Art, Kunstgewerbe Handelsgesellschaft mbH, Usingen, zurückgenommen, so daß die mit Beschluß vom 24. Mai 1989 angeordnete Sequestration, die Postsperre und das Veräußerungsverbot aufgehoben werden.

6390 Usingen, 8. 6. 1989 **Amtsgericht**

### 2724

4 N 7/88: Das Konkursverfahren über das Vermögen der Verwaltungsangestellten Tatjana Habel, Weilstraße 48, 6292 Weilmünster, wird aufgehoben.

6290 Weilburg, 30. 5. 1989 **Amtsgericht**

### 2725

62 N 114/89: Über den Nachlaß des am 10. 11. 1930 geborenen und am 15. 9. 1988 in Wiesbaden gestorbenen Georg Steinborn, zuletzt wohnhaft Webergasse 48, 6200 Wiesbaden, wird heute, am 19. Mai 1989, um 12.00 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Dieter Rosenkranz, Bahnhofstraße 37, 6200 Wiesbaden.

Anmeldungen (doppelt) bis zum 5. Juli 1989. Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis 20. Juni 1989.

Erste Gläubigerversammlung und Prüfungstermin am 17. Juli 1989, 10.00 Uhr, Zimmer 412 (Nebengebäude Moritzstraße 5).

6200 Wiesbaden, 19. 5. 1989 **Amtsgericht**

### 2726

62 N 72/89: Konkursantragsverfahren betreffend das Vermögen der Meos Industrie-Werke GmbH, gesetzlich vertreten durch die Geschäftsführerin Ursula Lotz bzw. Karin Gülle, Albrecht-Dürer-Straße 22 a, 6200 Wiesbaden.

Der Schuldnerin ist am 24. Mai 1989 verboten worden, über Gegenstände ihres Vermögens zu verfügen. Sie darf auch keine Forderungen einziehen.

6200 Wiesbaden, 24. 5. 1989 **Amtsgericht**

## Zwangsversteigerungen

**Sammelbekanntmachung:** Ist ein Recht im Grundbuch nicht oder erst nach dem Versteigerungsvermerk eingetragen, muß der Berechtigte es anmelden, bevor das Gericht im Versteigerungstermin zum Bieten auffordert und auch glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Sonst wird das Recht im geringsten Gebot nicht berücksichtigt und erst nach dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten befriedigt.

Die Gläubiger werden aufgefordert, alsbald, spätestens zwei Wochen vor dem Termin, eine Berechnung der Ansprüche — getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten — einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann dies auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle erklären.

Wer berechtigt ist, die Versteigerung des Grundstücks oder seines Zubehörs (§ 55 ZVG) zu verhindern, kann das Verfahren aufheben oder einstweilen einstellen lassen, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Versäumt er dies, tritt für ihn der Versteigerungserlös an Stelle des Grundstücks oder seines Zubehörs.

### 2727

K 33/88: Das im Grundbuch von Alsfeld, Bezirk Alsfeld, Band 161, Blatt 6739, eingetragene Grundstück,

Gemarkung Alsfeld, Flur 2, Flurstück 178/35, Gebäude- und Freifläche, Goethestraße 15, Größe 15,61 Ar,

soll am Freitag, dem 4. August 1989, 14.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Alsfeld, Amthof 12, Raum 17, I. Stock, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 9. 8. 1988 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Anne-Rose Steeg geborene Reichert, Goethestraße 15, Alsfeld.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs: 5 ZVG festgesetzt auf 625 000,— DM zuzüglich 25 500,— DM für das Zubehör; insgesamt auf 650 500,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

6320 Alsfeld, 5. 6. 1989 **Amtsgericht**

### 2728

K 18/87: Das im Grundbuch von Herfa, Band 19, Blatt 496, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Herfa, Flur 4, Flurstück 48/3, Hof- und Gebäudefläche, Hönebächer Straße 47, Größe 7,62 Ar,

soll am Mittwoch, dem 16. August 1989, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Dudenstraße 10, Saal 12, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 3. 6. 1987 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Günter Schüttrumpf,  
b) Renate Schüttrumpf, — je zur Hälfte —.  
Wert nach § 74 a ZVG: 230 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

6430 Bad Hersfeld, 20. 4. 1989 **Amtsgericht**

### 2729

K 12/89: Das im Grundbuch von Oberbreitzbach, Band 13, Blatt 331, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Oberbreitzbach, Flur 2, Flurstück 102, Hof- und Gebäudefläche, Am Bügel 59, Größe 6,03 Ar,

soll am Mittwoch, dem 2. August 1989, 11.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Dudenstraße 10, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 20. 3. 1989 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Dr. Hans Pecht und Christa Pecht geborene Schelm.

Wert nach § 74 a ZVG: 120 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6430 Bad Hersfeld, 6. 6. 1989 **Amtsgericht**

### 2730

K 44/87: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Seitzenhahn, Band 22, Blatt 615,

Flur 1, Nr. 138/1, Gebäude- und Freifläche, Schanzenweg 29, Größe 6,81 Ar,

soll am Freitag, dem 25. August 1989, 10.00 Uhr, Raum Nr. 10, Erdgeschoß, im Gerichtsgebäude Bad Schwalbach, Am Kurpark 12, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 11. 6. 1987 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Botho Rainer Doddenhof, Taunusstein, Barbara Karin Doddenhof geb. Pieper, Hofheim 3, — je zur Hälfte —.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt:

je Miteigentumsanteil auf 193 075,— DM, für das gesamte Grundstück auf 386 150,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6208 Bad Schwalbach, 31. 5. 1989

**Amtsgericht**

### 2731

8 K 2/89: Das im Grundbuch von Bad Vilbel, Bezirk Bad Vilbel, Band 115, Blatt 5306, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Bad Vilbel, Flur 14, Flurstück 172, Gebäude- und Freifläche, Iglauer Weg 6, Größe 6,16 Ar,

soll am Dienstag, dem 12. September 1989, 8.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Bad Vilbel, Friedrich-Ebert-Straße 28, Sitzungssaal 3, 2. Ebene, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 23. 1. 1989 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Werner Weiß,  
b) Gabriele Barbara Weiß geb. Simon, beide Iglauer Weg 6, Bad Vilbel, — je zur Hälfte —.

Beschlagnahmedatum: 9. Januar 1989.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

480 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6368 Bad Vilbel, 6. 6. 1989

**Amtsgericht**

### 2732

3 K 26/87: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Düdelsheim, Band 51, Blatt 2443,

Flur 2, Nr. 814, Hof- und Gebäudefläche, Waldstraße 32, Größe 6,57 Ar,

soll am Montag, dem 18. September 1989, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Büdingen, Schloßgasse 22, Zimmer Nr. 8 (Sitzungssaal), durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 29. 6. 1987 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Julius Günther Pfeiffer, Düdelsheim, Waldstraße 32, 6470 Büdingen.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt für

Flur 2, Nr. 814 auf 450 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6470 Büdingen, 17. 5. 1989 **Amtsgericht**

### 2733

84 K 315/88: Das im Grundbuch-Bezirk Eschborn des Amtsgerichts Frankfurt am Main, Abteilung Höchst, Band 131, Blatt 3861, eingetragene Wohnungseigentum,

lfd. Nr. 1, bestehend aus 457/100 000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück Gemarkung Eschborn, Flur 5, Flurstück 388/1, Hof- und Gebäudefläche, Bremer Straße 17—33, Größe 119,50 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung Nr. 117 des Aufteilungsplans und beschränkt durch das Sondereigentum der anderen Miteigentumsanteile (Blatt 3701 bis 4145) sowie teilweise in der Veräußerung, und das im Grundbuch-Bezirk Eschborn des Amtsgerichts Frankfurt am Main, Abteilung Höchst, Band 138, Blatt 4084, eingetragene Teileigentum,

lfd. Nr. 1: 37,5/100 000 Miteigentumsanteil, verbunden mit dem Sondereigentum an der Garage Nr. G 161 laut Aufteilungsplan, an dem Grundstück Gemarkung Eschborn, Flur 5, Flurstück 388/1, Hof- und Gebäudefläche, Bremer Straße 17—33, Größe 119,50 Ar,

beschränkt durch das Sondereigentum der anderen Miteigentumsanteile (Blatt 3701—4145) und teilweise in der Veräußerung,

soll am Dienstag, dem 21. November 1989, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude B, Gerichtsstraße 2, 6000 Frankfurt am Main, Zimmer 137, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 2. 12. 1988 (Versteigerungsvermerk):

Herbert Wellner, Duisburg.

Der Wert des Wohnungs- und Teileigentums ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt für

das Wohnungseigentum auf 172 100,— DM,  
das Teileigentum auf 10 000,— DM,  
insgesamt: 182 100,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6000 Frankfurt am Main, 19. 5. 1989

**Amtsgericht, Abt. 84**

### 2734

84 K 54/89: Das im Grundbuch-Bezirk Wallau des Amtsgerichts Frankfurt am Main, Abt. Höchst, Band 46, Blatt 1689, eingetragene Wohnungseigentum,

lfd. Nr. 1: 152,73/10 000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück Gemarkung Wallau, Flur 35, Flurstück 120/1, Hof- und Gebäudefläche, Am Hühnerberg 25, Größe 61,40 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung im 8. Obergeschoß, Ostseite, Nr. 59 laut Aufteilungsplan sowie einem Kellerraum und dem Sondereigentum an einem Autoabstellplatz und beschränkt durch das Sondereigentum der anderen Miteigentumsanteile (Blatt 1631—1688, 1690—1696) und in der Veräußerung,

soll am Freitag, dem 15. September 1989, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude B, Gerichtsstraße 2, 6000 Frankfurt am Main, Zimmer 137, 1. Stock, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 12. 4. 1989 (Versteigerungsvermerk):

Herr Heinrich Hellemann.

Eigentümer seit dem Zuschlagsbeschluss vom 21. 10. 1988:

Herr Oliver Schmied, Am Hühnerberg 25, 6238 Hofheim-Wallau.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6000 Frankfurt am Main, 23. 5. 1989

**Amtsgericht, Abt. 84**

### 2735

K 49/88: Der im Grundbuch von Reichelsheim, Band 27, Blatt 1322, eingetragene Grundbesitz,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Reichelsheim, Flur 3, Flurstück 131/1, Hof- und Gebäudefläche, Am Weckesheimer Weg, Größe 23,26 Ar,

soll am Donnerstag, dem 3. August 1989, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Homburger Straße 18, 6360 Friedberg (Hessen), Raum 28, Erdgeschoß, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 9. 8. 1988 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Kaufmann Dieter Krause in Frankfurt am Main, Unterlindau 10, jetzt wohnhaft: Kufsteiner Straße 6, 8000 München 80.

Der Wert des Grundbesitzes ist gem. § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 597 196,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6360 Friedberg (Hessen), 29. 5. 1989

**Amtsgericht**

### 2736

K 40/88: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Bad Nauheim, Band 212, Blatt 6976,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Bad Nauheim, 1 258,0074/100 000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück Flur 1, Nr. 593/9, Hof- und Gebäudefläche, Höhenweg 1—1 m, Größe 60,35 Ar,

verbunden mit Sondereigentum an der Wohnung und dem Keller, im Aufteilungsplan bezeichnet mit Nr. 33,

soll am Freitag, dem 4. August 1989, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Homburger Straße 18, 6360 Friedberg (Hessen), Raum 28, Erdgeschoß, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 26. 7. 1988 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Günter Franz und Rosemarie Franz, 6500 Mainz, — je zur Hälfte —.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

133 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6360 Friedberg (Hessen), 31. 5. 1989

**Amtsgericht**

### 2737

K 79/88: Folgender Grundbesitz, eingetragen in den Teileigentumsgrundbüchern

a) Band 160, Blatt 6227,

lfd. Nr. 1: 143,53/1000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück Friedberg (H), Flur 18, Flurstück 103/8, Hof- und Gebäudefläche, Karlsbader Straße 17 und am Edelpfad 30, Größe 8,00 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an den Räumen, im Aufteilungsplan bezeichnet mit Nr. 12,

b) Band 160, Blatt 6228,

lfd. Nr. 1: 27/1000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück Friedberg (H), Flur 18, Flurstück 103/8, Hof- und Gebäudefläche, Karlsbader Straße 17 und am Edelpfad 30, Größe 8,00 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an den Räumen, im Aufteilungsplan bezeichnet mit Nr. 13,

soll am Donnerstag, dem 10. August 1989, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Homburger Straße 18, 6360 Friedberg (Hessen), Raum 28, Erdgeschoß, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 15. 12. 1988 (Tag des Versteigerungsvermerks):

IVH Immobilienverwertungsgesellschaft mbH, Hohentwielstraße 32, 7000 Stuttgart 1.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt für

143,53/1000 Miteigentumsanteil, Band 160, Blatt 6227 auf 213 000,— DM,

27/1000 Miteigentumsanteil, Band 160, Blatt 6228 auf 25 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

**6360 Friedberg (Hessen), 31. 5. 1989**

**Amtsgericht**

## 2738

K 3/89: Das im Grundbuch von Unter-Flockenbach, Band 16, Blatt 560, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Unter-Flockenbach, Flur 5, Flurstück 62/47, Hof- und Gebäudefläche, Am Aaracker 8, Größe 4,30 Ar,

soll am Donnerstag, dem 3. August 1989, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Fürth (Odw.), Heppenheimer Straße 15, Raum 8 (Erdgeschoß), durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 26. 1. 1989 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Hermann Weiger, Gorkheimerthal.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

380 000,— DM.

Das Grundstück ist mit einer Doppelhaushälfte und einer Garage bebaut.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

**6149 Fürth (Odw.), 22. 5. 1989**

**Amtsgericht**

## 2739

K 11/88: Die im Grundbuch von Mörlenbach, Band 55, Blatt 2134, eingetragenen Grundstücke, Gemarkung Mörlenbach,

lfd. Nr. 1, Flur 2, Nr. 4/30, Hof- und Gebäudefläche, Altvaterstraße 2, Größe 2,40 Ar,

lfd. Nr. 2, Flur 2, Nr. 3/1, Hof- und Gebäudefläche, Altvaterstraße 2, Größe 7,56 Ar,

sollen am Donnerstag, dem 10. August 1989, 14.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Fürth (Odw.), Heppenheimer Straße 15, Raum 8 (Erdgeschoß), durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 10. 3. 1988 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Wolfgang und Ursula Rotter, Mörlenbach.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

335 000,— DM.

Die Grundstücke sind bebaut mit einem unterkellerten, zweigeschossigen Wohnhaus, einer Doppelgarage und einem Anbau an die Doppelgarage.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

**6149 Fürth (Odw.), 23. 5. 1989**

**Amtsgericht**

## 2740

K 72/88: Der halbe Miteigentumsanteil an dem im Grundbuch von Bernbach, Band 40, Blatt 1051, eingetragenen Grundstück,

Gemarkung Bernbach, Flur 1, Flurstück 67, Hof- und Gebäudefläche, Friedhofstraße 10, Größe 5,77 Ar,

soll am Montag, dem 28. August 1989, 9.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Gelnhausen, Phil-

ipp-Reis-Straße 9, Saal 13, Erdgeschoß, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 7. 10. 1988 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Georg Eich in Aschaffenburg.

Der Wert des halben Eigentumsanteils am Grundbesitz ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

105 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

**6460 Gelnhausen, 26. 5. 1989**

**Amtsgericht**

## 2741

K 67/88: Das im Grundbuch von Bad Orb, Band 219, Blatt 8511, eingetragene Grundstück,

Gemarkung Bad Orb, Flur 11, Flurstück 276, Gebäude- und Freifläche, Von-Dalberg-Straße 26, Größe 4,99 Ar,

soll am Mittwoch, dem 30. August 1989, 9.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Gelnhausen, Philipp-Reis-Straße 9, Saal 13, Erdgeschoß, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 22. 9. 1988 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Otto Becker in Bad Orb.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

425 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

**6460 Gelnhausen, 30. 5. 1989**

**Amtsgericht**

## 2742

K 25/89: Das im Grundbuch von Lohrhaupten, Band 58, Blatt 1319, eingetragene Grundstück,

Gemarkung Lohrhaupten, Flur 12, Flurstück 115, Landwirtschaftsfläche, Querberg, Größe 58,08 Ar,

soll am Montag, dem 4. September 1989, 9.45 Uhr, im Gerichtsgebäude Gelnhausen, Philipp-Reis-Straße 9, Saal 13, Erdgeschoß, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 3. 4. 1989 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Gudrun Klara Kleinfeller geb. Köbler, in Rodgau.

Der Wert des Grundbesitzes wird hiermit gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

6 500,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

**6460 Gelnhausen, 30. 5. 1989**

**Amtsgericht**

## 2743

42 K 106/87: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Watzenborn-Steinberg, Band 61, Blatt 2433,

lfd. Nr. 4, Flur 3, Nr. 333/4, Hof- und Gebäudefläche, Liebigstraße 27 A, Größe 4,57 Ar,

soll am Freitag, dem 15. September 1989, 14.00 Uhr, Raum 208, II. Stock, im Gerichtsgebäude Gutfleischstraße 1, 6300 Gießen, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 27. 8. 1987 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Eheleute Dieter Stumpf und Dora Berta Maria Stumpf geb. Härtel, Liebigstraße 27 A, 6301 Pohlheim 1, — in Gütergemeinschaft.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

270 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

**6300 Gießen, 31. 5. 1989**

**Amtsgericht**

## 2744

42 K 158/88: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Wohnungsgrundbuch von Cleeberg, Band 53, Blatt 1884,

lfd. Nr. 1: 55/100 Miteigentumsanteil an dem Grundstück Flur 4, Nr. 197/6, Hof- und Gebäudefläche, Schindkaut, Größe 47,34 Ar, verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung, im Aufteilungsplan bezeichnet mit Nr. 20 im I. Obergeschoß,

soll am Freitag, dem 22. September 1989, 14.00 Uhr, Raum 208, II. Stock, im Gerichtsgebäude Gutfleischstraße 1, 6300 Gießen, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 4. 11. 1988 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Horst Dreikausen, Wildhof, 6306 Langgöns-Cleeberg.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

84 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

**6300 Gießen, 1. 6. 1989**

**Amtsgericht**

## 2745

42 K 15/89: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Treis/Lumda, Band 48, Blatt 1559,

lfd. Nr. 1, Flur 1, Nr. 21, Hof- und Gebäudefläche, Hauptstraße 60, Größe 0,71 Ar,

lfd. Nr. 2, Flur 1, Nr. 20/2, Hof- und Gebäudefläche, Hauptstraße 60, Größe 0,06 Ar,

lfd. Nr. 3, Flur 1, Nr. 22, Hof- und Gebäudefläche, Hauptstraße 60, Größe 0,17 Ar,

soll am Donnerstag, dem 5. Oktober 1989, 10.30 Uhr, Raum 205, II. Stock, im Gerichtsgebäude Gutfleischstraße 1, 6300 Gießen, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 8. 2. 1989 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Monika Huemer geb. Wißner.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt für

lfd. Nr. 1 auf 17 080,— DM,

lfd. Nr. 2 auf 240,— DM,

lfd. Nr. 3 auf 680,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

**6300 Gießen, 2. 6. 1989**

**Amtsgericht**

## 2746

24 K 2/89: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Bischofsheim, a) Band 75, a) Blatt 3444, b) Band 46, b) Blatt 2577,

a) BV Nr. 1, Flur 7, Nr. 460, Ackerland, neben dem Ginsheimer Weg, Größe 35,12 Ar,

b) ideelle Hälfte an dem Grundstück, BV Nr. 8, Flur 7, Nr. 461, Ackerland, neben dem Ginsheimer Weg, Größe 63,57 Ar,

soll am Dienstag, dem 5. September 1989, 8.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Europaring 11—13, Raum 354, III. Stock, auf Antrag des Konkursverwalters versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 20. 1. 1989 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Walter Fischer, Bauunternehmer.

Verkehrswert:

Flur 7, Nr. 460: 53 000,— DM,

Flur 7, Nr. 461 (ideelle Hälfte): 48 000,— DM.



Die 5/10-Grenze nach § 85 a ZVG und die 7/10-Grenze nach § 74 a I ZVG gelten nicht mehr.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

**6080 Groß-Gerau, 31. 5. 1989 Amtsgericht**

### 2747

24 K 40/88: Das im Grundbuch von Nauheim, Band 143, Blatt 5205, eingetragene Grundstück,

BV Nr. 1, Gemarkung Nauheim, Flur 4, Flurstück 1046, Gebäude- und Freifläche, Im Neurod 9, Größe 5,98 Ar,

soll am Montag, dem 28. August 1989, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Europaring 11—13, Raum 354, III. Stock, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 20. 6. 1988 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Eheleute Heiko und Gisela Beck, Im Neurod 9, 6085 Nauheim, — je zur Hälfte —.

Verkehrswert: 608 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

**6080 Groß-Gerau, 1. 6. 1989 Amtsgericht**

### 2748

42 K 89/88: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Bischofsheim, Band 158, Blatt 5152,

BV lfd. Nr. 1, Gemarkung Bischofsheim, Flur 14, Flurstück 230/10, Gebäude- und Freifläche, Wohnen, Thomas-Mann-Straße 17, Größe 2,41 Ar,

BV lfd. Nr. 2 zu 1: 1/31 Miteigentumsanteil an dem Grundstück Gemarkung Bischofsheim, Flur 14, Flurstück 230/1, Weg, Thomas-Mann-Straße, Größe 1,79 Ar,

BV lfd. Nr. 3 zu 1: 1/31 Miteigentumsanteil an dem Grundstück Gemarkung Bischofsheim, Flur 14, Flurstück 230/11, Bauplatz, Thomas-Mann-Straße, Größe 10,19 Ar,

BV lfd. Nr. 4 zu 1: 1/31 Miteigentumsanteil an dem Grundstück Gemarkung Bischofsheim, Flur 14, Flurstück 230/20, Bauplatz, Thomas-Mann-Straße, Größe 11,60 Ar,

soll am Donnerstag, dem 31. August 1989, 9.00 Uhr, Raum 161, I. Stock, im Gerichtsgebäude B, Nußallee 17, 6450 Hanau, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 29. 8. 1988 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Hans S. Linden, 6272 Niedernhausen-Engenhahn.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 245 000,— DM für BV Nr. 1; 866,— DM für BV Nr. 2; 4 930,— DM für BV Nr. 3; 5 612,— DM für BV Nr. 4.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

**6450 Hanau, 29. 5. 1989 Amtsgericht, Abt. 42**

### 2749

64 K 144/86: Die im Grundbuch von Ochshausen, Band 56, Blatt 1661, eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 5, Gemarkung Ochshausen, Flur 6, Flurstück 36/47, Gebäude- und Freifläche, Losseweg 30, Größe 12,42 Ar,

lfd. Nr. 6, Gemarkung Ochshausen, Flur 6, Flurstück 36/48, Freifläche, Losseweg, Größe 10,43 Ar,

sollen am Montag, dem 28. August 1989, 8.30 Uhr, im Gebäude der Außenstelle des Amtsgerichts Kassel, Friedrich-Ebert-Straße 2, Seitenflügel im Erdgeschoß, Sitzungssaal,

durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 8. 8. 1986 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Hollstein, Helga, Lohfelden.

Verkehrswert gemäß § 74 a ZVG:

lfd. Nr. 5: 388 274,89 DM,

lfd. Nr. 6: 81 354,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

**3500 Kassel, 23. 5. 1989 Amtsgericht, Abt. 64**

### 2750

64 K 19/89: Die im Grundbuch von Bergshausen, Band 56, Blatt 1649, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Bergshausen, Flur 10, Flurstück 25/63, Hof- und Gebäudefläche, Sandbreiter Weg 29, Größe 7,13 Ar,

soll am Dienstag, dem 26. September 1989, 10.00 Uhr, im Gebäude der Außenstelle des Amtsgerichts Kassel, Friedrich-Ebert-Straße 2, Seitenflügel im Erdgeschoß, Sitzungssaal, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 3. 3. 1989 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

a) Hans Bernd Woitkewitz,

b) Ingrid Woitkewitz geb. Reimann, beide in Fuldaerück, — je zur Hälfte —.

Verkehrswert gemäß § 74 a ZVG:

250 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

**3500 Kassel, 26. 5. 1989 Amtsgericht, Abt. 64**

### 2751

64 K 21/89: Die im Grundbuch von Obervellmar, Band 50, Blatt 1450, eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 4, Gemarkung Obervellmar, Flur 1, Flurstück 147/32, Gebäude- und Freifläche, Heckershäuser Straße 9, Größe 5,42 Ar,

lfd. Nr. 5, Gemarkung Obervellmar, Flur 1, Flurstück 153/32, Gebäude- und Freifläche, Erpelweg, Größe 4,71 Ar,

sollen am Mittwoch, dem 2. August 1989, 10.30 Uhr, im Gebäude der Außenstelle des Amtsgerichts Kassel, Friedrich-Ebert-Straße 2, Seitenflügel im Erdgeschoß, Sitzungssaal, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 14. 3. 1989 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

a) Birkenfeld, Horst, geboren am 28. 6. 1942,

b) Birkenfeld, Anita, geb. Füssel, geboren am 30. 3. 1944, beide Vellmar, — je zur Hälfte —.

Verkehrswerte gemäß § 74 a ZVG:

lfd. Nr. 4: 219 230,— DM,

lfd. Nr. 5: 42 390,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

**3500 Kassel, 31. 5. 1989 Amtsgericht, Abt. 64**

### 2752

64 K 195/88 — **Berichtigung:** In der Zwangsversteigerungssache Waltrudis Wenzel (StAnz. 22/1989, S. 1224, lfd. Nr. 2418) muß es im vierten Absatz richtig heißen: der Miteigentumsanteil beschränkt durch die zu den anderen Miteigentumsanteilen (Blatt 2273 bis 2282) gehörenden Sondereigentumsrechte; wegen Gegenstand und Inhalt des Sondereigentums Bezugnahme auf Bewilligung vom 5. 11. 1982; Veräußerungsbe-

schränkung nach § 12 WEG; Zustimmung durch Verwalter, ausgenommen Erstveräußerung durch Bauherrn, Veräußerung durch Konkursverwalter, Zwangsvollstreckung und Grundpfandgläubiger infolge Eigenerwerbs;

**3500 Kassel, 2. 6. 1989 Amtsgericht, Abt. 64**

### 2753

5 K 2/88: Die im Grundbuch von Langenstein, Band 33, Blatt 995, eingetragene ideelle Hälfte des Grundstücks,

lfd. Nr. 2, Flur 10, Flurstück 80/2, Hof- und Gebäudefläche, Am langen Stein 26, Größe 2,00 Ar,

soll am Mittwoch, dem 18. Oktober 1989, 10.00 Uhr, Raum 116, I. Stock, im Gerichtsgebäude, Niederrheinische Straße 32, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 9. 2. 1988 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Otto Bunde, Langenstein, Am langen Stein 22, 3575 Kirchhain.

Der Verkehrswert der Grundstückshälfte ist nach § 74 a ZVG festgesetzt worden auf 4 500,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

**3575 Kirchhain, 5. 6. 1989 Amtsgericht**

### 2754

5 K 19/88: Das im Grundbuch von Stadtalendorf, Band 136, Blatt 4447, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 14, Flur 33, Flurstück 40/3, Hof- und Gebäudefläche, Kopernikusweg 25, Größe 16,13 Ar,

soll am Mittwoch, dem 25. Oktober 1989, 10.00 Uhr, Raum 116, I. Stock, im Gerichtsgebäude, Niederrheinische Straße 32, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 11. 8. 1988 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Kaufmann Helmut Baldus, Kalenberger Graben 17, 3200 Hildesheim.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

525 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

**3575 Kirchhain, 5. 6. 1989 Amtsgericht**

### 2755

5 K 26/88: Die im Grundbuch von Erksdorf, Band 25, Blatt 702, eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 1, Flur 7, Flurstück 28, Hof- und Gebäudefläche, Steinweg 5, Größe 16,15 Ar,

lfd. Nr. 2, Flur 7, Flurstück 50, Gartenland, Steinweg 5, Größe 0,46 Ar,

lfd. Nr. 3, Flur 10, Flurstück 44, Grünland, im Loch, Größe 121,80 Ar,

sollen am Mittwoch, dem 4. Oktober 1989, 10.00 Uhr, Raum 116, I. Stock, im Gerichtsgebäude Niederrheinische Straße 32, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 14. 9. 1988 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Angelika Balzer, Borngasse 24, 6305 Buseck.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt für

Grundstück lfd. Nr. 1 auf 150 000,— DM,

Grundstück lfd. Nr. 2 auf 200,— DM,

Grundstück lfd. Nr. 3 auf 22 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

**3575 Kirchhain, 5. 6. 1989 Amtsgericht**



Eine zuverlässige Sammlung aller wichtigen Rechtsvorschriften  
ist in der juristischen Praxis von unschätzbarem Wert. Das

# **Sammelblatt**

## **für Rechtsvorschriften des Bundes und der Länder**

sorgt für den vollständigen Abdruck des BGBl. Teil I und für den Nachdruck aller wesentlichen Rechtsvorschriften aus dem BGBl. Teil II, dem Bundesanzeiger sowie den Gesetz- und Verordnungsblättern aller Bundesländer in einer redaktionellen Auswahl, die von Anwälten aus der Praxis für die Praxis besorgt wird.

Erscheinungsweise: wöchentlich.

Bitte, fordern Sie Probe-Exemplare an.

**Engel-Verlag Dr. iur. Kurt Engel Nachf.**

**Wilhelmstraße 42 — Postfach 22 29 — 6200 Wiesbaden**

**2756**

9 K 6/88: Folgendes Wohnungseigentum, eingetragen im Grundbuch von Schwalbach, Band 183, Blatt 5719,

lfd. Nr. 1: 50/100 Miteigentumsanteil an dem Grundstück Flur 13, Flurstück 376/49, Hof- und Gebäudefläche, Schulstraße 11, Größe 3,02 Ar,

soll am Dienstag, dem 15. August 1989, 10.00 Uhr, Raum 4, Erdgeschoß, im Gerichtsgebäude B, Burgweg 9 (Luxemburgisches Schloß), durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 5. 2. 1988 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Frau Ritva Hamm in Schwalbach.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

250 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

**6240 Königstein im Taunus, 1. 6. 1989**

**Amtsgericht, Abt. 9**

**2757**

9 K 8/88: Folgendes Wohnungseigentum, eingetragen im Grundbuch von Ehlhalten, Band 47, Blatt 1549,

lfd. Nr. 1: 63/100 Miteigentumsanteil an dem Grundstück Flur 23, Flurstück 72/6, Hof- und Gebäudefläche, Talblick 14, Größe 5,45 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung Nr. 1 des Aufteilungsplanes (107,87 m<sup>2</sup>),

soll am Dienstag, dem 5. September 1989, 10.00 Uhr, Raum 4, Erdgeschoß, im Gerichtsgebäude B, Burgweg 9 (Luxemburgisches Schloß), durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Im 1. Termin ist der Zuschlag nach § 74 a ZVG versagt worden.

Eingetragene Eigentümer am 10. 2. 1988 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Eheleute Christa und Dieter Zimmermann in Eppstein.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

330 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

**6240 Königstein im Taunus, 1. 6. 1989**

**Amtsgericht, Abt. 9**

**2758**

K 1/89: Das im Grundbuch von Hüttenfeld, Band 22, Blatt 795, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Hüttenfeld, Flur 1, Flurstück 496, Hof- und Gebäudefläche, Am Spissart 1, Größe 1,86 Ar,

soll am Freitag, dem 3. November 1989, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Saal 10, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 1. 2. 1989 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Peter Breitwieser, Lampertheim-Hüttenfeld, Am Spissart 1.

Der Wert nach § 74 a ZVG wurde auf 142 000,— DM festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

**6840 Lampertheim, 29. 5. 1989** **Amtsgericht**

**2759**

7 K 33/88: Folgender Grundbesitz (Wohnungseigentum), eingetragen im Wohnungsgrundbuch von Langen,

a) Band 426, Blatt 16 328, bestehend in dem 151/1000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück Gemarkung Langen,

Flur 1, Flurstück 669/5, Gebäude- und Freifläche, Rheinstraße 35, Größe 4,30 Ar,

Flur 1, Flurstück 670/7, Gebäude- und Freifläche, Rheinstraße 35, Größe 0,15 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung nebst Keller, im Aufteilungsplan bezeichnet mit Nr. 4 sowie dem Sondernutzungsrecht an dem Pkw-Abstellplatz, im Aufteilungsplan bezeichnet mit Nr. 4,

b) Band 426, Blatt 16 329, bestehend in dem 127/1000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück Gemarkung Langen,

Flur 1, Flurstück 669/5, Gebäude- und Freifläche, Rheinstraße 35, Größe 4,30 Ar,

Flur 1, Flurstück 670/7, Gebäude- und Freifläche, Rheinstraße 35, Größe 0,15 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung nebst Keller, im Aufteilungsplan bezeichnet mit Nr. 5 sowie dem Sondernutzungsrecht an dem Pkw-Abstellplatz, im Aufteilungsplan bezeichnet mit Nr. 5,

soll am Donnerstag, dem 14. September 1989, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, 6070 Langen, Darmstädter Straße 27, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 12. 9. 1988 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Hans A. Mouson in Bad Homburg v. d. Höhe.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt für

a) das Wohnungseigentum Nr. 4 in Blatt 16 328 auf 261 095,— DM,

b) das Wohnungseigentum Nr. 5 in Blatt 16 329 auf 185 959,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

**6070 Langen, 1. 6. 1989**

**Amtsgericht**

**2760**

K 20/88: Das im Grundbuch von Ibeshausen, Band 31, Blatt 1179, eingetragene Grundstück, Gemarkung Ibeshausen,

lfd. Nr. 2, Flur 1, Nr. 217/1, Gebäude- und Freifläche, Hindenburgstraße 38, Größe 20,67 Ar,

— hiervon Ein-Sechstel-Miteigentumsanteil —, Wert des Ein-Sechstel-Miteigentumsanteils: 31 380,— DM,

soll am Mittwoch, dem 6. September 1989, 9.00 Uhr, im Amtsgerichtsgebäude Lauterbach, Königsberger Straße 8, Zimmer Nr. 103 (Sitzungssaal), durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 31. 5. 1988 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Manfred Biniak, — zu einem Sechstel —.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

**6420 Lauterbach (Hessen), 26. 5. 1989**

**Amtsgericht**

**2761**

K 4/89: Das im Grundbuch von Rixfeld, Band 10, Blatt 294, eingetragene Grundstück, Gemarkung Rixfeld,

lfd. Nr. 1, Flur 12, Nr. 60/1, Hof- und Gebäudefläche, Am Bahnhof 4, Größe 11,03 Ar, Wert: 236 975,— DM,

soll am Mittwoch, dem 30. August 1989, 9.00 Uhr, im Amtsgerichtsgebäude Lauterbach, Königsberger Straße 8, Zimmer Nr. 103 (Sitzungssaal), durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 13. 1. 1989 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

a) Friedrich Becker,

b) Sigrid Becker geb. Büchner, — je zur Hälfte —.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

**6420 Lauterbach (Hessen), 31. 5. 1989**

**Amtsgericht**

**2762**

K 19/87: Die im Grundbuch von Freiensteinau, Band 33, Blatt 1282, eingetragenen Grundstücke, Gemarkung Freiensteinau,

lfd. Nr. 1, Flur 1, Nr. 158/10, Hof- und Gebäudefläche, Größe 9,48 Ar,

Gartenland, Kirchstraße 4, Größe 15,00 Ar,

Grünland, Größe 10,40 Ar,

Wert: 377 080,— DM,

lfd. Nr. 3, Flur 1, Nr. 158/9, Hof- und Gebäudefläche, Kirchstraße 4, Größe 3,52 Ar, Wert: 128 480,— DM,

sollen am Mittwoch, dem 20. September 1989, 9.00 Uhr, im Amtsgerichtsgebäude Lauterbach, Königsberger Straße 8, Zimmer Nr. 103 (Sitzungssaal), durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 13. 8. 1987 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Rose-Marie Baronin von Westernhagen-Teistungen Oberhof.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

**6420 Lauterbach (Hessen), 1. 6. 1989**

**Amtsgericht**

**2763**

K 20/87: Das im Grundbuch von Altenschlirf, Band 12, Blatt 408, eingetragene Grundstück, Gemarkung Altenschlirf,

lfd. Nr. 1, Flur 1, Nr. 115/1, Hof- und Gebäudefläche, Hauptstraße 38, Größe 13,07 Ar, Wert: 51 210,— DM,

soll am Mittwoch, dem 6. September 1989, 11.00 Uhr, im Amtsgerichtsgebäude Lauterbach, Königsberger Straße 8, Zimmer Nr. 103 (Sitzungssaal), durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 14. 8. 1987 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

a) Georg Friedrich Koch,

b) Marion Elisabeth Koch,

c) Uwe Walter Koch,

d) Beate Angelika Koch,

— in ungeteilter Erbengemeinschaft —.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

**6420 Lauterbach (Hessen), 2. 6. 1989**

**Amtsgericht**

**2764**

7 K 58/88: Das im Grundbuch von Hachborn, Band 31, Blatt 805, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Hachborn, Flur 9, Flurstück 35, Gebäude- und Freifläche, Blumenstraße 8, Größe 7,51 Ar,

soll am Donnerstag, dem 19. Oktober 1989, 14.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Marburg, Universitätsstraße Nr. 48, Zimmer Nr. 157, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 14. 9. 1988 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Hermann Michel,

Marianne Michel, geb. Mateja, Blumenstraße 8, 3557 Ebsdorfergrund-Hachborn, — je zur Hälfte —.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 295 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

**3550 Marburg, 19. 5. 1989**      **Amtsgericht**

### 2765

7 K 52/88: Die im Grundbuch von Oberweimar, Band 14, Blatt 465, eingetragenen Grundstücke,  
Ifd. Nr. 1, Gemarkung Oberweimar, Flur 7, Flurstück 74/8, Gebäude- und Freifläche, Industrie, Auf dem Trieb, Größe 1,56 Ar,  
Ifd. Nr. 2, Gemarkung Oberweimar, Flur 7, Flurstück 74/10, Gebäude- und Freifläche, Industrie, Auf dem Trieb, Größe 33,83 Ar,  
sollen am Donnerstag, dem 19. Oktober 1989, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Marburg, Universitätsstraße Nr. 48, Zimmer Nr. 157, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 23. 8. 1988 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Manfred Junker, wohnhaft Steinweg 17, 3563 Dautphetal-Mornshausen.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 110 000,— DM als wirtschaftliche Einheit.

Im Versteigerungstermin am 18. Mai 1989 ist der Zuschlag aus den Gründen des § 85 a ZVG versagt worden.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

**3550 Marburg, 19. 5. 1989**      **Amtsgericht**

### 2766

7 K 1/89: Das im Grundbuch von Heskem, Band 24, Blatt 787, eingetragene Grundstück,

Ifd. Nr. 1, Gemarkung Heskem, Flur 2, Flurstück 246, Gebäude- und Freifläche, Auf dem Brunkel 41, Größe 8,63 Ar,  
soll am Donnerstag, dem 19. Oktober 1989, 8.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Marburg, Universitätsstraße Nr. 48, Zimmer Nr. 157, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 19. 1. 1989 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Lutz Jäckel, Alte Leuner Straße 47, 6333 Braunsfels.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 220 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

**3550 Marburg, 19. 5. 1989**      **Amtsgericht**

### 2767

7 K 48/86: Das im Grundbuch von Wetter, Band 70, Blatt 2546, eingetragene Grundstück,

Ifd. Nr. 4, Gemarkung Wetter, Flur 11, Flurstück 21/17, Hof- und Gebäudefläche, Gartenweg, Größe 7,94 Ar,  
soll am Donnerstag, dem 2. November 1989, 8.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Marburg, Universitätsstraße Nr. 48, Zimmer Nr. 157, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 16. 7. 1986 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Erich Eidam, wohnhaft Gartenweg 16, 3552 Wetter.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 275 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

**3550 Marburg, 29. 5. 1989**      **Amtsgericht**

### 2768

1 K 23/88: Das im Grundbuch von Unterschmitt, Bezirk Nidda, Band 19, Blatt 1118, eingetragene Grundstück,  
Gemarkung Unter-Schmitt, Flur 2, Flurstück 46/1, Gebäude- und Freifläche — Wohnen, Am Hang 9, Größe 7,45 Ar,  
soll am Montag, dem 2. Oktober 1989, 9.30 Uhr, im Gerichtsgebäude, Schloßgasse 23, 6478 Nidda 1, Raum 1, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 14. 9. 1988 (Tag des Versteigerungsvermerks):

3 a) Feller geb. Volk, Eleonore Doris, — zu einem Drittel —,  
b) Volk, Dietrich Harald, — zu einem Drittel —,  
c) Volk geb. Hofmann, Ingrid Edith Renate,

d) Volk geb. Deutzer, Johanna Margarete, zu 3 a)–d) in Erbengemeinschaft zu einem Drittel.

Der Wert des Grundbesitzes ist gem. § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 20 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

**6478 Nidda, 29. 5. 1989**      **Amtsgericht**

### 2769

1 K 16/88: Die im Grundbuch von Burkhardts, Bezirk Nidda, Band 32, Blatt 1312, eingetragenen Grundstücke,

Ifd. Nr. 5, Gemarkung Burkhardts, Flur 5, Flurstück 62/5, Hof- und Gebäudefläche, Außerhalb 19, Größe 15,13 Ar,  
Ifd. Nr. 6, Gemarkung Burkhardts, Flur 5, Flurstück 63/1, Hof- und Gebäudefläche, Außerhalb 19, Größe 9,85 Ar,

sollen am Montag, dem 9. Oktober 1989, 9.30 Uhr, im Gerichtsgebäude, Schloßgasse 23, 6478 Nidda 1, Raum 1, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 5. 5. 1988 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Gerda Minschefski, Im Eiches 15, 6479 Schotten.

Der Wert des Grundbesitzes ist gem. § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 360 000,— DM für Flur 5, Nr. 62/5 und 63/1 (wirtschaftliche Einheit).

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

**6478 Nidda, 1. 6. 1989**      **Amtsgericht**

### 2770

7 K 28/88: Durch Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuch von Neu-Isenburg, Band 164, Blatt 6216, eingetragene Grundstück,

Ifd. Nr. 1, Gemarkung Neu-Isenburg, Flur 2, Flurstück 84/14, LB 212, Hof- und Gebäudefläche, Bahnhofstraße 115, Größe 3,46 Ar,  
am Dienstag, dem 1. August 1989, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude D, Offenbach am Main, Luisenstraße 16, Saal 824, versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 12. 4. 1988 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Hans Wolfgang Romeis in Gersfeld.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 383 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

**6050 Offenbach am Main, 24. 4. 1989**

**Amtsgericht**

### 2771

7 K 138/88: Durch Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuch von Offenbach, Band 585, Blatt 17 417, eingetragene Erbbaurecht

an dem Grundstück Gemarkung Offenbach, Band 338, Blatt 10 008, Bestandsverzeichnis, Ifd. Nr. 261, Gemarkung Offenbach, Flur 8, Flurstück 207/9, LB 7543, Gebäude- und Freifläche, Buchrainweg 145 A, Größe 3,17 Ar (eingetragen in Abt. II, Nr. 24 bis 31. 12. 2079),

am Mittwoch, dem 2. August 1989, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude D, Offenbach am Main, Luisenstraße 16, Saal 824, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 6. 10. 1988 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Karl Schrei und Gudrun Schrei, — je zur Hälfte —.

Eingetragene Eigentümerin des belasteten Grundstücks: Stadt Offenbach am Main. Die Veräußerung des Erbbaurechts bedarf der Zustimmung der Grundstückseigentümerin, die auch für die Erteilung des Zuschlags erforderlich ist.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 290 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

**6050 Offenbach am Main, 5. 6. 1989**

**Amtsgericht**

### 2772

7 K 21/87: Im Wege der Zwangsvollstreckung soll der im Wohnungserbbaugrundbuch von Dietzenbach, Band 270, Blatt 9358, eingetragene 115,68/100 000 Miteigentumsanteil an dem Erbbaurecht, eingetragen auf dem im Grundbuch von Dietzenbach, Band 186, Blatt 6840, unter Ifd. Nr. 1 des Bestandsverzeichnisses verzeichneten Grundstück,  
Gemarkung Dietzenbach, Flur 11, Flurstück 332/1, LB 4044, Hof- und Gebäudefläche, Starckenburgring 90, 92, 94, 96, 98, 100, 102, 104, 106, 108, Größe 554,30 Ar,  
in Abt. II, Nr. 1, für die Dauer von 99 Jahren seit dem Tage der Eintragung, dem 30. 3. 1973,

verbunden mit dem Sondereigentum an der im Aufteilungsplan mit Nr. 758 bezeichneten Wohnung, beschränkt durch die jeweils zu den anderen Miteigentumsanteilen gehörenden Sondereigentumsrechte, unter Zuordnung der Garage Nr. 429,  
am Dienstag, dem 8. August 1989, 9.00 Uhr, durch das unterzeichnete Gericht, Geb. D, Luisenstraße 16, Saal 824, versteigert werden.

Eingetragener Wohnungserbbauberechtigter am 25. 2. 1987 (Tag des Versteigerungsvermerks):  
Manfred König in Dietzenbach.

Der Wert des Wohnungserbbaurechts ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 71 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

**6050 Offenbach am Main, 3. 5. 1989**

**Amtsgericht**

### 2773

K 4/89: Folgendes Grundeigentum, eingetragen im Grundbuch von Nentershausen, Band 21, Blatt 490, Bestandsverzeichnis, Ifd. Nr. 1, Gemarkung Nentershausen, Flur 27, Flurstück 62/1, Hof- und Gebäudefläche, Königsberger Straße 32, Größe 5,43 Ar,  
soll am Freitag, dem 25. August 1989, 8.30 Uhr, Sitzungssaal I, Erdgeschoß, im Gerichtsgebäude, Weidenberggasse 1, 6442 Rottenburg a. d. Fulda, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 13. 1. 1989 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

**Neukommentierung  
des novellierten SchwbG  
abgeschlossen**

# WIEGAND

## Kommentar

### zum

# Schwerbehindertengesetz

Herausgegeben und bearbeitet von  
Bernd Wiegand, Präsident des Hessischen Landessozialgerichts,  
Loseblattausgabe (2 Bände), ca. 1200 Seiten, DM 128,-  
ISBN 3-87124-013-3

### Aktueller Stand von Gesetzgebung und Rechtsprechung mit vollständiger Kommentierung auf dem Stand des novellierten SchwbG vom 26. August 1986

Mit der jetzt ausgelieferten Ergänzungslieferung (Stand: Juni 1988) ist die Kommentierung des novellierten und neu gefaßten SchwbG vervollständigt. Die für die Praxis bedeutsamen Fragestellungen werden nach neuem Recht gezielt erläutert unter Berücksichtigung der aktuellen Rechtsprechung und Literatur, insbesondere auch zu Fragen

- der Festlegung des GdB und der Bemessung des Gesamt-GdB
- des neu geregelten Kündigungsschutzes
- der Erweiterung der Aufgaben der Schwerbehindertenvertretung (nach altem Recht: Vertrauensmann der Schwerbehinderten)

Der Kommentar enthält weiter

- die Neufassung der Ausgleichsabgabeverordnung vom 28. März 1988
- die Anhaltspunkte für die ärztliche Begutachtung Behinderter nach dem SchwbG (AHP)
- die Wahlordnung SchwbG vom 22. Juli 1975
- die Ausweisverordnung SchwbG i. d. F. vom 3. April 1984
- das Gesetz zur Erweiterung der unentgeltlichen Beförderung Schwerbehinderter im öffentlichen Personennahverkehr vom 18. Juli 1985

Das auf dem neuesten Stand befindliche Werk wird so zu einem unentbehrlichen Ratgeber für alle mit dem SchwbG befaßten Richter, Rechtsanwälte und Prozeßbevollmächtigte sowie der Versorgungsverwaltung, den Personälbüros der privaten Wirtschaft und der öffentlichen Verwaltung, Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände und der Verbände mit sozialpolitischer Zielsetzung.

Die Konzeption des Werkes als Loseblattausgabe wird auch künftig stets den aktuellen Stand von Gesetzgebung und Rechtsprechung gewährleisten.

### So urteilt Wissenschaft und Fachpresse

... Die Besonderheit des Kommentars besteht ... darin, daß arbeits- und sozialrechtliche Aspekte gleichermaßen kenntnisreich verarbeitet und zueinander in Bezug gesetzt werden. Hierin liegt der über die bloße Handreichung für die Praxis hinausreichende Wert dieses Kommentars auch für die Wissenschaft.

... Alles in allem bietet der Kommentar dem mit dem Schwerbehindertenrecht befaßten Praktiker eine ebenso umfassende wie übersichtliche und vor allem zuverlässige Infor-

mation. Dem Wissenschaftler liefert er in der geglückten Zusammenschau arbeits- und sozialrechtlicher Perspektive interessante Hinweise für weiterführende Arbeit.

(Prof. Dr. Manfred Weiss, Frankfurt/M.)

... Dies macht den Kommentar auch für denjenigen Personenkreis zu einem wertvollen Helfer, der vorwiegend mit Auslegungsfragen befaßt ist oder mit Schwerpunkt im wissenschaftlichen Bereich arbeitet.

(DER BUNDESBANKBEAMTE)

**Verlag Chmielorz GmbH**  
Wilhelmstraße 42 · Postfach 22 29 · 6200 Wiesbaden

Hempel, Gerhard, Meß- und Regel-Mechaniker, geboren am 6. 9. 1950, 6446 Nentershausen-Weissenhasel, Lindenauer Weg 9, jetzt wohnhaft: Königsberger Straße 32 in 6446 Nentershausen.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

60 316,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistreibungen“ wird hingewiesen.

**6442 Rotenburg a. d. Fulda, 1. 6. 1989**

**Amtsgericht**

**2774**

4 K 17/88: Das im Grundbuch von Rüsselsheim, Bezirk Rüsselsheim, Band 311, Blatt 11 402, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Rüsselsheim, Flur 15, Flurstück 393, Gebäude- und Freifläche, Wiener Straße 22, Größe 7,84 Ar,

soll am Donnerstag, dem 6. Juli 1989, 8.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Rüsselsheim, Ludwig-Dörfner-Allee 9, Zimmer 12, Erdgeschoß, Gebäude B, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 16. 5. 1988 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Elisabeth Knöß, Rüsselsheim.  
Der Verkehrswert wurde festgesetzt auf 300 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistreibungen“ wird hingewiesen.

**6090 Rüsselsheim, 23. 5. 1989** **Amtsgericht**

**2775**

K 4/89: Das im Grundbuch von Dudenhofen, Band 56, Blatt 2532, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 5, Gemarkung Dudenhofen, Flur 12, Flurstück 117/1, Landwirtschaftsfläche, Auf den Seligenstädter Weg links, Größe 7,23 Ar,

soll am Donnerstag, dem 3. August 1989, 9.15 Uhr, im Gerichtsgebäude in Seligenstadt, Giselastraße 1, Erdgeschoß, Saal 1, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 1. 2. 1989 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Rudolf Carl, 6054 Rodgau 3.  
Festgesetzter Wert: 4 338,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistreibungen“ wird hingewiesen.

**6453 Seligenstadt, 5. 6. 1989** **Amtsgericht**

**2776**

5 K 27/88: Die im Grundbuch von Usingen, Band 64, Blatt 2180, eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 6, Gemarkung Usingen, Flur 7, Flurstück 186/2, Gebäude- und Freifläche, Neutorstraße 6, Größe 7,43 Ar,

lfd. Nr. 10, Gemarkung Usingen, Flur 7, Flurstück 186/4, Gebäude- und Freifläche, Mischnutzung, Neutorstraße 6, Größe 7,58 Ar,

lfd. Nr. 9/zu 6 und 10: Geh- und Fahrrecht an dem Grundstück Flur 7, Flurstück 185/3, eingetragen in Usingen, Blatt 3345, Abt. II, Nr. 2,

sollen am Dienstag, dem 26. September 1989, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Usingen, Weilburger Straße 2, Zimmer Nr. 16, Obergeschoß, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 8. 6. 1988 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Rechtsanwalt Bernd-Oskar Dienstbach in Usingen,

b) Uta Lühr geb. Dienstbach in Usingen, — je zur Hälfte —.

Der Wert des Grundeigentums ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt für Grundstück lfd. Nr. 6 auf 659 220,— DM, Grundstück lfd. Nr. 10 auf 845 680,— DM. Die Grundstücke sind mit einem Gebäude bebaut, das eine wirtschaftliche Einheit bildet.

Das Gebäude ist im Erdgeschoß für einen Lebensmittelmarkt und im 1. Stock für eine Arztpraxis ausgelegt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistreibungen“ wird hingewiesen.

**6390 Usingen, 30. 5. 1989** **Amtsgericht**

**2777**

3 K 47/87: Folgendes Grundeigentum, eingetragen im Grundbuch von Werdorf (Stadtteil von 6334 Asslar), Band 96, Blatt 3655,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Werdorf, Flur 22, Flurstück 324, Hof- und Gebäudefläche, Meisenweg 1 (Wohnhaus mit Einliegerwohnung und Doppelgarage), Größe 8,92 Ar,

soll am Donnerstag, dem 10. August 1989, 9.00 Uhr, Raum 201, II: Stock, im Gerichtsgebäude B, 6330 Wetzlar, Wertherstraße 1, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 14. 5. 1987 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Jacobus van Luijt und Heike van Luijt geb. Selm, 6334 Asslar-Werdorf, — je zur Hälfte —.

Der Wert des Grundeigentums ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

492 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistreibungen“ wird hingewiesen.

**6330 Wetzlar, 11. 5. 1989** **Amtsgericht**

**2778**

3 K 11/89: Folgendes Grundeigentum, eingetragen im Grundbuch von Asslar, Band 110, Blatt 3679,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Asslar, Flur 19, Flurstück 151, Hof- und Gebäudefläche, Bei der Ziegelhütte (Bergstraße 6) — Einfamilienhaus —, Größe 2,41 Ar,

soll am Donnerstag, dem 17. August 1989, 9.00 Uhr, Raum 201, II: Stock, im Gerichtsgebäude B, 6330 Wetzlar, Wertherstraße 1, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 7. 3. 1989 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Reiner Groh, Asslar.  
Der Wert des Grundeigentums ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

147 255,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistreibungen“ wird hingewiesen.

**6330 Wetzlar, 23. 5. 1989** **Amtsgericht**

**2779**

61 K 9/89: Das im Grundbuch von Wiesbaden-Biebrich, Band 436, Blatt 11 125, eingetragene Grundeigentum, 822,058/100 000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück,

Gemarkung Biebrich, Flur 15, Flurstück 225/53, Hof- und Gebäudefläche, Kärtner Straße 2—10, Faaker Straße 2—8, Größe 127,10 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der Sondereigentumsseinheit, im Aufteilungsplan bezeichnet mit Nr. 5; zum Sondereigentum gehört das Sondernutzungsrecht am Pkw-Stellplatz in der Tiefgarage Nr. 5;

soll am Freitag, dem 8. September 1989, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Wiesbaden, Nebengebäude Moritzstraße 5, IV: Stock, Zimmer 412, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 1. 2. 1989 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Franz und Helge Pietrek, — als Gesellschafter bürgerlichen Rechts —.

Der Wert des Grundeigentums ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

208 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistreibungen“ wird hingewiesen.

**6200 Wiesbaden, 22. 5. 1989** **Amtsgericht**

**2780**

61 K 38/87: Das im Grundbuch von Wiesbaden-Außen, Band 390, Blatt 9489, eingetragene Grundeigentum,

lfd. Nr. 1, Flur 13, Flurstück 250/30, Hof- und Gebäudefläche, Klarenthaler Straße 59, Größe 5,88 Ar,

Gartenland, Klarenthaler Straße 59, Größe 9,10 Ar,

lfd. Nr. 3, Flur 13, Flurstück 120/3, Hof- und Gebäudefläche, Klarenthaler Straße 59, Größe 0,24 Ar,

soll am Montag, dem 9. Oktober 1989, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Wiesbaden, Nebengebäude Moritzstraße 5, IV: Stock, Zimmer 412, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 5. 3. 1987 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Willibald Richter in Wiesbaden, Anna Martha Richter in Wiesbaden, — in Erbgemeinschaft —.

Der Wert des Grundeigentums ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

146 300,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistreibungen“ wird hingewiesen.

**6200 Wiesbaden, 31. 5. 1989** **Amtsgericht**

**2781**

61 K 132/88: Das im Grundbuch von Wiesbaden-Dotzheim, Band a) 227, b) 228, Blatt a) 6216, b) 6222, eingetragene Grundeigentum,

a) 26/1000 Miteigentumsanteil,

b) 1/35 Anteil an dem 175/1000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück Gemarkung Dotzheim,

Flur 69, Flurstück 7366/142, Hof- und Gebäudefläche, Schönbergstraße 76, 78, 80, 82, 84, 86, 88, 90, 92, 94, 96, Helmholtstraße 69, 71, Größe insgesamt 57,53 Ar,

a) verbunden mit dem Sondereigentum an der im Aufteilungsplan mit Nr. 30 bezeichneten Wohnung und dem ausschließlichen Nutzungsrecht an dem im Bereich der Wohnung liegenden Gartenteil (im Aufteilungsplan gleichfarbig mit der Wohnung gekennzeichnet),

b) verbunden mit dem Teileigentum an der im Aufteilungsplan mit Nr. 36 bezeichneten Pkw-Tiefgarage,

soll am Freitag, dem 15. September 1989, um 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Wiesbaden, Nebengebäude Moritzstraße 5, IV: Stock, Zimmer 412, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 7. 12. 1988 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Horst-Werner Schilz, Wiesbaden.  
Der Wert des Grundeigentums ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt für

a) auf 529 796,— DM,

b) auf 15 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

6200 Wiesbaden, 1. 6. 1989 **Amtsgericht**

**2782**

3 K 49/88: Folgende Grundstücke, eingetragen im Grundbuch von Uengsterode, Band 29, Blatt 885, Bestandsverzeichnis,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Uengsterode, Flur 9, Flurstück 38, Landwirtschaftsfläche, Über der Hecke, Größe 17,13 Ar,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Uengsterode, Flur 9, Flurstück 39, Landwirtschaftsfläche, Über der Hecke, Größe 5,69 Ar,

lfd. Nr. 3, Gemarkung Uengsterode, Flur 9, Flurstück 40, Landwirtschaftsfläche, Über der Hecke, Größe 1,93 Ar,

eingetragen im Grundbuch von Epterode, Band 23, Blatt 702, Bestandsverzeichnis,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Epterode, Flur 3, Flurstück 1/10, Erholungsfläche, In der Wallwiese, Größe 0,90 Ar,

Gemarkung Epterode, Flur 3, Flurstück 124/9, Verkehrsfläche, Epteröder Straße (K 45), Größe 1,59 Ar,

eingetragen im Grundbuch von Großalmerode, Band 107, Blatt 3529, Bestandsverzeichnis,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Großalmerode, Flur 27, Flurstück 354/26, Ackerland und Wald (Holzung), Über der Faulbach, Größe 8,09 Ar,

sollen am Freitag, dem 18. August 1989, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Walburger Straße 38, 3430 Witzzenhausen, Raum 121, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 4. 1. 1989 bzw. 2. 1. 1988 (Tage der Versteigerungsvermerke):

a) Gerhard Schmauch, Steinbergstraße 22, 3430 Witzzenhausen,

b) Renate Pfaff, Epterode, Am Holzrain 31, 3432 Großalmerode, — je zur Hälfte —.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt für

lfd. Nr. 1 in Blatt 885 Uengsterode auf  
513,90 DM,  
lfd. Nr. 2 in Blatt 885 Uengsterode auf  
227,60 DM,  
lfd. Nr. 3 in Blatt 885 Uengsterode auf  
38,60 DM,  
lfd. Nr. 2 in Blatt 702 Epterode auf  
2 863,50 DM,

lfd. Nr. 2 in Blatt 3529 Großalmerode auf  
517,76 DM,  
insgesamt:  
4 161,36 DM.  
Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.  
3430 Witzzenhausen, 26. 5. 1989 **Amtsgericht**

# Zeitschrift für Sozialreform

Herausgeber: Prof. Dr. Rohwer-Kahlmann

- aktuelle Abhandlungen zu allen Problemen der Sozialreform
- interessante Beiträge in- und ausländischer Autoren
- Veröffentlichungen im internationalen Vergleich
- Wissenschaft und Praxis

Bitte fordern Sie Probeexemplare an!

## Verlag Chmielorz GmbH

Wilhelmstraße 42 · Postfach 22 29 · 6200 Wiesbaden

### Andere Behörden und Körperschaften

#### Sitzungen des Umlandverbandes Frankfurt

Die 2. — öffentliche — Sitzung des **Rechts- und Ältestenausschusses** findet am Montag, 26. Juni 1989, 13.00 Uhr, in Frankfurt am Main, Am Hauptbahnhof 18, 2. Obergeschoß, Sitzungsraum Nr. 201, statt.

#### Tagesordnung:

1. Benennung eines Berichterstatters für die Sitzung des Verbandstags am 4. Juli 1989
2. Geschäftsordnung (GO) des Verbandstags
3. Anfragen und Mitteilungen

Die 2. — öffentliche — Sitzung des **Personal- und Organisationsausschusses** findet am Montag, 26. Juni 1989, 16.30 Uhr, in Frankfurt am Main, Am Hauptbahnhof 18, 2. Obergeschoß, Sitzungsraum Nr. 201, statt.

#### Tagesordnung:

1. Zerstörung der Ozonschicht;  
hier: UVF-Maßnahmen
2. Anfragen und Mitteilungen

Die 2. — öffentliche — Sitzung des **Planungsausschusses** findet am Dienstag, 27. Juni 1989, 16.00 Uhr, in Frankfurt am Main, Am Hauptbahnhof 18, 2. Obergeschoß, Sitzungsraum Nr. 201, statt.

#### Tagesordnung I:

1. Ostumgehung Frankfurt  
A 66/A 661, Alleentunnel
2. Sondermülldeponie Mainhausen
3. Feldhecken zur Vernetzung von Lebensräumen
4. Anfragen und Mitteilungen



Die in der nachstehenden Tagesordnung enthaltenen Vorlagen des Verbandsausschusses an die Gemeindekammer werden dem Planungsausschuß des Verbandstags ausschließlich wegen der Zuständigkeit nach § 3 (1) Nr. 2-11 UFG vorgelegt.

#### Tagesordnung II:

1. 1. Änderung des Flächennutzungsplanes des Umlandverbandes Frankfurt für den Bereich der Stadt Rodgau  
Ziffer 1: Stadtteil Nieder-Roden (Siedlung Rollwald), Gebiet nördlich der Elbestraße zwischen Rollwaldhof und vorhandener Wohnbebauung  
Ziffer 2a: Stadtteil Nieder-Roden, Gebiet westlich der Einsteinstraße zwischen Hainburger Straße und Breitenwiesenring  
Ziffer 2b: Stadtteil Jügesheim, Gebiet südlich der Straße „Am Wasserturm“;  
hier: Offenlegungsbeschuß
2. 1. Änderung des Flächennutzungsplanes des Umlandverbandes Frankfurt für den Bereich der Stadt Langen  
Ziffer 1: Gebiete nördlich und südlich der Bahnstraße zwischen Bahnhof und Wiesenstraße  
Ziffer 2: Gebiet westlich der Zimmerstraße (SSG-Sportplatz);  
hier: Offenlegungsbeschuß
3. 2. Änderung des Flächennutzungsplanes des Umlandverbandes Frankfurt für den Bereich der Stadt Hochheim, Stadtteil Hochheim, Gebiet zwischen Feldbergstraße, Dr.-Ruben-Rausing-Straße (vormals Geisenheimer Straße), Schwedenstraße und Altkönigstraße;  
hier: Offenlegungsbeschuß
4. 2. Änderung des Flächennutzungsplanes des Umlandverbandes Frankfurt für den Bereich der Stadt Kelkheim  
Ziffer 1: Stadtteil Münster, Gebiet südlich der Danziger Straße  
Ziffer 2a: Stadtteil Fischbach, Gebiet „Am Hühnerberg“  
Ziffer 2b: Stadtteil Münster, Gebiet „Sindlinger Wiesen“;  
hier: Offenlegungsbeschuß
5. 2. Änderung des Flächennutzungsplanes des Umlandverbandes Frankfurt für den Bereich der Gemeinde Wehrheim  
Ziffer 1: Ortsteil Wehrheim, „Kleingartenanlage Anspacher Straße“, südlich der L 3350, südwestlich der Ortslage  
Ziffer 2: Ortsteil Pfaffenwiesbach, „Reitsportanlage“  
Gebiet A: südlich der Forsthausstraße  
Gebiet B: östlicher Ortsrand im Anschluß an das Wochenendhausgebiet Trieberg;  
hier: Einleitung des Verfahrens (Aufstellungsbeschuß)
6. Fortführung des Aufstellungsverfahrens für den von der Genehmigung ausgenommenen räumlichen Teil des FNP des UVF im Bereich der Stadt Oberursel, Stadtteil Oberursel, Gebiet „Atzelhöhle“ W-Fläche II;  
hier: Erneute Abwägung und Wiederholung des abschließenden Beschlusses

Die 2. — öffentliche — Sitzung des **Wirtschafts- und Verkehrsausschusses** findet am Dienstag, 27. Juni 1989, 17.30 Uhr, in Frankfurt am Main, Am Hauptbahnhof 18, 2. Obergeschoß, Sitzungsraum Nr. 201, statt.

#### Tagesordnung:

1. Benennung eines Berichterstatters für die Sitzung des Verbandstags am 4. Juli 1989
2. Ostumgehung Frankfurt A 66/A 661, Alleentunnel
3. Zerstörung der Ozonschicht;  
hier: UVF-Maßnahmen
4. Grünes Umlandticket
5. Anfragen und Mitteilungen

Die 2. — öffentliche — Sitzung des **Umwelt- und Gesundheitsausschusses** findet am Donnerstag, 29. Juni 1989, 16.00 Uhr, in Frankfurt am Main, Am Hauptbahnhof 18, 2. Obergeschoß, Sitzungsraum Nr. 201, statt.

#### Tagesordnung:

1. Benennung eines Berichterstatters für die Sitzung des Verbandstags am 4. Juli 1989

2. Ostumgehung Frankfurt A 66/A 661, Alleentunnel
3. Zerstörung der Ozonschicht;  
hier: UVF-Maßnahmen
4. Kernkraftwerk Biblis
5. Sondermülldeponie Mainhausen
6. Feldhecken zur Vernetzung von Lebensräumen
7. Grünes Umlandticket
8. Anfragen und Mitteilungen

Die 2. — öffentliche — Sitzung des **Haupt- und Finanzausschusses** findet am Freitag, 30. Juni 1989, 15.00 Uhr, in Frankfurt am Main, Am Hauptbahnhof 18, 2. Obergeschoß, Sitzungsraum Nr. 201, statt.

#### Tagesordnung:

1. Sondermülldeponie Mainhausen
2. Anfragen und Mitteilungen

Die 3. — öffentliche — Sitzung des **Verbandstags** findet am Dienstag, 4. Juli 1989, 16.00 Uhr, im Plenarsaal der Stadt Frankfurt am Main, Rathaus Römer, Eingang Römerberg, statt.

#### Tagesordnung:

1. Mitteilungen des Vorsitzenden des Verbandstags
  2. Mitteilungen des Verbandsausschusses
  3. Fragestunde gem. § 12 der Geschäftsordnung
  4. Bericht des Wahlvorbereitungsausschusses
  5. Wahl des hauptamtlichen Verbandsdirektors und Einführung sowie Verpflichtung
  6. Wahl des hauptamtlichen Ersten Beigeordneten und Einführung sowie Verpflichtung
  7. Wahl eines hauptamtlichen Beigeordneten und Einführung sowie Verpflichtung
  8. Wahl des Vertreters und Stellvertreters des Umlandverbandes Frankfurt für die Versammlung des Kommunalen Gebietsrechenzentrums Frankfurt am Main
  9. Ostumgehung Frankfurt A 66/A 661, Alleentunnel
  10. Zerstörung der Ozonschicht;  
hier: UVF-Maßnahmen
  11. Kernkraftwerk Biblis
  12. Sondermülldeponie Mainhausen
  13. Grünes Umlandticket
  14. Feldhecken zur Vernetzung von Lebensräumen
  15. Geschäftsordnung des Verbandstags
- 6000 Frankfurt am Main, 14. Juni 1989**

**Umlandverband Frankfurt**  
Der Verbandstag  
Börs, Vorsitzender

Die 1. (konstituierende) — öffentliche — Sitzung der **Gemeindekammer** findet am Mittwoch, 28. Juni 1989, 10.30 Uhr, in Frankfurt am Main, Am Hauptbahnhof 18, 2. Obergeschoß, Sitzungsraum Nr. 202, statt.

#### Tagesordnung I:

1. Eröffnung und Feststellung der Beschlußfähigkeit durch den Verbandsdirektor
2. Feststellung des Altersvorsitzenden
3. Wahl des Vorsitzenden der Gemeindekammer
4. Beschlußfassung über die Weitergeltung der Geschäftsordnung der Gemeindekammer
5. Wahl des Präsidiums der Gemeindekammer
- 5.1 Wahl der vier Stellvertreter des Gemeindekammervorsitzenden
- 5.2 Wahl der zwei Beisitzer im Präsidium der Gemeindekammer
6. Wahl der Schriftführer der Gemeindekammer
7. 2. Änderung des Flächennutzungsplanes des Umlandverbandes Frankfurt für den Bereich der Gemeinde Wehrheim  
Ziffer 1: Ortsteil Wehrheim, „Kleingartenanlage Anspacher Straße“, südlich der L 3350, südwestlich der Ortslage  
Ziffer 2: Ortsteil Pfaffenwiesbach, „Reitsportanlage“  
Gebiet A: südlich der Forsthausstraße

Gebiet B: östlicher Ortsrand im Anschluß an das  
Wochenendhausgebiet Triebberg,  
hier: Einleitung des Verfahrens (Aufstellungsbeschuß)

#### Tagesordnung II:

1. 1. Änderung des Flächennutzungsplanes des Umlandverbandes Frankfurt für den Bereich der Stadt Rodgau  
Ziffer 1: Stadtteil Nieder-Roden (Siedlung Rollwald), Gebiet nördlich der Elbestraße zwischen Rollwaldhof und vorhandener Wohnbebauung  
Ziffer 2a: Stadtteil Nieder-Roden, Gebiet westlich der Einsteinstraße zwischen Hainburger Straße und Breitenwiesenring  
Ziffer 2b: Stadtteil Jügesheim, Gebiet südlich der Straße „Am Wasserturm“;  
hier: Offenlegungsbeschuß
2. 1. Änderung des Flächennutzungsplanes des Umlandverbandes Frankfurt für den Bereich der Stadt Langen  
Ziffer 1: Gebiete nördlich und südlich der Bahnstraße zwischen Bahnhof und Wiesenstraße  
Ziffer 2: Gebiet westlich der Zimmerstraße (SSG-Sportplatz);  
hier: Offenlegungsbeschuß

3. 2. Änderung des Flächennutzungsplanes des Umlandverbandes Frankfurt für den Bereich der Stadt Hochheim, Stadtteil Hochheim, Gebiet zwischen Feldbergstraße, Dr.-Ruben-Rausing-Straße (vormals Geisenheimer Straße), Schwedenstraße und Altkönigstraße;  
hier: Offenlegungsbeschuß
4. 2. Änderung des Flächennutzungsplanes des Umlandverbandes Frankfurt für den Bereich der Stadt Kelkheim  
Ziffer 1: Stadtteil Münster, Gebiet südlich der Danziger Straße  
Ziffer 2a: Stadtteil Fischbach, Gebiet „Am Hühnerberg“  
Ziffer 2b: Stadtteil Münster, Gebiet „Sindlinger Wiesen“;  
hier: Offenlegungsbeschuß
5. Fortführung des Aufstellungsverfahrens für den von der Genehmigung ausgenommenen räumlichen Teil des FNP des UVF im Bereich der Stadt Oberursel, Stadtteil Oberursel, Gebiet „Atzelhöhle“ W-Fläche II;  
hier: Erneute Abwägung und Wiederholung des abschließenden Beschlusses

6000 Frankfurt am Main, 14. Juni 1989

**Umlandverband Frankfurt**  
Dr. von Hesler, Beigeordneter

### 5. Satzung zur Änderung der Abfallgebührensatzung des Umlandverbandes Frankfurt vom 17. März/20. Oktober 1987

Auf Grund der §§ 1 Abs. 2 Satz 2, 3, 14, 16 Abs. 1 und 19 des Gesetzes über den Umlandverband Frankfurt (UFG) vom 11. September 1974 (GVBl. I S. 427), zuletzt geändert durch Gesetz vom 16. Juni 1988 (GVBl. I S. 235), in Verbindung mit §§ 5, 19, 50, 51, 93, 121 Abs. 2 Satz 2 und 127 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) in der Fassung vom 1. April 1981 (GVBl. I S. 66), zuletzt geändert durch Gesetz vom 21. Dezember 1988 (GVBl. I S. 419), des § 3 des Gesetzes über die Vermeidung und Entsorgung von Abfällen (Abfallgesetz — AbfG) in der Fassung vom 27. August 1986 (BGBl. I S. 1410 ff.) in Verbindung mit § 2 des Gesetzes über die Vermeidung, Verwertung und Beseitigung von Abfällen (Hessisches Abfallgesetz — HABfG) in der Fassung vom 11. Dezember 1985 (GVBl. I S. 18) sowie der §§ 1, 2 und 10 des Gesetzes über die kommunalen Abgaben (KAG) vom 17. März 1970 (GVBl. I S. 235), zuletzt geändert durch Gesetz vom 25. September 1987 (GVBl. I S. 174), hat der Verbandstag des Umlandverbandes Frankfurt (UVF) in seiner Sitzung am 30. Mai 1989 folgende Satzung zur Änderung der Abfallgebührensatzung des Umlandverbandes Frankfurt vom 17. März/20. Oktober 1987 beschlossen, die hiermit öffentlich bekannt gemacht wird.

#### Artikel 1

1. § 3 Abs. 1 Satz 1 erhält folgende Fassung:  
Die Gebührenhöhe ergibt sich für die jeweilige Entsorgungseinrichtung a—d aus den Anlagen 1—4.
2. Die Auflistung der Entsorgungseinrichtungen in § 3 erhält folgende Fassung:
  - a) AVA Nordweststadt
  - b) Deponie Buchschlag
  - c) Deponie Wicker
  - d) Deponie Brandholz
3. Die Anlagen zur Abfallgebührensatzung werden wie folgt geändert:
  - a) die Anlage 2, MVA Offenbach, wird gestrichen
  - b) die Anlagen 3—5 werden die Anlagen 2—4
4. Die Gebührenhöhe für die Deponie Buchschlag (Anlage 2) wird wie folgt geändert:  
für Bauschutt, Abraum

DM 60,—/t

#### Artikel 2

Der Verbandsausschuß wird ermächtigt, die Abfallgebührensatzung des Umlandverbandes Frankfurt in der sich aus dieser Änderungssatzung ergebenden Fassung mit neuem Datum bekanntzumachen und dabei Unstimmigkeiten des Wortlauts zu beseitigen.

#### Artikel 3

Diese Satzung tritt zum 1. Juli 1989 in Kraft.

6000 Frankfurt am Main, 30. Mai 1989

**Umlandverband Frankfurt**  
Der Verbandsausschuß  
Dr. von Hesler  
Beigeordneter

### Neufassung der Abfallgebührensatzung des Umlandverbandes Frankfurt

Auf Grund des Beschlusses des Verbandstages vom 30. Mai 1989 wird nachstehend der Wortlaut der Abfallgebührensatzung des Umlandverbandes Frankfurt in der durch die 5. Änderungssatzung zur Abfallgebührensatzung ab 1. Juli 1989 gültigen Fassung bekannt gemacht.

#### § 1

##### Allgemeines

1. Zur Deckung der Kosten, die im Rahmen der Abfallentsorgung entstehen, erhebt der UVF Gebühren nach den Bestimmungen dieser Satzung.
2. Durch die Gebühren sollen folgende Kosten gedeckt werden:
  - a) die Kosten, die dem UVF aus dem Betrieb eigener Abfallentsorgungsanlagen entstehen,
  - b) die Kosten, die dem UVF durch die Beauftragung Dritter mit der Abfallentsorgung entstehen,

- c) die Kosten, die dem UVF für das Befördern angefallener Abfälle entstehen,
  - d) die Kosten, die dem UVF durch die Beauftragung Dritter mit der Beförderung der angefallenen Abfälle entstehen,
  - e) die Kosten, die dem UVF durch Einsammlung und Transport der Sonderabfallkleinmengen gem. § 4 Abs. 6 Hess. Abfallgesetz entstehen,
  - f) die Kosten, die dem UVF durch die Beauftragung Dritter mit der Einsammlung und dem Transport der Sonderabfallkleinmengen gem. § 4 Abs. 6 Hess. Abfallgesetz entstehen,
  - g) die Verwaltungskosten des UVF,
  - h) sonstige Kosten.
- Zu den Kosten im Sinne der Ziff. 2 a und 2 b gehören auch die Kosten für den Betrieb von Abfallumladestationen.

§ 2

**Gebührenpflichtige**

1. Gebührenpflichtig nach dieser Satzung sind für den turnusmäßig eingesammelten Haus- und Sperrmüll sowie die haushüllähnlichen Abfälle die Städte und Gemeinden im Verbandsgebiet des UVF.
2. Gebührenpflichtig für alle sonstigen bei den Abfallentsorgungsanlagen angelieferten und von der Entsorgung nicht ausgeschlossenen Abfälle ist der Benutzer.

§ 3

**Gebührenhöhe**

1. Die Gebührenhöhe ergibt sich für die jeweilige Entsorgungseinrichtung a—d aus den Anlagen 1—4. Aus diesen Anlagen ergibt sich auch der Einzugsbereich dieser Entsorgungseinrichtungen. Die Anlagen sind Bestandteile der Satzung.
  - a) AVA Nordweststadt
  - b) Deponie Buchschlag
  - c) Deponie Wicker
  - d) Deponie Brandholz
2. Abfallgut, das keine volle Tonne wiegt, wird anteilig seinem tatsächlichen Gewicht entsprechend berechnet.
3. Kann aus technischen oder sonstigen Gründen eine Berechnung nach dem Gewicht nicht erfolgen, so wird die Gebühr nach dem Volumen der Abfälle festgesetzt.
4. Die Gebühr wird nach den tatsächlich entstandenen Kosten festgesetzt, wenn die Entsorgung von Abfällen einen besonderen Aufwand erfordert, der über die der Gebühr nach Abs. 1 zugrundeliegenden Kosten hinausgeht.
5. Die Gebühr für die übrigen Kosten der Abfallentsorgung gemäß § 1 Abs. 2 c—h richtet sich nach dem Verhältnis des auf die Stadt/Gemeinde entfallenden Anteils an dem auf den jeweiligen Kostenbereich (§ 1 Abs. 2 c—h) entfallenden jährlichen Gesamtaufwand des UVF.

§ 4

**Entstehung der Gebührenpflicht**

Die Gebührenpflicht entsteht mit der Inanspruchnahme der vom UVF oder einem geeigneten Dritten zur Verfügung gestellten Einrichtungen.

§ 5

**Fälligkeit der Gebühren**

1. Die Gebühren nach § 3 werden mit der Bekanntgabe des Gebührenbescheides fällig.
2. Der UVF fordert monatliche Abschlagszahlungen an. Diese sind auf ein vom UVF zu benennendes Konto zu überweisen. Er legt bis zum 31. März des Folgejahres eine Jahresendabrechnung vor und fordert den Restbetrag an. Überzahlungen werden mit der vierten Abschlagszahlung des Folgejahres ausgeglichen.

§ 6

**Inkrafttreten**

Diese Satzung tritt am 7. November 1987 in Kraft. Bis zum 31. Dezember 1987 gelten die bisherigen Gebührensätze der Anlagenbetreiber.

6000 Frankfurt am Main, 30. Mai 1989

**Umlandverband Frankfurt**  
Der Verbandsausschuß  
Dr. von Hesler  
Beigeordneter

**AVA NORDWESTSTADT**

Anlage 1

**1. Gebühr**

Die Gebühren für die Entsorgung von Abfällen betragen:  
für Hausmüll DM 110,—/t  
für haushüllähnliche Abfälle — Kategorie I — DM 110,—/t  
Für Abfälle, die aus Gründen der Hygiene oder des Datenschutzes unter Aufsicht beseitigt werden müssen, beträgt die Gebühr DM 440,—/t.

**2. Einzugsbereich**

Der Einzugsbereich erstreckt sich auf brennbare Abfälle der Stadt Frankfurt sowie der Städte Bad Vilbel, Bad Homburg v. d. H., Friedrichsdorf, Königstein, Kronberg, Oberursel und Steinbach.

Anlage 2

**DEPONIE BUCHSCHLAG**

**1. Gebühr**

Die Gebühren für die Entsorgung von Abfällen betragen:  
für Haus- und Sperrmüll, Hausrat, haushüllähnliche Abfälle aus Gewerbe und Industrie, Gartenabfälle, Baustellenabfälle, Schlämme u. ä. DM 110,—/t  
für Bauschutt, Abraum DM 60,—/t  
Die Anlieferung von Erdaushub, bepflanzbarem Boden und sonstiges zu Rekultivierungszwecken verwendbares Material ist kostenlos, ebenso das Anliefern obengenannter Kategorien, die in Personenkraftwagen gebracht werden.  
Für Abfälle, die aus Gründen der Hygiene oder des Datenschutzes unter Aufsicht beseitigt werden müssen, beträgt die Gebühr DM 440,—/t.

**2. Einzugsbereich**

Der Einzugsbereich erstreckt sich auf nichtbrennbare Abfälle der Stadt Frankfurt sowie der Städte Offenbach, Maintal, Bad Vilbel und aller Städte und Gemeinden des Landkreises Offenbach, darüber hinaus aber auch auf brennbare Abfälle aus diesem Bereich, soweit deren Entsorgung in der AVA Nordweststadt oder der MVA Offenbach nicht möglich ist.

Anlage 3

**DEPONIE WICKER**

**1. Gebühr**

Die Gebühren für die Entsorgung von Abfällen betragen:

Bezeichnung	Dauer-	Bar-	bei Aus-
	kunde	zahler	fall der
	DM	DM	Waage
			DM
für Haus- und Sperrmüll	68,—/t	68,—/t	20,—/m <sup>3</sup>
zuzüglich für Benutzer des Main-Taunus-Kreises gem. § 2 Abs. 1 einer Grundgebühr von —,50 DM pro Einwohner für jeden angefangenen Kalendermonat. Bemessungsgrundlage für die Berechnung der Grundgebühr sind die vom Hessischen Statistischen Landesamt festgestellten Einwohnerzahlen zum 30. Juni des der Veranlagung vorhergehenden Jahres.			
für haushüllähnliche Gewerbeabfälle — Kategorie I —	68,—/t	20,—/m <sup>3</sup>	20,—/m <sup>3</sup>
für haushüllähnliche Gewerbeabfälle — Kategorie I — aus Fremdkreisen	85,—/t	85,—/t	25,—/m <sup>3</sup>
für wiederverwertbaren, aufzubereitenden Bauschutt	10,—/t	15,—/m <sup>3</sup>	15,—/m <sup>3</sup>
für nicht aufzubereitenden Bauschutt	30,—/t	46,—/m <sup>3</sup>	46,—/m <sup>3</sup>
für kompostierungsfähige Grünabfälle	40,—/t	10,—/m <sup>3</sup>	10,—/m <sup>3</sup>
für Erdaushub	10,—/t	20,—/m <sup>3</sup>	20,—/m <sup>3</sup>
für stichfeste Schlämme (Rechengut, Sandfang)	85,—/t	85,—/t	120,—/m <sup>3</sup>
für Mainfilterschlamm	10,—/t	—	16,—/m <sup>3</sup>
für ölverseuchtes Erdreich (Verunreinigung 1%, Nachweis erforderlich)	85,—/t	85,—/t	120,—/m <sup>3</sup>
für Abwasserverbände	68,—/t	—	100,—/m <sup>3</sup>

**2. Einzugsbereich**

Der Einzugsbereich erstreckt sich auf den Main-Taunus-Kreis sowie die Stadt Kelsterbach.

## Anlage 4

## DEPONE BRANDHOLZ

## 1. Gebühr

Die Gebühren für die Entsorgung von Abfällen betragen:

1. für Hausmüll, hausmüllähnliche Abfälle — Kategorie I — Sperrmüll, ersatzweise:
  - a) locker DM 12,—/m<sup>3</sup>
  - b) gepreßt bei wenigstens 2facher Verdichtung DM 24,—/m<sup>3</sup>
2. für Bauschutt, Baustellenabfälle oder Erdaushub, mit jeweils bis zu 15 v. H. Zusätzen von Abfallgut nach Nr. 1; bei 15 v. H. übersteigenden Zusätzen von Abfallgut nach Nr. 1 gilt für das gesamte Abfallgut die Gebühr nach Nr. 1 DM 40,—/t ersatzweise: DM 48,—/m<sup>3</sup>
3. für Bauschutt oder Erdaushub mit Bauschutt vermischt, jeweils ohne Zusatz anderer Abfallarten DM 20,—/t ersatzweise: DM 30,—/m<sup>3</sup>
4. für Erdaushub ohne Zusatz anderer Abfallarten DM 10,—/t ersatzweise: DM 17,—/m<sup>3</sup>
5. für Schlämme aus kommunalen Kläranlagen, aus gewerblichen oder industriellen Anlagen DM 45,—/t ersatzweise: DM 40,50/m<sup>3</sup>
6. für Grünabfälle, kompostierungsfähig DM 35,—/t ersatzweise: DM 7,—/m<sup>3</sup>
7. für Kleinanlieferung mit Pkw-Kombi oder Pkw-Hänger
  - a) bis 0,5 m<sup>3</sup> DM 5,—/Pkw-Kombi oder Pkw-Hänger
  - b) über 0,5 m<sup>3</sup> bis einschl. 1,0 m<sup>3</sup> DM 7,—/Pkw-Kombi oder Pkw-Hänger
8. für Kleinanlieferung im Pkw-Kofferraum DM 2,—/Pkw-Kofferraum

Die auf DM/m<sup>3</sup> abgestellten Gebührensätze gelten nur ersatzweise für den Fall, daß die Wiegeeinrichtung außer Einsatz ist.

## 2. Einzugsbereich

Der Einzugsbereich erstreckt sich für die nichtbrennbaren Abfälle auf das Gebiet des Hochtaunuskreises und für die brennbaren Abfälle auf die Stadt Usingen sowie die Gemeinden Glashütten, Grävenwiesbach, Neu-Anspach, Schmitten, Wehrheim und Weilrod.

## Ungültigkeitserklärung eines Dienstausses

Der für den Arzt für Neurologie und Psychiatrie Lothar Reising am 8. März 1988 ausgestellte Dienstaussweis Nr. 241 ist in Verlust geraten. Er wird hiermit für ungültig erklärt.

3550 Marburg, 9. Juni 1989

Der Kreisausschuß des  
Landkreises Marburg-Biedenkopf

### Einladung zur 1. (konstituierenden) Sitzung der Verbandsversammlung des Kommunalen Gebietsrechenzentrums (KGRZ) Gießen am Freitag, 30. Juni 1989, 9.30 Uhr, im Bürgerhaus Gießen-Kleinlinden

## Vorläufige Tagesordnung:

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Feststellung der Beschlußfähigkeit
3. Übernahme des Vorsitzes der Verbandsversammlung durch das an Jahren älteste Mitglied der Verbandsversammlung
4. Feststellung der Beschlußfähigkeit und der Tagesordnung durch den Alterspräsidenten
5. Bestimmung eines/einer vorläufigen Schriftführers/Schriftführerin
6. Wahl des/der Vorsitzenden der Verbandsversammlung
7. Wahl der zwei Stellvertreter/innen des Vorsitzenden der Verbandsversammlung
8. Wahl des/der Schriftführers/Schriftführerin
9. Einigung auf einen einheitlichen Wahlvorschlag für den Verbandsvorstand

10. Beschlußfassung über den einheitlichen Wahlvorschlag für den Verbandsvorstand
11. Satzung des KGRZ Gießen
12. Geschäftsordnung der Verbandsversammlung des KGRZ Gießen
13. Entschädigungssatzung des KGRZ Gießen
14. Benutzungsordnung des KGRZ Gießen
15. Jahresabschluß 1988
16. Entgeltverzeichnis 1989
17. Aufnahme von Mitgliedern
18. Mitteilungen

Die Sitzung ist öffentlich.

6300 Gießen, 15. Juni 1989

Kommunales Gebietsrechenzentrum Gießen  
Körperschaft des öffentlichen Rechts  
Veit  
(Direktor)

### Öffentliche Auslegung des Jahresabschlusses 1987 für den Zweckverband Tierkörperbeseitigung in Rheinland- Pfalz, im Rheingau-Taunus-Kreis und im Landkreis Lim- burg-Weilburg

Die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Tierkörperbeseitigung hat am 12. April 1989 den Jahresabschluß des Zweckverbandes festgestellt. Der Jahresverlust wird auf neue Rechnung vorgetragen. Der festgestellte Jahresabschluß für das Jahr 1987 liegt zur Einsichtnahme von Montag, den 26. Juni, bis Freitag, den 30. Juni 1989, bei der Geschäftsstelle des Zweckverbandes Tierkörperbeseitigung, An der Krimm 23, in Mainz, während der Dienststunden öffentlich aus.

6500 Mainz, 17. Mai 1989

Zweckverband Tierkörperbeseitigung  
in Rheinland-Pfalz,  
im Rheingau-Taunus-Kreis und  
im Landkreis Limburg-Weilburg  
K. A. Orth  
Verbandsvorsteher

### Haushaltssatzung des Zweckverbandes Tierkörperbeseitigung in Rheinland-Pfalz, im Rheingau-Taunus-Kreis und im Landkreis Limburg-Weilburg für das Wirtschaftsjahr 1989 vom 17. Mai 1989

Die Verbandsversammlung hat auf Grund

— § 7 Abs. 1 Nr. 8 des Zweckverbandsgesetzes (ZwVG) vom 22. Dezember 1982 (GVBl. S. 476)

— §§ 95, 98 der Gemeindeordnung für Rheinland-Pfalz (GemO) vom 14. Dezember 1973 (GVBl. S. 419)

folgende Haushaltssatzung beschlossen, die nach Genehmigung durch das Ministerium des Innern und für Sport als Aufsichtsbehörde vom 9. Mai 1989 hiermit bekanntgemacht wird:

## § 1

Der Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 1989 wird im Erfolgsplan

in den Erträgen auf	38 619 000,00 DM
in den Aufwendungen auf	39 109 000,00 DM

im Vermögensplan

in den Einnahmen auf	23 002 000,00 DM
in den Ausgaben auf	23 002 000,00 DM

festgesetzt.

Der Jahresverlust beträgt 490 000,00 DM und ist nicht ausgabewirksam.

## § 2

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme im Wirtschaftsjahr 1989 zur Finanzierung von Ausgaben im Vermögensplan erforderlich ist, wird auf 2 072 000,00 DM festgesetzt.

## § 3

Der Höchstbetrag der Kassenkredite, die im Wirtschaftsjahr zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 2 000 000,— DM festgesetzt.

## § 4

(1) Die von den Verbandsmitgliedern zu leistende Umlage wird auf 3 509 000,— DM festgesetzt.

(2) Die Umlagebelastung für die einzelnen Verbandsmitglieder wird nach § 15 Abs. 3 der Verbandssatzung des Zweckverbandes i. d. F. vom 16. Oktober 1981 (Staatsanzeiger für Rheinland-Pfalz Nr. 43 vom 2. November 1981), geändert durch Satzung vom 7. Januar 1982 (StAnz. Nr. 2 vom 18. Januar 1982), ermittelt.

## § 5

Soweit die Vorschriften der Gemeindeordnung über die Gemeindegewirtschaft sinngemäß anzuwenden sind, gelten sie für den Wirtschaftsplan.

6500 Mainz, 17. Mai 1989

**Zweckverband Tierkörperbeseitigung  
in Rheinland-Pfalz,  
im Rheingau-Taunus-Kreis und  
im Landkreis Limburg-Weilburg**  
K. A. Orth  
Verbandsvorsteher

### Vertretung des Eigenbetriebes des Zweckverbandes Tierkörperbeseitigung in Rheinland-Pfalz, im Rheingau-Taunus-Kreis und im Landkreis Limburg-Weilburg

Auf Grund von § 9 Abs. 3 der Betriebssatzung für den Tierkörperbeseitigungsbetrieb des Zweckverbandes vom 21. Januar 1987 (Staatsanzeiger für Rheinland-Pfalz Nr. 7, S. 172, vom 23. Februar 1987) wird hiermit folgendes bekanntgemacht:

Zur Vertretung des Eigenbetriebes des Zweckverbandes sind beauftragt:

1. TBA-Betriebsführungsgesellschaft mbH für Tierkörperbeseitigungsanstalten, vertreten durch die gemeinsam zur Vertretung befugten Geschäftsführer Gabriele Fischer und Dieter Sühnel.
2. Der Geschäftsführer des Zweckverbandes, Dr. Franz-Willi Overbeck.

6500 Mainz, 17. Mai 1989

**Zweckverband Tierkörperbeseitigung  
in Rheinland-Pfalz,  
im Rheingau-Taunus-Kreis und  
im Landkreis Limburg-Weilburg**  
K. A. Orth  
Verbandsvorsteher

## Öffentliche Ausschreibungen

FRANKFURT AM MAIN: Von der Flughafen Frankfurt/Main AG (FAG), 6000 Frankfurt am Main 75, werden folgende Arbeiten öffentlich ausgeschrieben.

**Nr. Ö 211/89: Verlegung Betriebstankstelle—  
Personaltankstelle,  
Aufbruch-, Erd-, Erschließungs- und  
Befestigungsarbeiten**

Zur Ausführung kommen:

- ca. 1 500 m<sup>2</sup> Abbruch von Bitumen- und Pflasterflächen
- ca. 160 m Steinzeugrohrleitungen bis DN 300 mit Schächten
- ca. 2 000 m<sup>3</sup> Aushub von Gräben und Baugruben
- ca. 1 700 m Kabelschutzrohre mit Kleinschächten
- ca. 1 500 m<sup>2</sup> Betondecken mit Unterbau
- ca. 50 m<sup>3</sup> Beton für Fundamente und Bodenplatten
- ca. 20 m<sup>3</sup> Mauerwerk für Schächte
- 6 St. Einbau bauseitig gelieferter Tanks
- 1 St. Leichtstoffabscheideanlage mit Nachreinigungsstufe NE 40

Kostenbeteiligung: 125,— DM  
Vorgesehene Ausführungszeit: Oktober 1989 bis April 1990  
Submissionstermin: Ende Juli 1989  
Weitere Auskünfte: Tel. 0 69/6 90-7 00 83

Schlußtermin für die Anforderung ist der 27. Juni 1989.

Zu dieser öffentlichen Ausschreibung werden die Wettbewerbsunterlagen nach schriftlicher Anforderung an die FAG auf dem Postweg zugestellt. Der Anforderung — unter Angabe der o. g. entsprechenden Ausschreibungsnummer — ist der Nachweis beizufügen, daß die Kostenbeteiligung auf das Postgirokonto der FAG Nr. 441 27-600 (BLZ 500 100 60) beim Postgiroamt Frankfurt am Main eingezahlt ist.

„Ein Datenaustausch der LVs per Diskette (3½" 1.44 MB oder 5¼" 1.2 MB) kann zusätzlich zu der Papierform erfolgen (GAEB-Schnittstelle DA 83 und DA 84). Wir bitten dies bei der Anforderung gesondert zu vermerken.

Die Bieter haben den Angeboten prüfbar Nachweise beizufügen, daß Arbeiten dieser Größenordnung bereits erfolgreich und termingerecht durchgeführt wurden.

6000 Frankfurt am Main 75, 8. Juni 1989

**Flughafen Frankfurt/Main AG**  
Abteilung Bau und Anlagen

RODGAU: Die Stadt Rodgau schreibt die nachfolgend aufgeführten Kanalbauarbeiten für die „Äußere Erschließung des Baugebietes Jügesheim West (J 26)“, öffentlich aus:

Los I:

- ca. 8 000 m<sup>3</sup> Bodenaushub und Wiederherstellung
- ca. 780 m Wasserhaltung
- ca. 110 m<sup>3</sup> Stahlbeton B 25
- ca. 5,5 t Betonstahl
- ca. 3 200 m<sup>2</sup> Verbauarbeiten

Rohrlieferung und Verlegung von

- ca. 300 lfd. m DN 1000 SB
- ca. 140 lfd. m DN 1100 SB
- ca. 340 lfd. m DN 1300 SB

Los II:

- ca. 6 200 m<sup>3</sup> Bodenaushub
- ca. 490 m Wasserhaltung
- ca. 190 m<sup>3</sup> Stahlbeton B 25
- ca. 9,5 t Betonstahl
- ca. 4 000 m<sup>2</sup> Verbauarbeiten
- 1 St. Drosselschacht mit Waagedrossel

Rohrlieferung und Verlegung von

- ca. 80 lfd. m DN 350 Stz
- ca. 180 lfd. m DN 1700 SB
- ca. 230 lfd. m DN 1800 SB

Los III:

- ca. 20 lfd. m liefern und durchpressen von Stahlbetonvortriebsrohren mit allen Nebenarbeiten

Ausführungszeiten: Los I: ca. 140 Arbeitstage  
Los II: ca. 100 Arbeitstage  
Los III: ca. 40 Arbeitstage

Die Vergabeunterlagen können ab 27. Juni 1989 bei der Tiefbauabteilung der Stadt Rodgau unter Nachweis der Einzahlung von 50,— DM auf das Konto Nr. 400 bei der Rodgau-Bank-Jügesheim, BLZ 505 614 12 angefordert werden.

Die Angebotseröffnung findet am 18. Juli 1989, 14.00 Uhr, beim Bauamt der Stadt Rodgau, Hintergasse 1, 6054 Rodgau 1 (Jügesheim), Zimmer 1.5 statt.

Pläne und Ausschreibungsunterlagen können nach telefonischer Anmeldung beim Ing.-Büro H. Schäfer, Inh. M. Eberle, Gartenstraße 2, 6072 Dreieich, Tel. 0 61 03/6 20 30 eingesehen werden.

6054 Rodgau, 8. Juni 1989

Der Magistrat der Stadt Rodgau

DARMSTADT: Beschränkte Ausschreibung nach öffentlichem Teilnahmewettbewerb: Herstellung, Lieferung, Montage und Inbetriebnahme einer Nachrichtenkabelanlage für das Beschleunigungsprogramm der HEAG.

Hauptsächliche Leistungen:

- Ca. 7 500 m Rohrnetzerweiterung im Gleisbereich;
- ca. 8 000 m NT-Streckenkeltern liefern, einziehen und montieren im Gleisbereich. Für die zu liefernden NT-Streckenkeltern ist der Qualitätssicherungsnachweis nach DIN ISO 9002 zu erbringen.
- Diverse Verteiler- und Verbindungsmaterialien liefern und montieren.
- Montageort: Darmstadt Mitte-Süd
- Baubeginn: 18. September 1989

**Bauzeit: 4 Monate****Angebotseröffnung: 27. Juli 1989, 11.00 Uhr****Zuschlags- und Bindefrist: 25. August 1989**

Die Ausschreibungsunterlagen können bis zum 7. Juli 1989 bei unserer Abteilung Zentraler Einkauf unter Beifügung des Einzahlungsbeleges für den Unkostenbeitrag angefordert werden.

Unkostenbeitrag: 110 DM für Abholung  
120 DM für Postversand

Einzahlungen auf Postgirokonto Frankfurt (BLZ 500 100 60) Nr. 70 88-600, unter Angabe des Buchungszeichens 901/5369.

Die Ausgabe bzw. der Versand der Ausschreibungsunterlagen erfolgt ab 7. Juli 1989.

Bewerber, die mit der HEAG bisher nicht in Geschäftsverbindung standen, werden gebeten, ihrem Teilnahmeantrag Unterlagen beizufügen, nach denen ihre Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit beurteilt werden können. Der Nachweis über die Zulassung zur Herstellung und Unterhaltung privater Nebenstellenanlagen der Deutschen Bundespost ist zu erbringen. Die Unterlagen müssen mindestens folgende Angaben enthalten:

Gesamtumsatz des Unternehmens und Umsatz der Waren, die Gegenstand der Ausschreibung sind, in den letzten drei Geschäftsjahren; eine Liste der wesentlichen in den letzten drei Jahren erbrachten Lieferungen mit Angabe des Rechnungswertes, des Lieferzeitpunktes sowie der öffentlichen oder privaten Auftraggeber; Beschreibung der technischen Ausrüstung des Unternehmens.

Alle eingereichten Unterlagen müssen in deutscher Sprache sein.

6100 Darmstadt, 7. Juni 1989

Hessische Elektrizitäts-AG  
Jägerstorstraße 207

ESCHBORN: Durch den Magistrat der Stadt Eschborn, Postfach 59 80, 6236 Eschborn, sollen im öffentlichen Teilnahmewettbewerb für eine beschränkte Ausschreibung zur Sanierung der städtischen Liegenschaft „Erweiterung Westerbachhalle, Georg-Büchner-Straße 30“, Stadtteil Niederhöchstadt, die Arbeiten für die Außen- und Gartenanlagen vergeben werden.

**Zur Ausführung kommen:**

1. ca. 600 m<sup>2</sup> befestigte Flächen laden und abfahren,
2. ca. 2 000 m<sup>2</sup> zu bearbeitende Fläche, Stützmauer,
3. ca. 100 m<sup>2</sup> Pflasterflächen,
4. ca. 470 m<sup>2</sup> Boden liefern,
5. ca. 1 200 m<sup>3</sup> Vegetationsflächen und Raseneinsaat,
6. ca. 1 300 m<sup>2</sup> wassergebundene Wegeflächen,
7. ca. 160 m<sup>2</sup> größere Platanen,
8. ca. 15 St. Kleinpflanzen,
9. ca. 1 000 St. Kleinpflanzen.

Leistungsfähige Unternehmer, die am Wettbewerb teilnehmen wollen, werden gebeten, dieses anzuzeigen bei dem

Magistrat der Stadt Eschborn,  
Bauamt/Bauverwaltung,  
Postfach 59 80, 6236 Eschborn.

Die Bewerbung muß bei der vorgenannten Stelle bis zum 30. Juni 1989 eingegangen sein. Der Vergabestelle nicht bekannte Bewerber werden gebeten, Unterlagen beizufügen, nach denen ihre Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit beurteilt werden können. Bei Zuschlagserteilung ist eine Vertragserfüllungsbürgschaft in Höhe von 10% der Brutto-Auftragssumme zu hinterlegen. Ein Anspruch auf Beteiligung an der vorgesehenen beschränkten Ausschreibung besteht nicht.

6236 Eschborn, 2. Juni 1989

Der Magistrat

## Stellenausschreibungen

Die Bundesdruckerei – mit Sitz in Berlin (West) und Zweigbetrieben in Bonn und Neu-Isenburg – ist ein Bundesbetrieb im Sinne des § 26 Abs.1 der Bundeshaushaltsordnung mit über 4 000 Mitarbeitern. Sie führt Druckaufträge aus, die sich im Zusammenhang mit der Erfüllung von Hoheitsaufgaben der öffentlichen Hand ergeben. Für den Fachbereich Maschinen- und Bauwesen des Zweigbetriebs Neu-Isenburg suchen wir zum nächstmöglichen Zeitpunkt

eine(n) qualifizierte(n)

**Beamtin/Beamten**

des gehobenen technischen Dienstes

**Diplom-Ingenieur(in) (FH)**

der Fachrichtung Maschinenbau

als Sachbearbeiter(in) für Maschinen und maschinelle Anlagen.

Der Dienstposten ist mit Besoldungsgruppe A 11 bewertet. Weitere Aufstiegsmöglichkeiten sind in absehbarer Zeit gegeben.

Bitte richten Sie Ihre Bewerbung bis zum 31. Juli 1989 an die

**BUNDESDRUCKEREI**

Zweigbetrieb Neu-Isenburg • Postfach 10 11 10  
Rathenaustraße 53 • 6078 Neu-Isenburg 1

**Gesucht wird:**

Ein Hausmeisterehepaar für das Bürgerhaus in Ehringshausen (Lahn-Dill-Kreis), welches bereit ist, die mit hohem Aufwand erstellte öffentliche Einrichtung in entsprechende Obhut zu nehmen.

Neben einem großen und einem kleinen Saal stehen eine gastronomischen Ansprüchen gerecht werdende Küche sowie zwei Thekenanlagen zur Verfügung.

**Erwartet wird:**

Eine abgeschlossene Ausbildung im Installateur- bzw. Elektrohandwerk mit Erfahrung in diesen Bereichen, damit die umfangreiche Technik des Bürgerhauses gewartet werden kann.

Der Einsatz für die übrige Arbeitszeit im kommunalen Außenbereich (Bauhof).

Daß die Reinigung und Zusammenarbeit mit der Gemeindeverwaltung durch den Ehepartner durchgeführt wird. Sofern die Ehefrau über Erfahrung im Gastronomiefach verfügt, kann u. U. auf eigene Rechnung die Bewirtschaftung übernommen werden.

**Geboten wird:**

Eine Stelle im öffentlichen Dienst mit Entlohnung nach BMT-G/HLT und den sonstigen üblichen Sozialleistungen.

Eine überdurchschnittliche pauschale Entschädigung für die Reinigung und den Einsatz bei Veranstaltungen pp.

Eine kleine Hausmeisterwohnung (ca. 64 m<sup>2</sup>) neben dem Bürgerhaus zum günstigen Mietpreis.

Bewerbungen sind bis spätestens 30. Juni 1989 unter Beifügung eines kurzen Lebenslaufes mit Lichtbild und eines Nachweises über die bisherige berufliche Tätigkeit und Ausbildung zu richten an den Gemeindevorstand der Gemeinde Ehringshausen, Rathausstraße 1, 6332 Ehringshausen.



**Stellenangebote – richtig formuliert!**

Wenn eine Stelle neu zu besetzen ist, bitte bei der Textgebung folgendes beachten:

Das arbeitsrechtliche EG-Anpassungsgesetz (§ 611b BGB) vom 21. August 1980 besagt, daß ein Arbeitsplatz nicht nur für Männer oder nur für Frauen ausgeschrieben werden soll, es sei denn, für die Ausübung der Tätigkeit ist ein bestimmtes Geschlecht unverzichtbare Voraussetzung.

Staatsanzeiger für das Land Hessen  
Öffentlicher Anzeiger  
Anzeigenabteilung

**Referenten/Referentin V B 4**

Im Hessischen Ministerium für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz

ist die Stelle des/der

— Eingriffe in Natur und Landschaft, Ausgleichsmaßnahmen — wieder zu besetzen.

Die Stelle ist nach Besoldungsgruppe A 14/15 des Bundesbesoldungsgesetzes dotiert; weitere Aufsteigsmöglichkeiten sind im Rahmen des Stellenplanes bei Bewährung gegeben.

Der Aufgabenbereich des Referates umfaßt schwerpunktmäßig:

- Vollzug der Eingriffsregelung im Hessischen Naturschutzgesetz (3. Abschnitt), insbesondere allgemeine Fragen der Eingriffsregelung, Ausgleichsabgabe, Eingriffe im Innen- und Außenbereich;
- Inanspruchnahme der Landschaft durch Sport, Tourismus; Fremdenverkehr und Erholung;
- Ökologische Folgenabschätzung;
- landsplanerische Verfahren;
- Mitwirkung bei Rodung und Waldneuanlagen;
- Mitwirkung bei Umweltverträglichkeitsprüfungen.

Bewerber/innen sollten die Laufbahnprüfung für den höheren Dienst mit überdurchschnittlichem Ergebnis abgeschlossen und mehrjährige Berufserfahrung in einer unteren oder oberen Naturschutzbehörde haben. In Frage kommen die Fachrichtungen Landespflege, Agrarwissenschaften, Forstwissenschaften sowie Naturdenkmale. Gute Kenntnisse des Verwaltungs- und Naturschutzrechtes sind erforderlich. Erwartet werden hohe Belastbarkeit, effiziente Arbeitsgestaltung, Flexibilität, Engagement zu lösen, Gewandtheit in Wort und Schrift ist unerlässlich. Die Bewerbung von Frauen ist erwünscht.

Schwerbehinderte werden bei gleicher Eignung vorrangig berücksichtigt.

Bewerbungen sind mit den üblichen Unterlagen bis 14 Tage nach Erscheinen dieser Anzeige zu richten an das Hessische Ministerium für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz, Personalfaterat I A 2, Hölderlinstraße 1—3, 6200 Wiesbaden.

**Sachgebietleiter/in**

sucht zum nächstmöglichen Zeitpunkt einen/

**Das Hessische Straßenbauamt in Wiesbaden**

**für die Leitung des Sachgebietes „Recht und Grunderwerb“**

Das Aufgabengebiet umfaßt insbesondere:

- Allgemeine Rechtsangelegenheiten
- Vertragsrecht
- Vervollständigervereinbarungen
- Schadens- und Haftpflichtangelegenheiten
- Grunderwerb (einschließlich Entschädigungsverfahren und Abwicklung der Maßnahmen des passiven Lärmschutzes auf Grund planerischer Vorgaben).

Für die Besetzung der Position wird ein/eine Beamter/Beamtin des gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienstes mit langjähriger einschlägiger Berufserfahrung gesucht. Darüber hinaus sind Aufgeschlossenheit, Durchsetzungsvermögen, Leistungsbereitschaft, Zuverlässigkeit und Belastbarkeit unverzichtbare Eigenschaften für die genannte Position.

Der Dienstposten ist zur Zeit nach A 11 BesG eingestuft. Es wird begrüßt, wenn sich möglichst viele Frauen bewerben. Schwerbehinderte werden bei gleicher Eignung und Befähigung bevorzugt.

Bewerbungen sind mit den üblichen Unterlagen bis 14. Juli 1989 zu richten an das Hessische Landesamt für Straßenbau, Wilhelmstraße 10, 6200 Wiesbaden.

**Dezernentenstelle im Dezernat „Bauleitplanung“**

**Bei dem Regierungspräsidium Gießen**

soll schnellstmöglich die

**(Besoldungsgruppe A 14 BesG, Bauberrat/rätin)**

wiederbesetzt werden. Für die Besetzung der Stelle kommen Bewerber/innen in Betracht, die die Befähigung für den höheren Dienst (durch Ablegung der Großen Staatsprüfung) erworben haben. Eine mehrjährige Berufspraxis in der Bauleitplanung, im Bauplanungsrecht und hinsichtlich städtebaulicher Sanierungsmaßnahmen nach dem BauGB ist erwünscht.

Von den Bewerber/innen werden zudem Verhandlungsgeschick und Verständnis für politische Zusammenhänge sowie die Fähigkeit erwartet, Gemeinden und ihre Planer unter Beachtung der jeweils unterschiedlichen örtlichen Gegebenheiten zu beraten. Die Bereitschaft, mit anderen Fachdezernenten zu kooperieren, wird vorausgesetzt.

Bewerbungen von Frauen sind besonders erwünscht. Gleiche Qualifikation vorausgesetzt, werden Bewerbungen von Frauen bevorzugt berücksichtigt. Dies gilt übrigens auch für schwerbehinderte Bewerber/innen.

Interessenten/innen werden gebeten, ihre Bewerbung bis spätestens zwei Wochen nach dem Erscheinen dieser Stellenausschreibung unter Beifügung der üblichen Bewerbungsunterlagen zu richten an das

**Regierungspräsidium Gießen, Postfach 57 20, 6300 Gießen.**

## Stadtkrankenhaus Rüsselsheim

Akademisches Lehrkrankenhaus der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz (510 Betten in 11 Fachabteilungen)

Zur Betreuung der ca. 800 Mitarbeiter suchen wir den/die

- ### Leiter/in der Personalabteilung
- Das Aufgabengebiet umfasst u. a.:
- Bearbeitung von Grundsatzfragen im Dienst-, Arbeits- und Sozialversicherungsrecht
  - Personalbedarfsplanung inkl. der Erstellung und Überwachung der Stellenpläne
  - Personalführung/-verwaltung
  - Überwachung des internen Budgets
  - Personalabrechnung

Für diese Aufgaben denken wir an eine Persönlichkeit mit mehrjähriger beruflicher Erfahrung im Personalwesen. Außer fachlicher Qualifikation erwarten wir sicheres und gewandtes Auftreten sowie die Fähigkeit zu kooperativer Mitarbeit. EDV-Kenntnisse sind wünschenswert.

Die Vergütung richtet sich nach Verg.-Gr. IV a BAT. Eine Umwandlung in eine Beamtenstelle ist bei den entsprechenden Voraussetzungen denkbar. Schwerbehinderte werden bei entsprechender Eignung vorrangig eingestellt.

Richten Sie bitte Ihre aussagefähige Bewerbung mit Lichtbild, Lebenslauf, Zeugnissen usw. unter Angabe des möglichen Eintrittstermins bis spätestens 3. Juli 1989 an:

Stadtkrankenhaus Rüsselsheim, Verwaltungsdirektion, August-Bebel-Strabe 59, 6090 Rüsselsheim.

## Stadt Keisterbach

Wir suchen zum baldmöglichsten Dienstantritt für unser Bauamt

## Zwei Mitarbeiter/innen

als Dipl.-Ing. (FH)

- für den Bereich Tiefbau mit folgenden Schwerpunkten:
- a) Straßenbau – Planung, Neubau, Unterhaltung, Abrechnung
  - Brückenbau – Unterhaltung, Brückenprüfungen
  - allgemeine Tiefbauangelegenheiten;
  - Umweltschutz – Lärmschutzangelegenheiten, Abfallverwertung, Abfallsiebtung
  - Verkehrs- – Verkehrsplanung, Verkehrsbeschleunigung, Schadenfälle
  - allgemeine Tiefbauangelegenheiten.

Es werden Mitarbeiter/innen mit Berufserfahrung gesucht, die den Anforderungen im rein-mathematischen Ballungsgebiet in diesen Aufgabengebieten gewachsen sind.

Wir bieten eine leistungsgerechte Bezahlung, je nach Erfahrung bis Verg.-Gr. III BAT.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen (Lebenslauf, Lichtbild, Schul-, Berufs- und Arbeitszeugnisse, lückenloser Tätigkeitsnachweis) werden erbeten bis zwei Wochen nach Erscheinen der Anzeige an den

Magistrat der Stadt Keisterbach – Personalamt –  
Mörfelder Straße 33, 6092 Keisterbach.

STAAZANZEIGER FÜR DAS LAND HESSEN. Erscheinungsweise: wöchentlich montags. Bestellungen von Abonnements sind an den Verlag zu richten. Bezugspreis: jährlich 12,40 DM (einschließlich Porto und 7 Prozent Umsatzsteuer). Abonnementrückführung mit einer Frist von sechs Monaten zum 30. 6. und 31. 12. möglich. Der Preis eines Einzelstückes beträgt 7,50 DM; im Preis sind die Versandkosten und 7 Prozent Umsatzsteuer enthalten. Einzelhefte gegen Vorauszahlung (keine Briefmarken) auf das Postfachkonto des Verlages Frankfurt am Main Nr. 1173 37-601. Herausgeber: Hessisches Ministerium des Innern. Verantwortlich für den redaktionellen Inhalt des amtlichen Teils: Leitender Mitarbeiter Dietrich Ganz; Redaktion: Telefon 0 61 21 / 53-6-74; für die technische Redaktion und den „Öffentlichen Anzeiger“: Dietrich Postler, Telefon 0 61 22 / 60 71, App. 88, Fernschreiber 41 66648, auch zuständig für Anfragen und Auskünfte technischer Art über den redaktionellen Teil

Postvertriebsstück  
Verlag Kultur und Wissen GmbH  
Postfach 22 29, 6200 Wiesbaden 1.  
Gebühr bezahlt 1 Y 6432 A

## STADT RÜSSELHEIM

## hauptamtlichen Stadtrates/Stadträtin

zu besetzen.

Die Amtsdauer beträgt nach den Bestimmungen der Hessischen Gemeindeordnung sechs Jahre. Wiederwahl ist möglich. Die Besoldung erfolgt nach Gruppe B 3 des Bundesbesoldungsgesetzes. Außerdem wird eine Aufwandsentschädigung gemäß dem Hessischen Wahlbeamten-Aufwandsentschädigungsgesetz gewährt.

Die Stadt Rüsselsheim, Mittelzentrum mit Teilfunktion eines Oberzentrums, mit rund 60 000 Einwohnern, liegt verkehrsgünstig im Rhein-Main-Gebiet und ist ein wirtschaftlicher sowie kultureller Mittelpunkt dieses Raumes. Sie ist Sitz eines großen Automobilwerkes und weiterer namhafter Gewerbe- und Industriebetriebe. Alle Schulformen sowie die technischen Fachbereiche der FH Wiesbaden sind am Ort vertreten. Die Stadt verfügt über vielfältige Einrichtungen für Sport und Freizeit. Dem Bewerber/der Bewerberin soll schwerpunktmäßig die Leistung des Dezernates Planen und Bauen übertragen werden. Die Befugnisse des Oberbürgermeisters nach § 70 Abs. 1 Hessische Gemeindeordnung bleiben davon unberührt.

Gesucht wird eine dynamische, entscheidungs- und kontaktfreudige Persönlichkeit mit Sinn für Bürgernähe, Einfühlungsvermögen und Durchsetzungsvermögen, die fähig ist, ein Dezernat sachbezogen zu leiten.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen (Lebenslauf, lückenlose Übersicht über die bisherige Tätigkeit, Zeugnisse, etwaige Referenzen und Lichtbild) sind in verschlossenem Umschlag per Post bis zum 8. Juli 1989 (Poststempel) mit dem Kennwort „Stadtratswahl“ zu richten an den

Vorsitzenden des Wahlvorereitungsausschusses,  
Marktplatz 4, Rathaus, 6090 Rüsselsheim.

Persönliche Vorstellung nur nach Aufforderung.

des Staatsanzeigers (Fortdrucke, Sonderdrucke, Beilagen usw.) sowie den „Öffentlichen Anzeiger“ zum Staatsanzeiger für das Land Hessen (Anzeigen). Verlag: Kultur und Wissen GmbH, Postfach 22 29, Wilhelmstraße 42, 6200 Wiesbaden, Telefon 0 61 21 / 3 96 71. Bankkonto: Bank für Gemeinwirtschaft, Wiesbaden, Nr. 10 143 800. Druck: 3 96 71. Druck- und Verlagsanstalt Chmelioz GmbH, Ostfing 13, 6200 Wiesbaden-Nordstadt. Anzeigenannahme und Vertrieb: Staatsanzeiger, Wilhelmstraße 42, 6200 Wiesbaden, Telefon 0 61 21 / 3 96 71. Redaktionsschluss für den amtlichen Teil: jeweils mittwochs, 12.00 Uhr, Anzeigenschluss: jeweils donnerstags, 12.00 Uhr, für die am übernächsten Montag erscheinende Ausgabe, mabgebend ist der Posteingang. Anzeigenpreis lt. Tarif Nr. 21 vom 1. Januar 1985.

Der Umfang der Ausgabe Nr. 25 vom 19. Juni 1989 beträgt 40 Seiten.